Radi Aktiv

bayerisches Anti Atom Magazin

Ausgabe 11/1986 4,– DM

IN DIESER AUSGABE:

POLIZEI-ÜBERFÄLLE IN DER OBERPFALZ

Radi Aktiv SCHON WIEDER BESCHLAGNAHMT

ÜBER DIE NEUEN TERRORGESETZE

BERICHTE VON DEN BLOCKADEN

Collection Laka Foundation
www.laka.org
Digitized 2019

INHALT

IMPRESSUM

Herausgeber:
LAKO – Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-Bürgerinitiativen

Redaktion:
NIGA – Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen

Bestellungen:

Radi-Aktiv
Rothenburger Str. 106
85oo Nürnberg 7o
Mo - Do 18 - 19 Uhr
Tel. o911/288946

Konto: **Postscheckkonto Nürnberg**
Anita Aschenbrenner
(Sonderkonto)
Kto.-Nr.: 113237-850

Ein Jahresabo (5 Ausgaben) kostet incl. Porto 25,– DM. Ein Förderabo kostet 30,– DM. Ab 5 Exemplaren kostet 1 Exemplar 3.– DM zuzüglich Porto.

Einzelpreis: 4,– DM

Auflagenhöhe: 5000

V.i.S.d.P.: Christoph Reck

Ausgabe 11/ 1986, 25.11.86

Redaktionsschluß:
6. Januar 1986

Titel-Karikatur:
Gerhard Seyfried

Namentlich oder von Gruppen oder Organisationen gekennzeichnete Artikel geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INFO-BÜRO
FREIES WACKERLAND
Altenschwand 91
8465 Bodenwöhr
Tel. 09434/3368

Unter dieser Telefonnummer erreicht ihr auch den ERMITTLUNGSAUSSCHUSS.

Radi-Aktiv Nr.1o beschlagnahmt 3

BLOCKADEAKTIONEN
Blockadetage im Wackerland 6
Schwandorfer Nächte sind lang 8
Überfälle in Ponholz und Burglengenfeld . . . 1o
Frauenpower bei den Blockaden 16
Donhauser Blockade 18
Blockadetage in der Oberpfalz – Eine kritische Bilanz 21

POLIZEIAUFRÜSTUNG
Konfusion nach Kollision 24
Mobilität aus der dritten Dimension 26
Stimmung aus der Oberpfalz 28
Notstandsgesetze in der Oberpfalz 3o

WAHLEN
Von größeren und kleineren Übeln 35
Die Grünen 36
Wahlen in Bayern - Waldspaziergang verboten . 37

TERRORGESETZE GEPLANT
Ein Schlag gegen jede Widerstandsbewegung . . 4o

AUS DER BEWEGUNG
Wo sind die Festivalgelder hingeflossen . . . 46
Standortpapier der BIWAK, Regensburg 48
Sieben Zwerge sind zuwenig 51

HANAU-DEMO
Redeauszüge 52

Vorwegnahme der sog. Anti-Terror-Gesetze

Schon wieder Zensur: RADI-AKTIV Nr. 10 beschlagnahmt!

Die bayerische Staatsregierung läßt nicht locker in ihrem Versuch, das Erscheinen der RADI-AKTIV zu verhindern. Nachdem schon die Ausgaben Nr. 6 und 7 beschlagnahmt und zensiert wurden, hielten es nun die Ermittlungsbehörden hinsichtlich der Nr. 10 offensichtlich für angebracht, in Bayern schon einmal die geplanten sog. „Anti-Terror-Gesetze" vorwegzunehmen. Mit der erneuten Beschlagnahme wird der noch nicht (und hoffentlich nie) verabschiedete § 130 a Strafgesetzbuch exemplarisch an der RADI-AKTIV ausprobiert. Denn so wie dieser Zensur-Paragraph die Berichterstattung über den Widerstand gegen Atomanlagen und andere Objekte bundesdeutscher Regierungspolitik kriminalisieren soll, so verfolgt auch die erneute Beschlagnahme dieses Ziel: Mit Hilfe schlichtester Interpretationsversuche wird der Vorwurf „Aufforderung zu strafbaren Handlungen" konstruiert. Am 22. 10. 1986 fanden Hausdurchsuchungen bei der ehemaligen presserechtlich Verantwortlichen und in den Redaktionsräumen der RADI-AKTIV statt. Die ganze Aktion hat eine Vorgeschichte.

Am 13. 10. (kurz vor den Blockadeaktionen) durchsuchte die Polizei das Anti-WAA-Büro in Schwandorf und das Info-Büro in Altenschwand. Dabei wurden neben Megaphonen, Schreibmaschinen, Adressenlisten, Flugblättern und Broschüren auch 500 Exemplare des RADI-AKTIV Nr. 10 beschlagnahmt. Die Kriminalpolizei Amberg erklärte qegegenüber unserem Rechtsanwalt, es läge ein Beschlagnahmebeschluß gegen das RADI-AKTIV vor, was nachweislich gelogen war. Im Wortlaut des Durchsuchungsbefehls des AG Amberg taucht das RADI-AKTIV mit keiner Silbe auf. Offensichtlich mußte nun die Staatsanwaltschaft einen Straftatbestand konstruieren, um die Rückgabe der von ihr so unerwünschten Zeitung zu verhindern. Bei diesem Versuch übertraf sie alles bisher Dagewesene:

Nicht der konkrete Inhalt, sondern die vermeintliche Fähigkeit, die Kunst des Gedankenlesens zu beherrschen, dienten der Beschlagnahmungsbegründung. In jedem RADI-AKTIV befindet sich eine unkommentierte Seite, die die am WAA-Bau beteiligten Firmen aufzählt. Diese sog. „Gelbe Seite" soll die Grundlage sein für den Vorwurf „öffentlicher Aufruf zu Straftaten".

Die Willkürlichkeit dieser Konstruktion wird deutlich an der „Begründung" des Beschlagnahmebeschlusses. Denn nach Auffassung des Richters werde auf der „Gelben Seite" in nicht ungeschickter, aber leicht durchschaubarer Weise vorgetäuscht, es handle sich nur darum, etwa durch persönlichen Einkaufsboykott die jedermann zustehenden Grundrechte wahrzunehmen. Dadurch solle vielleicht erreicht werden, daß die bezeichneten Firmen aus Furcht vor Verlusten von weiterer Mitarbeit an der WAA Abstand nehmen. Aus dem gesamten Inhalt der Zeitschrift ergebe sich, daß gewaltsames Vorgehen nicht nur gebilligt, sondern als Gebot für alle gleichgesinnten Leser angesehen werde.

Eine kommentarlose Dokumentation über stattgefundene bisherige Anschläge im Zusammenhang mit der WAA, wie sie in vielen anderen Zeitungen nachzulesen ist, wird bewußt falsch zitiert als „Erfolgsübersicht". Die zweite beanstandete Seite ist die Leserbriefseite, auf welcher eine Gruppe der „Bessunger Knabenschule" in Darmstadt, zu bundesweiten dezentralen Widerstandstagen und zum Stromabschalten durch Herausdrehen der Sicherungen unter dem Motto „endlich einmal richtig abschalten", aufruft.

➡

Spenden auf: Postscheckkonto Nürnberg
Anita Aschenbrenner
(Sonderkonto)
Kto.-Nr. 113237-850

Solidaritätserklärung

Ich protestiere gegen die Anklageerhebung gegen die presserechtlich Verantwortlichen der RADI-AKTIV und fordere die sofortige Einstellung des Verfahrens.
Dieser Prozeß stellt einen Eingriff auf die Presse- und Kunstfreiheit dar. Er reiht sich nahtlos in die skandalöse Kriminalisierung all derjenigen ein, die konsequent für die Verhinderung der WAA eintreten.

.....

Ort, Datum **Unterschrift**

.....

Adresse

Das Verfahren gegen die RADI-AKTIV richtet sich letztendlich gegen die gesamte Anti-WAA-Bewegung. Als Zeitung der Bewegung ist das RADI-AKTIV ein wichtiges Instrument, um den Informationsfluß zu gewährleisten und Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Strömungen der Bewegung zu ermöglichen. Nicht zuletzt dient es dazu, die Argumente der Anti-WAA-Bewegung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Kriminalisierung des RADI-AKTIV reiht sich ein in die Kriminalisierung des gesamten WAA-Widerstandes. Dazu gehören die über 3 000 Ermittlungsverfahren und die außer Kraftsetzung des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit durch permanente Demonstrationsverbote. Der bisherige Höhepunkt war die „Terroristenhatz" während den Blockadeaktionen gegen Oberpfälzer Bürger und Bürgerinnen.

Aus dem aktuellen Beschlagnahmebeschluß geht hervor, daß mittlerweile jegliche Äußerung zum Widerstand gegen die WAA, selbst die bloße Dokumentation, zur Aufforderung zu Straftaten hinkonstruiert wird.

Denn laut des Beschlusses würden die bisherigen Vorkommnisse, wie z. B. das Inbrandsetzen von Baumaschinen zeigen, worauf es dem Verfasser ankomme.

Die Beschlagnahme und die Prozesse gegen das RADI-AKTIV sind genauso wie die Beschlagnahme von Megaphon, Flugblättern und Schreibmaschinen, auf die Strukturen der Anti-WAA-Bewegung gerichtet. Es soll unmöglich gemacht werden, den Widerstand zu organisieren.

Die RADI-AKTIV hat inzwischen eine Auflage von 5 000. Nichts kann die Notwendigkeit eines weiteren Erscheinens deutlicher machen. Um diesen Prozeß durchzustehen, bedarf die RADI-AKTIV einer breiten, demokratischen Solidarität. Wir bitten daher alle, unten stehende (oder eine andere) Solidaritätserklärung zu unterzeichnen und an uns zurückzuschicken. Des weiteren sind wir natürlich auf möglichst viele Spenden angewiesen!

JETZT REICHT'S!!

Ein Blick hinter die Kulissen der Beschlagnahme

Mittwoch, 22. Okt. 1986, kurz vor 8 Uhr. Ich liege noch im Tiefschlaf, denn ich hatte noch bis tief in die Nacht hinein RADI-Artikel geschrieben. Meine Mitbewohnerin stürzt herein, weckt mich unsanft.. „Die Bullen sind da — Hausdurchsuchung!" Mein erster Gedanke: „Nicht schon wieder — ich will meine Ruhe!" Mein nächster Gedanke war: „Hoffentlich hausen sie nicht total ab."

Dann an der Wohnungstür, zwei höfliche Zivilbeamte und ein städtischer Angestellter als Zeuge. Der Hausdurchsuchungsbefehl wird mir gezeigt — es muß ja schließlich alles seine Ordnung haben — zumindest heute einmal.

Man kennt sich von der letzten Hausdurchsuchung in meiner Wohnung schon total aus! Meine Zimmer, Gemeinschaftsräume, Keller etc. Die Polizisten bemühen sich, korrekt zu sein — aber Befehl ist schließlich Befehl. Mein Einwand, daß sie hier nichts zu suchen haben, weil ich nicht mehr presserechtlich verantwortlich zeichne, wird mit einem hilflosen Schulterzucken beantwortet — Befehl ist und bleibt Befehl — immerhin lautet das RADI-Konto auf meinen Namen — das ist wohl verwerflich genug.

Seit Tschernobyl, als die erste Beschlagnahme erfolgte, hat die Staatsanwaltschaft unsere RADI-Ausgaben rückwärts gelesen und uns ein Ermittlungsverfahren nach dem anderen angehängt. Ich hatte das Gefühl, egal wie wir uns bemühen, irgendetwas wird immer gegen uns konstruiert,um uns einzuschüchtern und die Zeitung auszumerzen ...

Deshalb habe ich mich ab der letzten Nummer auch nicht mehr in der Lage gesehen, weiterhin presserechtlich verantwortlich zu zeichnen — es reicht schon voll, für was ich bis jetzt geradestehen soll. Außerdem bin ich nicht bereit, Märtyrer zu spielen. Auch ich habe ein Recht auf weitere Perspektiven in meinem Leben. Seit Jahren bin ich jetzt schon arbeitslos, hatte gerade Aussichten auf einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag auf ein Jahr — ich hab ihn jetzt auch bekommen, aber es gab wegen der Ermittlungsverfahren zunächst tatsächlich Schwierigkeiten — Und natürlich hoffe ich, daß ein fester Arbeitsvertrag folgt. Aber nach einer entsprechenden Verurteilung sinken die Chancen noch weiter, als es eh' schon durch die Arbeitsmarktsituation der Fall ist ...

Apropos, die Polizisten meinten, daß wohl auch gegen mich bei dieser Nummer ein Ermittlungsverfahren läuft, obwohl ich nicht presserechtlich verantwortlich bin — es handelt sich wohl inzwischen um ein Gewohnheitsrecht der Staatsanwaltschaft ... Nachdem die Durchsuchung abgeschlossen ist, verabschieden sich die B. mit einem freundlichen „Auf Wiedersehen". — Doch für solche Späße habe ich kein Verständnis. Ich eilte dann sofort ins RADI-Büro, das in einem städtischen Kulturladen untergebracht ist. Als erstes wundere ich mich über die „Monteure" vor dem Haus, die in einen vornehmen Audi einsteigen. ... Im 4. Stock angekommen, wurde mir plötzlich klar, daß die „Monteure" wohl die schlagkräftigen Polizisten waren, die den Computerraum aufgebrochen hatten, der sich neben dem RADI-Büro befindet.

Ich schließe das Büro auf — die Ausbeute ist mit zwei RADIS genau so toll, wie in meiner Wohnung.

Nach den beiden Hausdurchsuchungen treffen wir uns zu dritt aus der RADI-Redaktion, um zu beraten, was wir jetzt weiter machen müssen — dabei rechnen wir ständig mit der nächsten Durchsuchung, weil bei unserem presserechtlich Verantwortlichen noch niemand aufgetaucht ist.

Der eine muß in seiner Arbeit Bescheid sagen, daß er heute erst sehr viel später kommen kann, der andere wollte eigentlich auf Job-Suche gehen — wie schon seit einiger Zeit, was jedoch wegen immer neuer Arbeit an der Zeitung bis dahin nicht gelungen war.

Bis zum frühen Nachmittag schreiben wir dann eine dreiseitige Presseerklärung,

verschicken sie an alle erdenklichen Redaktionen und beliefern verschiedene Nürnberger Redaktionen direkt.

Irgendwann abends kommen wir dann dazu, zum ersten Mal in Ruhe etwas zu essen. In unserer Rechtsanwaltskanzlei sieht es den ganzen Tag über nicht anders aus.

Auch in den folgenden Tagen waren wir noch damit beschäftigt, einzelne Zeitungen zu versorgen bzw. für einzelne Rundfunksender Interviews zu geben.

Paranoia . . .

Wenige Tage später, eine meiner Mitbewohnerinnen ist allein zu Hause, beobachtet sie, wie ein Mann mit einem riesigen Teleobjektiv ständig, ringsum, direkt und ausschließlich unsere Wohnung fotografiert. Eigentlich müßte sie lernen, aber sie hat nur noch Panik — nichts geht mehr. In der darauffolgenden Nacht hat ein anderer Mitbewohner diese Beobachtungen in Alpträume verarbeitet — der Stoff, aus dem die Träume sind . . .

In der darauffolgenden Zeit, wenn es zu einer ungewöhnlichen Zeit klingelt, ist der erste Gedanke immer: Sind's die Bullen?

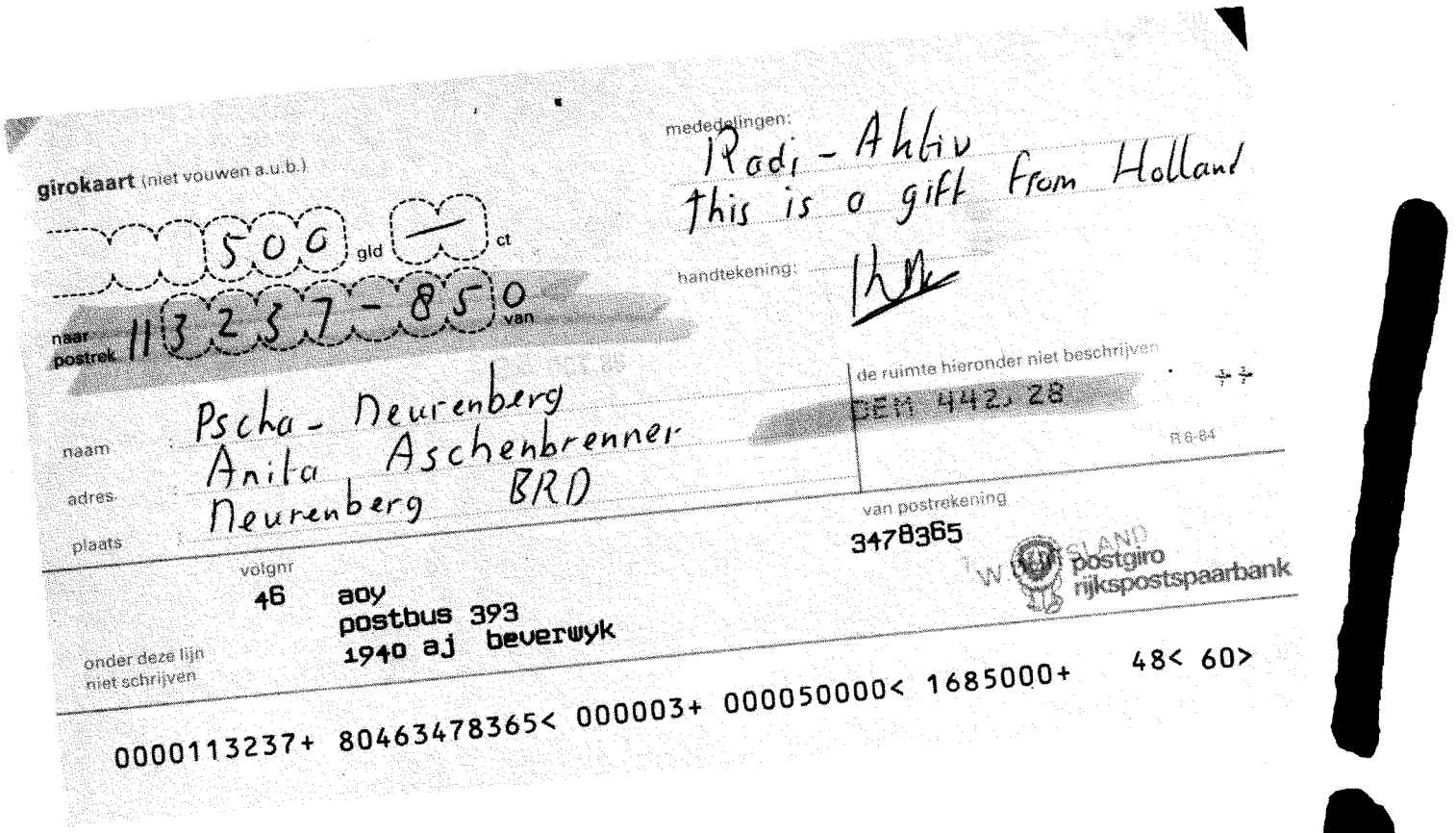
RADI AKTIV — ab jetzt mit Schere im Kopf????

Die letzte Nummer des RADI AKTIV wurde, bevor es in Druck ging, von einer „Rechts"-Frau systematisch auf mögliche Rechtsverstöße durchgegangen — daß es bei der nächsten Beschlagnahme um die vermeindlichen Gedanken der Verfasser gehen sollte, konnte sie natürlich nicht ahnen. Allerdings hätte dies auch nichts genutzt, denn solche Fähigkeiten können nur Staatsanwälte und Richter entwickeln . . .

Wenn wir jetzt in unseren Redaktionssitzungen einzelne Artikel diskutieren, wird die Schere im Kopf schon deutlich. An Punkten, an denen wir früher erst gar nichts verwerfliches uns gedacht hätten, üben wir uns in staatsanwaltschaftlichen Rechtsverdrehungen und überlegen uns andere Formulierungen — aber was kann man eigentlich noch schreiben, wenn das Kriterium die vermeindlichen Gedanken der Verfasser sind???? Uns ist deshalb auch klar, daß wir uns eigentlich vor einer nächsten Kriminalisierung überhaupt nicht schützen können, weil es nur und ausschließlich eine politische Entscheidung ist und keine juristische. D. h. es geht eigentlich nur noch darum, ob wir immer wieder jemand finden, der sich bereit erklärt, presserechtlich zu zeichnen und damit sich bereiterklärt, ganz persönliche Konsequenzen auf sich zu nehmen, nämlich u. U. vorbestraft zu sein oder, wenn die neuen Gesetze durch sind, notfalls auch in den Knast zu gehen.

Möglicherweise benötigen wir für die nächste Nummer wieder einen neuen Presserechtlich Verantwortlichen, da der jetzige dann vielleicht schon wieder „verbraucht" ist . . .

Nicht zuletzt kann ein weiteres Erscheinen des RADI AKTIV auch nur dann sichergestellt werden, wenn **ihr alle** uns unterstützt: Wir brauchen finanzielle Unterstützung in nicht absehbarer Größenordnung und wir brauchen **überall** eine gute, breitangelegte Öffentlichkeitsarbeit, sowohl über die Beschlagnahmungen und ihre Begründungen als auch über die Prozesse, sobald sie stattfinden. Und wir möchten ganz herzlich all denen von Euch danken, die uns durch kleine und große Spenden und auch durch ganz persönliche Worte der Solidarität deutlich gemacht haben, daß wir nicht alleine stehen.



500 Gulden aus Holland! Diese und viele andere Spenden erreichten uns in den letzten Wochen. Wir bedanken uns für die solidarische Unterstützung! Die Spender aus der BRD wollen wir hier lieber nicht aufführen, wer weiß, was das für sie für Folgen hätte...

Blockadetage

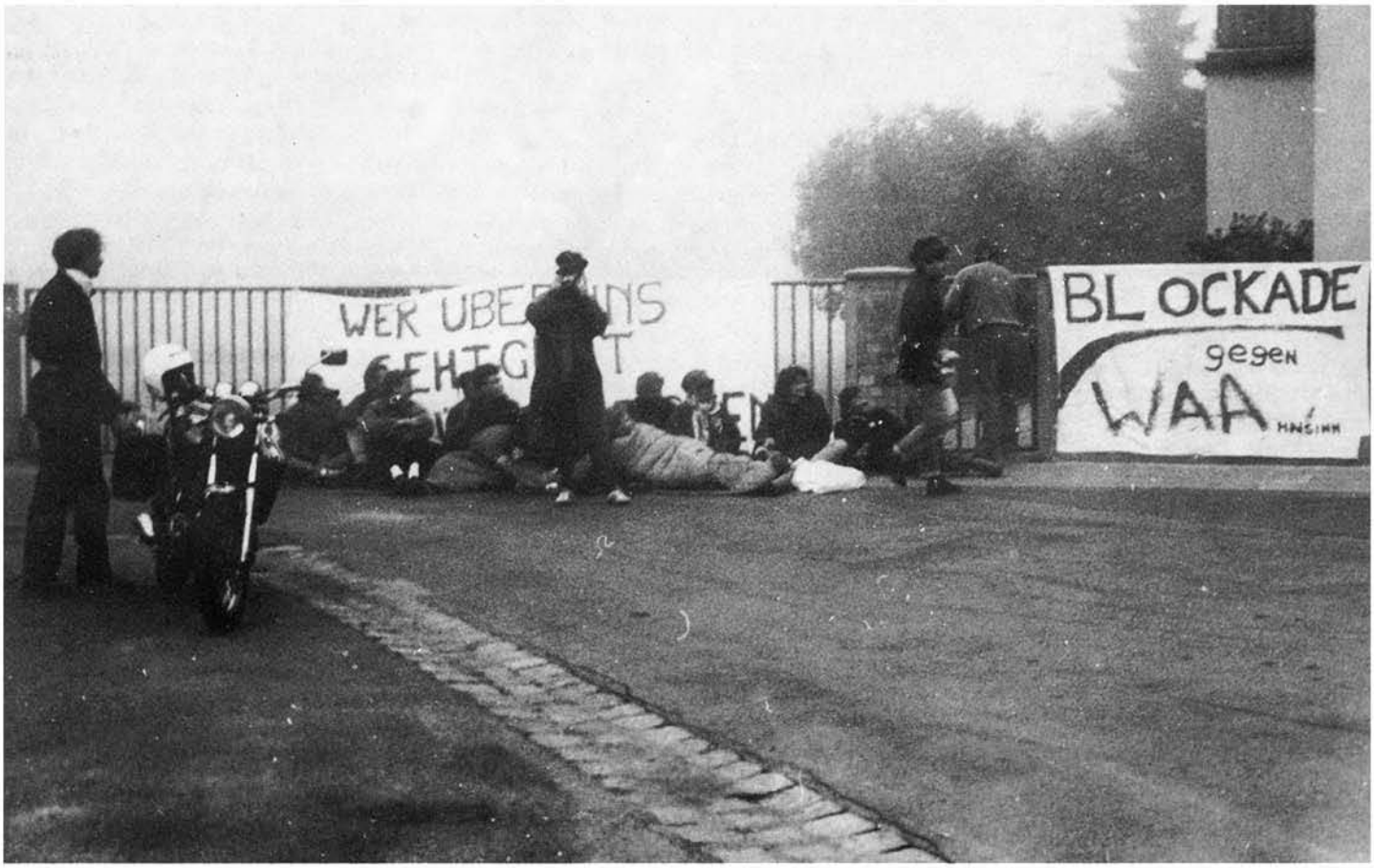


Foto: Markus Weih

Das Thema „weg vom Zaun" und Perspektiven des weiteren Widerstands sollten schon auf dem Pfingstcamp diskutiert werden – es kam anders. Die Idee der Blockadetage war auf der Lako nach Pfingsten diskutiert und schnell aufgegriffen worden. Die leidige Gewaltdiskussion blockierte aber erst mal unser gemeinsames Handeln. Konkret wurde es dann nach dem Anti-WAA-Festival, aber die Vorbereitungen liefen noch wochenlang sehr unproduktiv. Die Aufrufe kamen spät und spärlich, besonders die Mobilisierung der Einheimischen ließ zu wünschen übrig. Noch in der Woche der Blockadetage wagte keiner eine Einschätzung.

Schließlich war Mittwoch, viele Leute waren bereits auch von weit her eingetroffen, und der erste Großeinsatz der Popelei. Das Anti-WAA-Büro, das Infobüro und eine Wohnung so nebenbei wurden beschlagnahmt, neben den ganzen Info- und Flugblättern viele viele Radis, alle Schreibmaschinen und sogar ein Spielzeuggewehr aus Plastik.

Am Abend war ein Plenum in Schwandorf angesetzt. Außer viel Räumungsparanoia und Durcheinander kam jedoch nicht viel dabei heraus.

Der Donnerstag beginnt mit der Meldung eines gefällten 110 kV Strommasten bei Amberg und zwei brennenden Barrikaden in der Nacht. Am Morgen wird die Zufahrt zur Fa. Donhauser versperrt, bis übermächtige Polizeieinheiten auftauchen. Überhaupt gelang in der Mehrzahl der folgenden Blockadeaktionen das „Katz und Maus Spiel", immer dann das Feld vorzeitig zu räumen, wenn starke Polizeikräfte aufzogen, um sich derweil wieder an anderer Stelle nützlich zu machen.

Noch vor 8.00 Uhr entstehen bereits die ersten Blockaden um das WAA-Gelände. Die Trödelblockade sperrt bereits die B 85. BGS versucht die Straße freizuhalten. Es kommt zur ersten Festnahme wg. Sprühen. Um 8.00 Uhr treffen sich die „Frauen gegen WAA" in Wakkersdorf (s. Extra-Bericht). Materialblockaden auf der Straße Heselbach – Betonstraße. LKWs werden blockiert, Reifen entlüftet. SEKs umzingeln dabei eine Demonstrantengruppe und setzen Knüppel ein. Nun folgt über den ganzen Tag ein unüberschaubarer Wechsel zwischen Trödel-, Material- und Menschenblockaden und Einkesselungen mit anschließenden Fest- bzw. Ingewahrsamnahmen.

Am Vormittag bewegt sich eine Radlergruppe von Amberg auf der B 85 in Richtung Schwandorf und verursacht einen mehrere km langen Stau. Bei Pittersbert werden ~~die~~ komplett eingemacht.

Die Regensburger hatten derweil wenig Glück mit ihren geplanten Aktionen, da wahrscheinlich durch Bespitzelung die Pelozipop schon vorher an den abgemachten Stellen herumlungert.

Um 13.00 Uhr beginnen zwei Kundgebungen in Schwarzenfeld zur Firma Schönberger und in Burglengenfeld zur Fa. Heidelberger Zement AG. In Schwarzenfeld beteiligen sich ca. 200 Leute, überwiegend Einheimische, und ziehen nach der Kundgebung in Richtung Werksgelände Schönberger. Auf dem Weg dorthin löst ein starkes Poli-

im WAAckerland

zeiaufgebot die Demo auf, nicht ohne vorher die Personalien festzustellen.

In Burglengenfeld sammeln sich ca. 500 Personen. Die Diskussion mit Werksangehörigen wird von der Polizei verhindert. Anschließend ziehen rund 300 Leute spontan zum Marktplatz, nachdem zwei Einkesselungsversuche gescheitert waren.

In Steinberg blockiert derweil eine Gruppe fünf Ellert-LKWs. Zwei Strommasten fallen bei Rauberweiherhaus Gegenrodungsmaßnahmen zum Opfer.

Am Abend sollte schließlich nochmal eine Kundgebung in Burglengenfeld zur Heidelberger Zement AG stattfinden. Wenige Minuten vor dem geplanten Beginn um 18.00 Uhr teilt die Polizei jedoch dem Veranstalter mit, daß die Kundgebung wegen zu erwartenden Ausschreitungen verboten ist. Zu diesem Zeitpunkt befinden sich bereits ca. 1000 Demonstranten auf dem Platz. Da taucht ein HZAG Laster auf, sozusagen als Köder, und wird blockiert. 200 Bepos ziehen auf. Kurz nachdem eine Demonstrantenkette auf die Bepos zuläuft und kurz vor ihnen abstoppt, beginnt ein unbegreiflicher Knüppelgallopp, wobei mehrere Demonstranten verletzt werden. Die Polizei wird weiter, auch aus der Luft durch Transporthubschrauber, verstärkt und kesselt die Demonstranten ein. Zwei Wasserwerfer stehen bereit. Ein schmaler Durchlaß wird von den Eingeschlossenen nicht bemerkt und so dauert es mindestens eine Stunde, bis eine starke Polizeikette den Platz Richtung Regensburg freigeräumt hat. Dabei werden immer wieder Leute hinter die Kette gezogen und festgenommen.

Insgesamt kam es an diesem Donnerstag zu ca. 50 Blockadeaktionen und 200 Festnahmen.

Am Freitag setzt sich die Taktik der Demonstranten ähnlich wie am Vortag fort. Die Fa. Ellert wird ca. eine 3/4 Stunde blockiert, viele Materialblockaden errichtet, von denen einige auch in Flammen stehen. Die Trödelblockaden und Frauenaktionen konzentrieren sich hauptsächlich auf die B 85. Jedoch ist mit der Polizei an diesem Tag nicht mehr zu spaßen. Alle, die nur irgendwie in Verdacht stehen, an den Blockadetagen teilzunehmen, werden vorläufig festgenommen. Dazu genügt bereits subjektives Zu-langsam-Fahren, ein auswärtiges Kennzeichen oder ein Motorrad als Fortbewegungsmittel. An einer Übernachtungsstelle werden 15 Leute bereits festgenommen, als sie gerade das Grundstück verlassen wollen. Im Werkzeugkasten eines der Fahrzeuge befand sich eine kleine Eisensäge, die sich dann auf dem Festnahmezettel aller als Festnahmegrund wiederfand.

Um 14.00 Uhr bot sich auf dem Marktplatz in Schwandorf ein amüsantes Schauspiel. Demonstranten sammelten sich dort und blockierten durch andauerndes Benutzen des Fußgängerüberweges den Verkehr. Als mehrere Hundertschaften auftauchten, um dem Treiben ein Ende zu bereiten, waren die Widerständler jedoch schon wieder verschwunden. Dafür blockierten jetzt die Polizisten mit ihrem Einsatzkonvoi die Zufahrtsstraße und kesselten den leeren Platz ein. Nachdem sie nun noch ca. eine halbe Stunde verschiedene Formationen bildeten, der Verkehr zusammengebrochen war und die Ordnungshüter nur noch Lacherfolge verzeichneten, zogen sie entblößt wieder ab. In Altenschwand werden am Nachmittag die Blockadeaktionen zum Straßenfest umfunktioniert. Die Bürger stellten Tische und Bänke auf die Straße und soffen gegen die WAA. Als die Polizei das Fest zum erstenmal umstellt hatte, mußte sie gleich wieder abziehen, weil es in der Nähe auf der B 85 nicht mehr vorwärts ging. Das Dorf wurde kurzerhand hermetisch abgeriegelt und später wieder heimgesucht. Zwei Personen, die sich von ihrem Bier nicht trennen konnten, nahm die Polizei fest. Mensch räumt Tische und Bänke beiseite und nach Abzug der Einsatzkräfte wieder auf die Straße und feiert weiter. So ging das den ganzen Nachmittag.

Am Abend um 19.00 Uhr findet schließlich eine Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz in Schwandorf statt. Rund 2000 waren gekommen. Wolfgang Daniels von den Grünen wurde wegen seines offenen Briefes an die Anti-AKW-Bewegung am Reden gehindert. Die Redner zeigten noch Inhalt und Ablauf der Blockadetage auf. Nach Abschluß der Kundgebung formiert sich ein spontaner Demozug in Richtung Wackersdorf. Nach ca. einem Kilometer stoppen SEK-Einheiten den Zug. Auch die Straßen hinter der Demo werden abgeriegelt und ca. 200 Leute auf dem Wendelinplatz eingekesselt. Einige, die noch fliehen können, bedanken sich mit einem Angriff auf einen Polizeibulli in der Friedrich-Ebert-Straße. Währenddessen werden alle Eingekesselten abtransportiert. Die Schaulustigen außerhalb der Polizeiabsperrung werden auch noch gekesselt und verfrachtet. Fast alle Festgenommenen kamen jedoch nach Personalienfeststellung wieder frei, wenn auch weitab in Amberg oder Nabburg. Bilanz des Tages: Knapp 300 Festnahmen, also insgesamt 500, unzählige Blockaden und Barrikaden, brutale und willkürliche Polizeiübergriffe en masse und viele neue Sympatisanten unter den Bürgern.

Foto: Wolfgang Gast

„Schwandorfer Nächte ...

Schwandorfer Kessel

"à la Hamburg"

Nach der Abschlußkundgebung der Blockade inszenierte die Polizei ein Schauspiel nach dem Vorbild, welches im Juni in Hamburg für großes Aufsehen sorgte – den sogenannten Kessel.

Im SPD-regierten Hamburg wurden am Tag nach der Brokdorf-Demo am 7. 6. 86 ca. fünfhundert Demonstranten/innen, die gegen die Polizeikrawalle am Vortag demonstrieren wollten, am Sammeltreffpunkt eingekesselt und 13 (!) Stunden lang auf engstem Raum dort festgehalten. Anschließend wurden die Anwesenden auf Polizeiwachen nochmals stundenlang eingesperrt. Dieser Vorgang war beispiellos in der Geschichte der BRD.

In den folgenden Wochen gab es massive Proteste gegen diese Maßnahme: Senatsdebatten, SPD-interne Streitereien und 50 000 Demonstranten/innen am darauffolgenden Samstag in Hamburg. Die verantwortlichen Politiker, namentlich Bürgermeister Dohnany und Innensenator Lange, werteten die Premiere abschließend so: Einkesselungen sind grundsätzlich als Polizeimaßnahme geeignet und somit wiederholbar, jedoch sollten extreme Umstände, wie z. B. die lange Dauer, vermieden werden. Dies wurde auch vom Senat verabschiedet.

Zum Abschluß der Blockadetage wurde diese Repressionsmaßnahme nun auch vom CSU-Staat Bayern eingeführt. Der wesentliche Unterschied zum Hamburger Kessel liegt darin, daß in Schwandorf die Erfahrungen von Hamburg berücksichtigt wurden und die Eingekesselten unmittelbar in Polizeibussen abtransportiert wurden.

Zur Entwicklung der Ereignisse:
Nach der Kundgebung zogen ca. 1 000 WAA-Gegner/innen spontan und lautstark vom Marktplatz weg auf der Wakkersdorfer Straße stadtauswärts. Parolen wie „Weg mit dem Atomprogramm", „Aufruhr, Widerstand ...", „Feuer und Flamme für diesen Staat" hallten fast ohne Unterbrechung durch die nächtliche Stadt. Nach ca. einem Kilometer wurde der Zug durch eine mehrfache Kette von SEKlern gestoppt. Es wurde beschlossen, wieder umzudrehen und wieder Richtung Innenstadt gegangen, BEPO und SEK nun im Rücken und an der Seite. Nach fünfhundert Metern in umgekehrter Richtung wieder Polizeikette. Die Falle schnappt zu. Ein großer Teil der Demonstranten kann noch durch die Polizeiketten durchbrechen, wobei diese auch zuerst nicht konsequent versuchten, sie daran zu hindern. In mehreren Fällen wurde jedoch gezielt Schwarz- oder Ledergekleideten der Fluchtweg versperrt und sie zurückgewiesen. Ein weiterer Teil konnte noch durch eine Hofeinfahrt und über Garagendächer entwischen. Als dadurch schließlich die Zahl der Demonstranten/innen auf ca. dreihundert reduziert war, machten die Polizisten den Kreis absolut dicht und drängten die Außenstehenden mit Schildern und Knüppeln nach beiden Seiten auf ca. einhundert Meter Abstand.

An dieser Stelle soll erwähnt werden, daß bei der Demonstration kein einziger Steinwurf (und auch keine sonstigen Gegenstände) und auch keine einzige Konfrontation mit der Polizei registriert wurde.

Nachdem der Kessel dichtgemacht worden war, dauerte es ca. eine viertel Stunde, bis die ersten Wannen aufgefahren wurden, um die Eingekesselten zu den Polizeidienststellen Amberg und Regensburg zu bringen.

Die Leute wurden jetzt nach und nach einzeln herausgegriffen, vor den Wannen abgetastet und auf die Wannen verteilt. Bei einigen wurden schon hier Personalien über Funk kontrolliert.

In dem Kessel war während der ganzen Zeit relativ gute Stimmung. Es wurden weiterhin Parolen gerufen und auch zünftige Lieder angestimmt („Schwandorfer Nächte sind lang", „Wer soll das bezahlen"). Aufheiternd waren auch viele plötzlich aufgetauchte Luftballons (die gegen die Spielregel von der behelmten Mannschaft zerstört wurden, worauf die Zuschauer mit „Mörder"-Rufen antworteten). Zeitweise wurde der Kreis von den Bullen so eng gezogen, daß die Eingekesselten aneinandergepreßt wurden und sich nicht mehr bewegen konnten.

Außerhalb des Kessels machten die WAA-Gegner auf verschiedene Weise ihrem Unmut Luft. Die absperrenden Polizisten wurden mit heftigen Beschimpfungen überzogen, einige anfahrende Wannen wurden mit Steinen und Tritten leicht lädiert und schließlich gingen noch zwei Schaufensterscheiben zu Bruch.

Bis gegen Mitternacht waren dann alle Festgenommenen abtransportiert. Sie wurden in Amberg und Regensburg überwiegend nach der Personalienaufnahme sofort wieder freigelassen. Einige wurden allerdings dabei auch mißhandelt (s. ges. Bericht). Unter den Festgenommenen war auch ein 12jähriger Junge, zusammen mit seiner Mutter. Dieser ließ sich von dem ganzen Geschehen offensichtlich wenig einschüchtern und machte eher den Eindruck, als gehöre so etwas schon zu seinem Alltag.

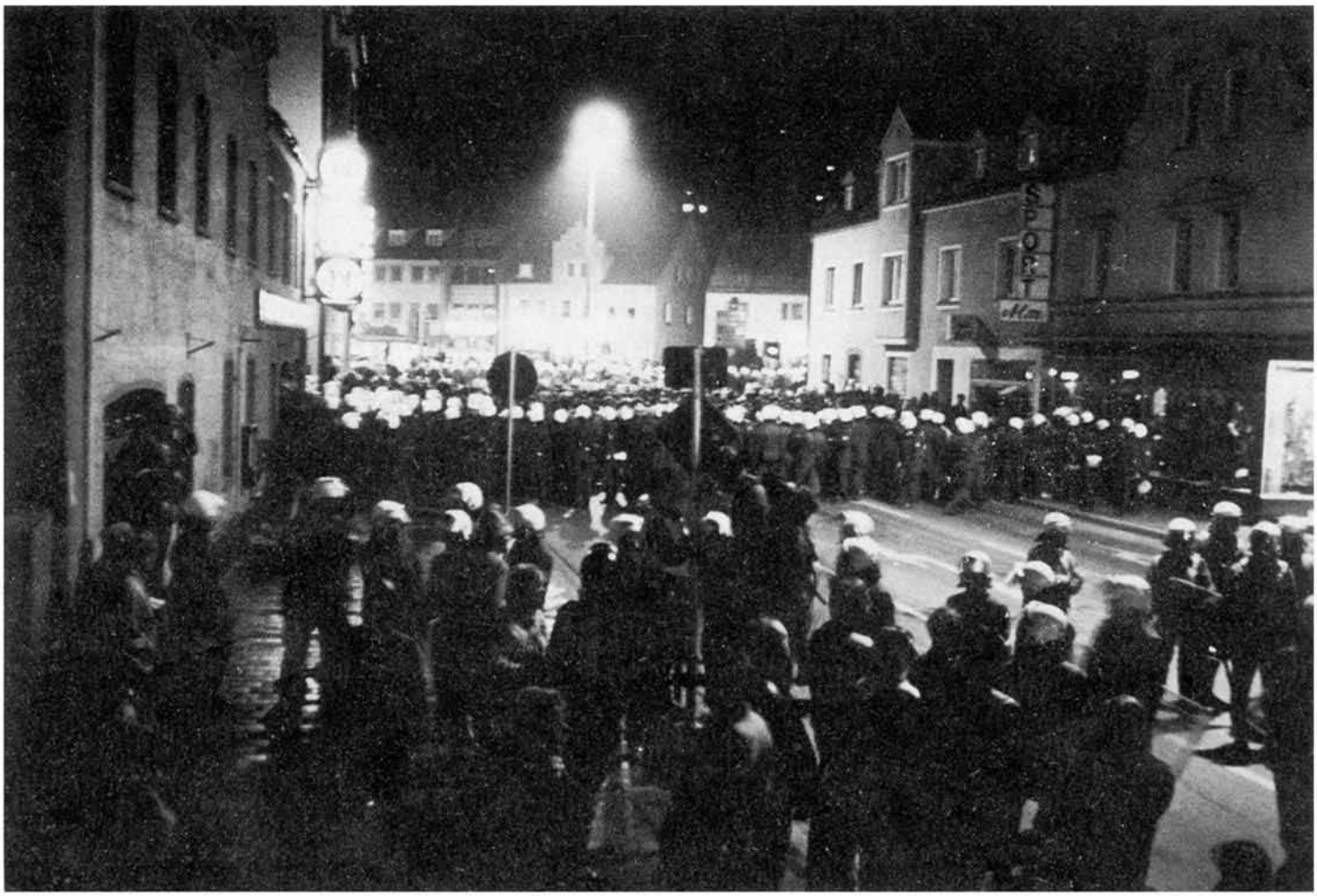


Foto: Kunstverein Wien

Betroffenenbericht

zum Schwandorfer Kessel am 17.10.

Ich hab ca. 2 Std. im Kessel gestanden und wurde mit vier anderen nach Amberg gefahren. Wir mußten im Vorraum vom Flur, umringt von einigen Bullen, warten. Ich sagte, ich müsse dringend pinkeln, worauf mir geantwortet wurde, daß das jetzt nicht ginge. Aus dem Verhörzimmer wurde ich gleich wieder rausgeschickt, da ich keine Angaben über meinen Familienstand machte. Kurz darauf wurde ich durch den Gang bis zur Eingangshalle geschoben. Dann faßte mich ein anderer von hinten an die Schulter und meinte, ich soll wieder zurückgehen. Ich fragte ihn, was das hin- und hergeschiebe soll. Darauf schubste er mich brutal in den Gang, lief hinterher und schubste mich wieder. Beim Vorwärtsstolpern hatte ich das Gefühl, daß ein herumstehender Bulle, versuchte, als ich an ihm vorbeiflog, mir ein Bein zu stellen. Ich fing an zu schreien, er soll mit dem Schubsen aufhören, während er immer brutaler wurde. Von der anderen Seite des Ganges kam ein anderer Bulle angelaufen, brüllte, was los sei und packte mich bei den Haaren. In dem Moment zerrten zwei Bullen an mir rum und wollten mich verprügeln. Eine der drei Festgenommenen, Andrea, sprang dazwischen, worauf sich die beiden komischerweise beruhigten. Ich verlangte einen Anwalt anrufen zu dürfen, was mir verwehrt wurde. Stattdessen wurde ich in eine Zelle gesteckt. Ein paarmal kamen drei Bullen rein, taten so, als wollten sie uns rauslassen, machten es dann aber doch nicht. Nachdem sie uns genügend schickaniert hatten, ließen sie uns beim vierten oder fünften Mal raus. Personalienfeststellung. Jemand anders hat auch mitbekommen, daß einer Frau ins Gesicht geschlagen wurde wegen Aussageverweigerung und daß einem Festgenommenen auf die Frage nach einer Bekannten erklärt wurde, daß diese gerade vergewaltigt werde!

Ein Regensburger WAA-Gegner

... sind lang"

„Wer schützt uns

Bei den Blockadetagen in der Oberpfalz am 16. bis 17. Oktober eskalierte das Vorgehen der Polizei von Tag zu Tag mehr: Am Samstag, den 18. 10., wurde durch Spezialkommandos der Polizei mit schußsicheren Pistolen im Anschlag ein perfektes Terroristen-Schauspiel inszeniert — geplant mit allergrößter Wahrscheinlichkeit in den allerobersten Etagen „unseres" Freistaates Bayern.

Um zumindest annähernd einen Eindruck und ein Gefühl davon zu erhalten, wie so ein Atomstaat bereits in seinen Anfängen agiert, haben wir ein ausführliches Interview mit Mutter und Sohn der überfallenen Wohnung in Burglengenfeld gemacht und drucken einen eigenen Bericht der Mutter aus Ponholz ab, deren Wohnung zur gleichen Zeit ebenfalls brutal überfallen worden war.

„Das Gewaltmonopol liegt beim Staat", heißt es immer aus den Regierungsetagen.

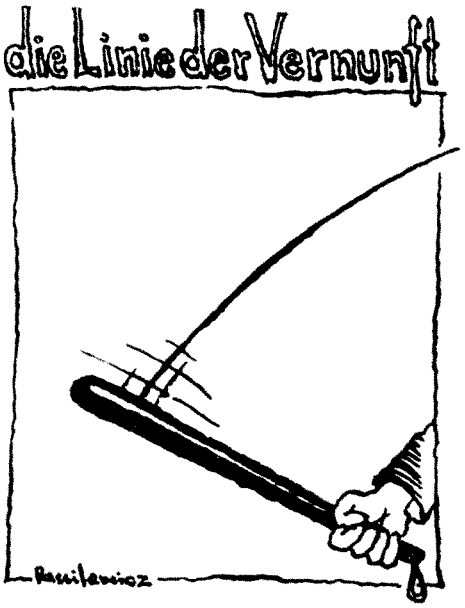
Das ist richtig! — Denn niemand sonst ist schließlich gewalttätig ....

Auf welcher Seite stehst Du, he?

Fragen an die SPD:
— Befehl ist Befehl?
— Lernen aus der Geschichte passee?

Wir fordern: Sofortiger Rücktritt des SPD-Bürgermeisters von Teublitz

Beim Überfall auf die Wohnung in Burglengenfeld war ein Stab örtlicher Polizisten dabei — im Auto vor dem Haus. Unsere Recherche hat dabei ergeben: der 2. Bürgermeister von Teublitz hat als SPDler und Polizist diese Aktion, sprich diesen Terror, begleitet.
Trotz verzweifelter Bemühungen beim Sitzen im Auto sein Gesicht zu verbergen, haben ihn aufmerksame Augenzeugen erkannt.



Eine Wohnungsinhaberin der in Ponholz von SEK-Mannschaften überfallenen Wohnung berichtet

„Neue Dimension der Einschüchterung"

Ich hatte während der Blockade-Aktionen 18 Gäste. Am Samstag, 18. 10., morgens um 11.15 Uhr, meine Gäste waren teils beim Packen, teils abreisebereit, teils beim Frühstück, teils im Badezimmer, ich selbst vor dem Haus beim Ausräumen meiner gerade besorgten Einkäufe, stürmten 20 bis 30 Beamte des Sondereinsatzkommandos Göppingen die Treppe hinauf und drangen in meine Wohnung ein. Bei der Stürmung meiner Wohnung wurde in dem, übrigens denkmalgeschützten Gebäude, eine unverschlossene, leicht klemmende Tür eingetreten, die zu meinem zu dieser Zeit leeren Schlafzimmer führt. Das Türblatt wurde hierbei zersplittert.

Alle SEKler hatten ihre Dienstwaffen schußbereit in der Hand und zielten auf meine Gäste. Die Beamten befahlen meinen Gästen, sich flach auf den Boden zu legen, dabei wurden zwei Personen durch Fußtritte und Knüppelschläge verletzt. Ich selbst versuchte, noch schnell das Haus zu verlassen, um einen Rechtsanwalt, einen befreundeten Richter, die Presse und möglichst viele Mitbürger zu erreichen, was mir aber durch einen Beamten verwehrt wurde, der die Tür bewachte. Daraufhin versuchte ich über das Telefon der Gastwirtschaft, die sich in dem Gebäude unterhalb meiner Wohnung befindet, zu telefonieren. Das Gespräch wurde mir durch Niederdrücken der Gabel unterbrochen, noch bevor ich die Vorgänge schildern konnte. Ich durfte auch keine Anrufe entgegennehmen. Icn habe mich dann in den ersten Stock in meine Wohnung begeben, um die Vorgänge dort zu beobachten.

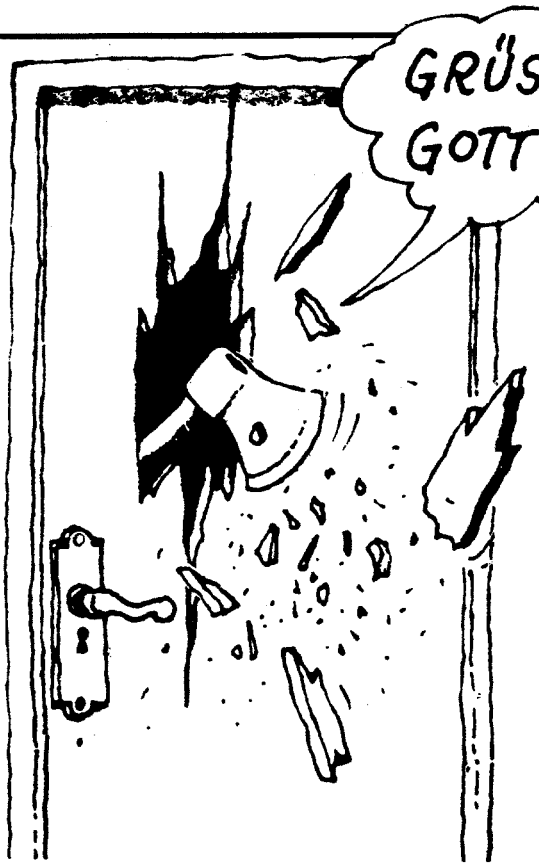
Mit schußbereiter Waffe vom Webstuhl geholt ...

Dort geschah folgendes: Alle Anwesenden, darunter auch meine Praktikantin, die mit der schußbereiten Waffe vom Webstuhl geholt wurde, mußten liegend bis zu einer Stunde verharren, wobei eine Frau und ein Mann nur mit Unterhose und T-Shirt bekleidet waren. Die Fußböden sind alle kalt, teilweise gefliest, die Wohnung war unbeheizt, teilweise standen die Fenster offen. Die nur teilweise bekleidete Frau durfte sich, obwohl ihre Hose neben ihr lag, nicht bekleiden.

vor der Polizei?"

„Friß Deine Scheiße!"

Nach dem ersten Schock fragten einige nach dem Grund des überfallartigen Einsatzes, andere wollten das WC aufsuchen oder sich etwas anziehen, da sie vor Kälte zitterten. Einzige Antwort: Maul halten, scheiß Dir in die Hosen, Schnauze, friß deine Scheiße usw. Ich selbst erhielt keine anderen Auskünfte. Es gab keinen Hausdurchsuchungsbefehl, über die Angelegenheit wurde keine Niederschrift angefertigt. Die Beamten machten Skizzen und Fotografien von meiner Wohnung, durchsuchten meine Adressenkartei und anderes, machten Abschriften, weiß Gott wovon. Möglicherweise wurden auch Schriftstücke mitgenommen. Die anwesenden Personen, auch ich, wurden abgelichtet, in verschiedenen Positionen. Dies mehrfach. Dann wurden schriftliche Personenbeschreibungen vorgenommen, die sich auf Haartracht, Kleidung, Schuhe, Statur, möglicherweise auch auf örtliche Nachbarschaft und Sozialkontakte bezogen. Alle Personen wurden durchnumeriert, ich diesmal ausgenommen. Während dieser Prozedur lagen alle meine Gäste noch am Boden. Sie durften sich nicht bewegen. Die Küche war am meisten belegt. Beamte liefen ohne Rücksicht über die Anwesenden, wobei einige getreten wurden. Einer wurde in die Nieren getreten und erhielt einen Schlag mit einem Eschenholzknüppel auf den Rücken. Er zeigte nach diesem Vorfall schockartige Symptome, haltloses Weinen, unkontrollierbares Zittern und das Gefühl einer Kreislaufschwäche. Ich selbst konnte mich halbwegs frei in der Wohnung bewegen, möglicherweise aufgrund einer gewissen Kaltschnäuzigkeit, von der einzelne Beamte bei der insgesamt chaotisch erscheinenden Aktion (SEK Göppingen, BKA, Kripo Regensburg, möglicherweise Kripo München, möglicherweise örtliche Landpolizei, verschiedene Dienstgrade etc.) überfordert waren. Eine ähnliche Kaltschnäuzigkeit mußte eine sicherlich nicht weisungsbefugte Beamtin, die zur Untersuchung der Frauen dabei war, aufbringen, um die Anforderung eines Krankenwagens für den Schockpatienten durchzusetzen, dies gegen den Widerstand der männlichen Beamten. Originalzitat: „Wer Steine schmeißen kann, kann das auch aushalten." Eine bereits im Einsatzwagen befindliche Person (festgenommen) konnte mithören, wie der den Krankenwagen anfordernde Beamte ausdrücklich dazu aufforderte, ohne Signal zu erscheinen.



Parallele zu „Ich bin eine Jude"

Nach dem Fotografieren durften meine Gäste sich setzen. Es war aber weiter untersagt, sich von den Plätzen zu entfernen. Sie wurden die ganze Zeit scharf bewacht. Im Sitzen wurden sie wieder fotografiert und es wurden Skizzen angefertigt. Des weiteren wurde von zwei Beamten die Numerierung überprüft und abgestimmt. Kurz bevor sie sich erheben durften, erschienen Kripobeamte in Zivil, von denen eine Frau aus München war. Es kam weiterhin ein Opel, Wiesbadener Kennzeichen, der anzunehmenderweise dem BKA zuzuordnen sein könnte. Nun gingen die Beamten zur Leibesvisitation über. Diese wurde sehr gründlich vorgenommen, die männlichen Personen mußten sich entkleiden. Dabei wurden alle Anwesenden den Nummern nach vors Haus geführt, einzeln. Mehrere männliche Personen mußten sich auf der Straße, unter den Augen der Öffentlichkeit, noch einmal teilweise entkleiden, Gürtel und ähnliches wurden beschlagnahmt, ebenso die in Jacken- und Hosentaschen befindliche Habe. Vor der WAA-NIE-Parole auf einer vorm Haus befindlichen Plakatwand (Parallele „Ich bin ein Jude") wurden sie dann bis zu dreimal mit der Sofortbildkamera fotografiert. Anschließend wurden sie mit Plastikfesseln an den Händen gefesselt. Diese schnitten teilweise tief ins Fleisch. Einige der Männer bekamen die Hände auf den Rücken gebunden.

Als sie in den Einsatzwagen saßen, wurde endlich der Grund der Festnahme mitgeteilt, den man niemandem die ganze Zeit über auch nur andeutungsweise aufgezeigt hatte. Unter dem gequälten Lächeln der regionalen Beamten, denen die Angelegenheit fast peinlich war, erklärte man, daß sie zum terroristischen Umfeld zählen würden. Es sei ein Hinweis aus der Bevölkerung eingegangen. In einer späteren Nachrichtensendung war dann nur noch die Rede vom Verdacht des Aufenthalts eines Mitglieds einer terroristischen Vereinigung. Erst im Einsatzwagen wurde mitgeteilt, daß alle zum Polizeipräsidium nach Regensburg gebracht würden. Auf der Fahrt wurde einigen schon mitgeteilt, daß es sich nun nurmehr noch um eine Personenüberprüfung handelt und sie auch in die Wohnung zurückgebracht würden, was es übrigens bei den Polizeiaktionen hier in der Oberpfalz noch nie vorher gegeben hat. Diese Mitteilung hing jedoch vom Gutdünken der begleitenden Beamten ab. Die meisten erfuhren diese Verfahrensweise erst in Regensburg. Keine der vorübergehend festgenommenen Personen wurde in Regensburg erkennungsdienstlich behandelt. Die Personenüberprüfung dauerte pro Person durchschnittlich fünf Minuten. (...)

„Kein Recht auf das eigene Bild"

Die im Zuge der Aktion gefertigten Sofortbilder wurden auch auf Wunsch nicht ausgehändigt unter dem irreführenden Hinweis, daß kein Recht der Person auf das eigene Bild bestünde.

Schließlich wurden alle zu mir zurück nach Ponholz gebracht: Gesamtdauer des Ausflugs nach Regensburg ca. zwei Stunden, davon Fahrzeit ca. eine dreiviertel Stunde, der Rest geteilt durch 18. Die Anwesenheit der Beamten in meiner Wohnung dauerte ca. drei Stunden, während derer meine 12jährige Tochter das Haus nicht betreten durfte und draußen in der Kälte warten mußte. Während in meiner Wohnung (300 qm) jeweils geschickt in meiner Abwesenheit Schränke, Schubladen, Bücherreagle, Kommoden, Aktenschrank und Adressenregister durchsucht wurden, wurden die Schlafsäcke und Taschen meiner Gäste eher nachlässig und lustlos inspiziert. Gefundene Gegenstände meiner Gäste

dienten lediglich dem Selbstschutz und wurden ihnen auch kommentarlos in Regensburg wieder ausgehändigt. Keiner führte irgendeine Art von Waffe mit sich. Der Hinweis auf einen terroristischen Hintergrund ist völlig unhaltbar. (...)

Von der Aktion, an der insgesamt ca. 50 bis 70 Beamte beteiligt waren, haben weder die Staatsanwaltschaft Amberg (nächstgelegen) noch die Staatsanwaltschaft Regensburg (übergeordnet) gewußt. Ich weiß nicht, wer diesen Einsatz zu verantworten hat und sehe auch keine Möglichkeit, dies zu erfahren. Stattdessen werde ich immer noch mehr oder minder auffällig observiert, ebenso wie eine befreundete Rechtsanwältin und einer meiner Gäste, der seinen Wohnsitz in Bayern hat.

Deshalb muß ich davon ausgehen, daß weder ein Hinweis aus der Bevölkerung vorliegt, noch meine Gäste dem terroristischen Umfeld zuzuordnen sind, sondern ganz massiv Druck ausgeübt werden soll auf einheimische, gutbürgerliche Personen, die Schlafplätze für auswärtige Kernkraftgegner zur Verfügung stellen. (...) Doch die Einstellung meiner Mitbürger und Nachbarn ist von Anteilnahme und Solidarität geprägt. Die Vorkommnisse stellen eine ganz neue Dimension der Einschüchterungsversuche dar.

Ulrike Buergel-Goodwin

Foto: Joachim Tächl

Interview

mit Heidi (48 J.) und ihrem Sohn Manfred (24 J.) am 24. 10. 1986 zu den Überfällen des SEK „Terroristenfahndung"

RADI: Wie aktiv ward ihr bisher im WAA-Widerstand?

HEIDI: Überhaupt nicht – ich war noch nicht einmal BI-Mitglied.

MANFRED: Ich bin seit acht Jahren im Jugendzentrum (Städtedreieck) aktiv, wo wir auch öffentlich gegen die WAA aufgetreten sind. Wir haben seit fünf Jahren das Anti-WAA-Festival gemacht und jetzt beim Anti-WAAhnsinnsfestival habe ich auch mitgeholfen.

RADI: Wie ist der Polizei-Überfall auf Euch am letzten Samstag abgelaufen?

MANFRED: Ich bin noch im Bett gelegen, weil wir länger gefeiert hatten, da ich Geburtstag gehabt hatte. Dann habe ich einen Schrei gehört, und ich hab' mir gedacht, was ist denn jetzt los. Da wurde schon meine Zimmertür aufgerissen, jemand stürmte in mein Zimmer rein, mit der Pistole gezogen, zieht mir die Bettdecke weg und setzt mir die Pistole auf den Bauch und schreit: „Auf den Boden legen! Hände hinter den Kopf!" Dann bin ich am Boden gelegen, mit den Händen hinterm Kopf, angezogen nur mit der Unterhose. Der SEKler hat dann mein Bad kontrolliert, hat mich anschließend gepackt, auf die Straße gezerrt – nur mit der Unterhose bekleidet und dort abgetatscht. Ich habe gefragt, was das alles soll. Wenn sie mich durchsuchen wollen, dann können sie das doch drinnen im Flur machen. Nachdem ich ca. eine 3/4 Stunde so draußen in der Kälte gestanden war, haben sie mich wieder ins Zimmer gebracht. Ich mußte mich dann ungefähr eine halbe Stunde aufs Bett setzen, bis ich mich endlich anziehen durfte.

Nachdem ich eine Stunde lang in meinem Zimmer beobachtet worden war, wollte ich rübergehen zu meinen Eltern, was ich aber nicht durfte. Dann schließlich mußte ich rübergehen. Dort wurde am Tisch alles aufgeschrieben, sogar wie ich bekleidet war, wie sie mich gefunden haben, in welchem Zimmer ich gewesen bin. Mein Zimmer haben sie zweimal fotografiert. Dann haben sie meine Perso-

→

nalien überprüft. Ich mußte wieder raus auf die Straße. Dort wurde ich dann zwei Mal fotografiert. Der Rechtsanwalt Schreiner ist währenddessen schon draußen gestanden. „Ich will einen Rechtsanwalt", hab' ich gesagt. „Das wird noch geklärt", war die Antwort. Doch den Rechtsanwalt haben sie nicht zugelassen. Dann bin ich ins Auto geschafft worden und mußte dort eine halbe Stunde warten. Wir sind dann so gegen zwei Uhr abtransportiert worden nach Regensburg. Wir waren insgesamt neun Personen aus unserem Haus, die alle zwei Mal fotografiert worden waren. In Regensburg angekommen, mußten die Berliner aussteigen und einen Rundgang auf dem Gelände machen, wahrscheinlich um festzustellen, ob sie irgendwo mal gesichtet worden sind – mich haben sie gesondert behandelt. Meine Personalien wurden nochmals durchgegangen, die von mir gemachten Bilder dazu geheftet – ED-behandelt wurde ich nicht.

Dann haben sie mich gefragt, ob ich heimgebracht werden will. „Wie ihr mich gebracht habt, so bringt ihr mich auch wieder zurück", hab' ich geantwortet. – Dann war ich so gegen 17 Uhr wieder daheim.

„Hände hoch – Rühren Sie sich nicht!"

HEIDI: Wenn ich jetzt alles wieder höre, dann kommt mir alles wieder hoch. Wir verdrängen es jetzt. Das ist klar. Wir wollen endlich das alles verdrängen, aber das kann man nicht. Wir haben das alles so erlebt: Wir sind wegen der Geburtstagsfeier spät aufgestanden. Unten sind die Jungen (Berliner Gäste) gesessen, haben gefrühstückt und gesagt: „Frau Davis, kommen Sie herunter, setzen Sie sich zu uns mit hin. Wir haben uns dann auch zu den jungen Leuten dazugesetzt. Mein Mann saß mit dem Rücken zur Terrasse – und auf einmal ein Schrei! – Was da geschrien wurde, weiß ich bis jetzt noch nicht. Mein Mann schreit „the dog" (er ist Amerikaner). „Der Hund hat jemand gebissen." Ich will aufstehen, doch in dem Moment knien sie schon vor mir auf der Terrasse. Die ganze Terrasse ist voll. Sie hatten alle ihre Pistolen auf uns gerichtet. „Hände hoch, setzen Sie sich hin. Rühren Sie sich nicht. Kein Wort wird mehr gesprochen." Wir natürlich alle Hände hoch und mein Mann, so schnell ist das gegangen, hatte das gar nicht mitgekriegt und sagt zur mir: „Tu die Hände runter, was ist jetzt los?" Ich sag' zu meinem Mann „dreh dich um, und besser, du tust die Hände hoch." Mein Mann dreht sich um und sagt: „Oh, mein Gott". Das war die erste Reaktion. Dann haben wir überhaupt nichts mehr gesagt. Dann sind sie auch von oben runter gestürmt – die sind ja von vorn und von hinten rein. Es ist alles umstellt gewesen.

RADI: Wieviele waren es denn?

HEIDI: Bei uns hierdrin waren es zwischen 20 und 25 SEKler in kugelsicheren Westen und draußen ist auch alles vollgestanden. Das hab' ich aber erst gesehen, als alles vorbei war. Es war mindestens eine Hundertschaft. Sie haben sich angeschlichen – ich hör' normalerweise alles – aber da hab' ich nichts gemerkt. Sogar das eingerostete Gartentor, das zwei Jahre offenstand, war zu – wir waren richtig eingeschlossen. Ich hab' als erstes gesagt: „Mit welcher Begründung stürmen Sie mein Haus? Ich möchte den Hausdurchsuchungsbefehl sehen!" Das hab' ich immer wiederholt. – Nichts. Keine Antwort. Dann hab' ich gesagt, ich will mit meinem Sohn sprechen. Ich wußte, daß er oben noch schläft. Es wurde mir verboten. „Sind Sie ruhig". Das war alles, was sie sagten. Ich hab' mich dann trotzdem mit meinem Mann unterhalten und hab' dann gefragt, ob wir alle mit müssen. Die Antwort lautete: „Ja!" Ich hab' dies meinem Mann sofort übersetzt, worauf mein Mann sagte: „So, wenn ich mit muß, ich bin amerikanischer Staatsbürger, dann will ich mein Konsulat anrufen und will einen Dolmetscher haben." In dem Moment kommen zwei Polizisten runter und ich höre, wie sie sagen: „Da steht ein Anwalt draußen." Da habe ich gleich gesagt: „Das ist unser Anwalt und ich will mit meinem Anwalt sprechen." Das hab' ich immer wieder gesagt, und daß ich mit meinem Sohn sprechen will – doch keine Reaktion.

Dann hab' ich gesagt, mir ist schlecht, um nach oben zu kommen und zu sehen, was los ist mit meinem Sohn – mir war aber auch wirklich schlecht. – Ich durfte nur in Begleitung eines Polizisten nach oben in die Küche, seine Pistole hatte er dabei ständig auf mich gerichtet. Dann seh' ich oben, wie mein Sohn in seinem Zimmer auf dem Bett sitzt und ein Polizist vor ihm steht, seine Pistole auf meinen Sohn gerichtet. Ich hab' wiederholt, daß ich mit meinem Sohn sprechen will. Der Polizist hat mich stattdessen genommen und gesagt, ich soll sofort wieder runter gehen und soll mich hinsetzen. Das war so. ca. um 11.45 Uhr. Mein Mann hatte vor fünf Jahren einen schweren Nervenzusammenbruch und muß um 12.00 Uhr täglich seine Medizin nehmen. Mein Mann hat deshalb gesagt, ich muß jetzt die Medizin holen.

Darauf wurden wir angeherrscht: „Der soll sitzen bleiben." Dann hab' ich dem Polizisten die Krankheit meines Mannes erklärt. „Wenn Sie meinen Mann jetzt nicht gehen lassen, damit er seine Medizin kriegt, kann er einen Schub kriegen. Der kann auf Sie zuspringen. Was tun Sie dann? Schießen Sie ihn nieder?" Daraufhin durfte ich raufgehen, um für meinen Mann die Medizin zu holen. Auch wieder nur in „Begleitung".

Foto: Roland Ruckgaber

„Die wollen uns unterdrücken, daß man Angst hat, wenn man das Maul aufmacht..."

Meine Tochter hat draußen eine Stunde auf die Polizisten eingeredet „Ich will jetzt wissen, was da los ist'. Die haben sie nicht reingelassen. Erst als mein Mann dann ernstlich darauf bestand, das Konsulat anzurufen, durfte sie uns Zigaretten holen. Dann ist sie reingekommen, hat geheult – ich hab' auch geheult. Ich habe immer wieder gefragt und dann haben drei Bullen auf einmal gesagt, sie wissen es ja selber nicht, sie glauben, daß es etwas Politisches ist.

Schließlich, um 12.30 Uhr, haben sie die Pässe verlangt – und auf einmal haben sie eingeschwenkt. Dann haben sie uns Zigaretten angeboten, wir durften dann sogar Bier trinken, alles erst, nachdem sie den Paß meines Mannes ge-

sehen hatten, und vorher durften wir gar nichts. Und zehn Minuten später war der ganze Zirkus dann rum. Dann sagten sie auch noch schön „Auf Wiedersehen!" Ich hab' nochmals gesagt, ich möchte den Namen der Einsatzleitung wissen. Nichts. Dann hab' ich gesagt, ich will die Begründung wissen und ich will einen Hausdurchsuchungsbefehl. Das einzige, was er dann gesagt hat, war, der wird Ihnen geliefert. Von Terrorismus – kein Wort. Unser Haus haben sie durchsucht, aber die Sachen von den angeblichen Terroristen haben sie nicht angeschaut.

RADI: Wie lange hat der gesamte Überfall gedauert?

HEIDI: Von kurz vor 11 bis 14 Uhr.

Ich hab' mir dabei die Polizisten angeschaut – teilweise standen sie nur mit gesenktem Blick da. Als ich sie gefragt hab': „Warum tut ihr sowas?", da hat mir einer geantwortet: „Ich habe eine kleine Tochter zuhause!" Die haben Angst, daß sie rausgeschmissen werden. Einige wenige haben sich geschämt, – die werden gedrillt – scharfgemacht. Ich hab' einen Cousin bei der Polizei – wart' nur, wenn ich den erwische! Der eine Polizist sagte: „Hättet ihr nicht so schwarz gewählt, dann wären wir jetzt nicht hier." Naja, ist ja schon wahr. Die wollen uns unterdrücken, daß man Angst hat, wenn man das Maul aufmacht ...

RADI: Was habt ihr sonst noch mitgekriegt?

Polizisten mit Pistole auf kleines Mädchen los!

HEIDI: Augenzeugen haben berichtet, daß die Polizei auf ein sechs- oder siebenjähriges Mädchen mit der Pistole losgegangen ist. Das Mädchen hat draußen gespielt und ist dann in den Hof reingegangen und dann sind die Polizisten mit der Pistole auf das Mädchen los!

RADI: Wie ist es Euren Gästen, den Berlinern, ergangen?

HEIDI: Die mußten einzeln raus, die mußten ja bitteln und betteln, daß sie aufs Klo gehen durften. Die jungen Leute haben sich ja gar nichts mehr sagen getraut ... Es waren ja Kinder dabei mit 19 Jahren.

RADI: Was ist denn während des gesamten Überfalls in Euch vorgegangen?

MANFRED: Während ich in meinem Zimmer war, hab' ich gedacht: Was soll das alles, ich versteh' das alles nicht. Als ich dann draußen stand und gesehen habe, daß ich kein Recht auf einen Rechtsanwalt habe, habe ich am ganzen Körper gezittert, bis ich in Regensburg war – ich hab' mich überhaupt nicht ruhig halten können. Meine Füße haben richtig geschlackert. Den ganzen Tag und Abend bin ich deprimiert gewesen und hab' ich nicht mehr gewußt, was auf uns alles noch zukommt.

Foto: Wolfgang Gast

„In meinem ganzen Leben hab' ich noch nie solche Angst gehabt!"

HEIDI: Als sie uns überfielen, hatten sie alle ihre Pistolen im Anschlag auf uns gerichtet. Ich hatte Angst. Ich dachte, die schießen jetzt, sonst nichts, ich hab' mir bloß gedacht, die schießen jetzt. Ich hab' so etwas noch nie erlebt. Mein Mann sagt: ‚Vielleicht in Korea im Krieg.' In meinem ganzen Leben hab' ich noch nie solche Angst gehabt.

RADI: Wie war die Reaktion von den Nachbarn, Kollegen usw.?

MANFRED: Als ich in die Arbeit kam, wurde ich sofort von den Kollegen gefragt, wie das alles gelaufen ist. Und alle haben auch gesagt: „Jetzt erst recht. In was für einem bayerischen Staat leben wir überhaupt, wo so etwas passieren darf?" Sie verurteilten das Verhalten der Polizei total.

HEIDI: Als ich aus dem Haus raus ging, kamen die Nachbarn gleich auf mich zu – eine Frau wollte mich gleich ins Krankenhaus fahren. – Sie haben genau das Gegenteil erreicht, von dem, was sie wollten. Ich habe am ganzen Körper gezittert – ich konnte nicht mehr stehen. Ich war am Sonntag noch total fertig. Jetzt ist es schon acht Tage her, aber es will nicht in mein Hirn rein, daß so etwas passiert ist. Wir haben bis heute noch keinen Hausdurchsuchungsbefehl und keine Begründung. Ein jeder Verbrecher, ein jeder Mörder bekommt seinen Anwalt, aber wir hatten nicht das Recht, mit ihm zu reden, obwohl er eineinhalb Stunden draußengestanden war.

RADI: Wer hat denn den Anwalt informiert?

HEIDI: Die Nachbarn.

„Ist es in Deutschland verboten, gastfreundlich zu sein?"

RADI: Welche Konsequenzen ergeben sich für Euch aus diesem Überfall?

HEIDI: Wir haben Anzeige erstattet das ist wohl klar, wegen Hausfriedensbruch, Nötigung, Freiheitsberaubung. Wir lassen uns das nicht bieten. Wir sind unbescholtene Bürger. Alles, bloß weil wir Gäste im Haus haben. – Ist es in Deutschland verboten, gastfreundlich zu sein?

RADI: Seht Ihr einen Zusammenhang dazu, daß die BI Städtedreieck eine Städtepartnerschaft mit den Berliner WAA-Gegnern hat?

B.: Das ist sicher auch ein wichtiger Grund für diese Aktion gewesen.

RADI: Wie seht ihr jetzt den weiteren Widerstand gegen die WAA unter diesen Bedingungen?

H.: Wir sind gegen die WAA! Ich bin jetzt erst recht gegen die WAA Bei mir haben sie so überhaupt nichts erreicht – im Gegenteil. Weil das ein einziger Terror ist. Der Terrorismusverdacht ist eine Schutzbehauptung der Polizei, von Herrn Frenzl, sonst gar nichts.

RADI: Was glaubt ihr, was der eigentliche Grund für den Polizeiüberfall auf Euch ist?

MANFRED: Ich glaube, wir werden jetzt alle, wenn wir Demonstranten sind und wenn wir gegen die WAA sind, zu Terroristen verurteilt. Das war mein Gefühl. Außerdem habe ich das Gefühl, daß die Abschreckung dazu dienen soll daß die Oberpfälzer keine fremden Leute mehr zu sich nehmen, weil sie überhaupt keinen Grund hatten zu diesem Vorgehen.

„Wir werden zu Terroristen verurteilt, weil wir gegen die WAA sind!"

SOHN: Jetzt erst recht einen starken Zusammenhalt mit den Berlinern. Es ist auch wichtig, im Freundeskreis darüber zu reden – die verurteilen das auch und waren recht deprimiert. Und wenn wieder mal Berliner kommen, dann schlafen die wieder bei uns. Ich werde ihnen allerdings schon vorher sagen, daß bei uns schon eine unbegründete Hausdurchsuchung war.

HEIDI: Als die Polizei weg war, wollten unsere Berliner Gäste ja gleich ihre Sachen packen und verschwinden, aber ich sagte: ‚Ich hab' euch versprochen, daß ihr bis Sonntag hier schlafen könnt und ihr bleibt da. Als wir am Sonntag nach der Pressekonferenz heimkamen, war alles tiptop. Das Wohnzimmer, wo alle neun jungen Leute mit ihren Schlafsäcken geschlafen haben, war blitzblank. Sie hatten abgespült und hatten sogar eigenes Clopapier, eigenen Kaffee gehabt, den sie uns geschenkt haben...

„So war's vorm Krieg, wenn Du Juden hast übernachten lassen...!"

HEIDI: Wenn sie einen Terroristen gesucht hätten, den hätten sie binnen einer halben Stunde gefunden. Da brauchen sie keine drei Stunden dazu. Das ist Psychoterror. Uns ist auch gar nichts gesagt worden – aus der Zeitung am Montag haben wir gelesen, also nach zwei Tagen, daß dies wegen Terrorismus gewesen sein soll – angeblich – jetzt wird das alles so vertuscht. Aber uns machen sie das nicht weis, das ist nur wegen der jungen Leute, weil wir sie übernachten ließen. Uns hat die BI angerufen, ob wir junge Leute in der Garage übernachten lassen. Ich hab' dann mit meinem Mann gesprochen, dann sagte er, komm' in der Garage ist es doch so kalt. Wir haben ein großes Wohnzimmer. Stellen wir doch Möbel zusammen, dann können die jungen Leute da unten schlafen." – Das war alles. Und die haben mit uns in dieser Nacht Geburtstag gefeiert. – Ich hab' so etwas noch nie erlebt. Ich hab' schon gesagt, so war's, wie mir meine Mutter erzählt hat, vorm Krieg, wenn Du Juden hast übernachten lassen. So ist uns das vorgekommen. Wir waren noch nie am Bauzaun, wir haben noch nie einen Stein geworfen oder irgendwas – und so etwas muß man sich bieten lassen.

Wer schützt uns vor der Polizei?? Wir brauchen eine Polizei, die uns vor der Polizei schützt. So fassen wir das auf. ■

Foto: Roland Ruckgaber

Frauenpower bei den Blockaden

Im Frühjahr dieses Jahres wurde die Idee der Blockadeaktionen im Widerstand gegen die geplante atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Wackersdorf geboren.

Wir FRAUEN GEGEN WAA diskutierten dieses Thema von Anfang an bei unseren Treffen. Die lange Diskussionszeit war sehr wichtig für uns, denn dadurch konnten wir uns langsam auf die Aktionsform einstimmen.

Zu den öffentlich bekanntgegebenen Frauentreffpunkten am Donnerstag, 16. 10. und Freitag, 17. 10. kamen dann jeweils 60 bis 80 Frauen. Daß unsere Gruppe gegen die WAA eigene Behinderungsaktionen plante und durchführte, gab auch jenen Frauen aus der hiesigen Bevölkerung Vertrauen und Motivation, die sonst nicht bei unserer Gruppe mitmachen, und die sich anscheinend bevorzugt unserer Gruppe anschlossen. Am 1. offiziellen Blockadetag gelang es uns mit Hilfe langandauernden Nebels und eigener Stärke trotz massiver Polizeisperren, zu Fuß oder per Fahrrad, zu einer Zufahrtsstraße in unmittelbarer Nähe des WAA-Geländes (Heselbach – Betonstraße) vorzudringen und zu agieren. Eine Polizeikette z. B., die sich uns selbstgefällig in den Weg stellte und aufhalten wollte, wurde unter Nichtachtung ihrer Uniformen und Positionen durchschritten. Das sog. starke Geschlecht machte danach einen eher demoralisierten Eindruck. Der übereifrige Einsatzleiter bekam sogar vereinzelt Befehlsverweigerung zu hören („Laß mich doch in Ruh, mach's doch selber").

Auf der Straße gelang es durch unsere Anwesenheit und das Spannen von dünnen Schnüren mit Luftballons daran, etliche LKWs zum Halten zu zwingen. Die Polizeimänner (vor allem der Einsatzleiter, der mittlerweile einem Nervenzusammenbruch nahe war) versuchten, sowohl uns als auch die dünnen Barrikaden zu beseitigen, um freie Fahrt zu schaffen.

An die hinzukommenden Autofahrerinnen und Autofahrer verteilten wir Luftballons und Flugblätter. Fast alle akzeptierten die Behinderungen. Allerdings forderten einige Polizeimänner die LKW- und Autofahrer wiederholt auf, einfach in die Menschenmenge zu fahren, was dann auch gelegentlich geschah. Zum Glück gab es dabei keine Verletzten.

Gemeinsam mit anderen Gruppen, die sich uns anschlossen, legte unsere flexible Handlungsweise den Verkehr zwei bis drei Stunden lahm.

Die Bepos selbst waren einige Zeit im Totalstau bei Grafenricht gefangen, und mußten zusehen, wie 500 m entfernt eine riesige Materialblockade von einer anderen Gruppe errichtet wurde.

Nachdem sich immer mehr BGS- und SEK-Prügeleinheiten um uns sammelten, machten wir uns auf den Rückweg, aber nicht, ohne nochmal einen Blick auf die brennende Blockade zu werfen.

Am zweiten Blockadetag wurde hauptsächlich die B 85 durch Beschreiten und Überqueren blockiert. Trotz der massiven Polizeiübergriffe (Hetzjagden mit Hunden) werten wir die Blockadetage als Erfolg. Die zahlreiche Beteiligung von einheimischen und auswärtigen Frauen aller Altersstufen und Lebenszusammenhänge bestärkt uns in unserem Widerstand, der über den üblichen Protestcharakter hinausgeht.

Nachahmung kann nur empfohlen werden.

Frauen leben Widerstand!

Frauen gegen die WAA

Foto: Joachim Tächl

BERICHT

Betroffenenbericht aus dem Städtedreieck

Im August 1986 wurde von der Ortsgruppe Städtedreieck mit überwältigender Mehrheit beschlossen, eine Städtepartnerschaft mit der Anti-WAA-Gruppe Berlin einzugehen. Ziel und Zweck war unter anderem, sich besser kennenzulernen, eventuelle Berührungsängste abzubauen und nach dem Motto „nur gemeinsam sind wir stark" Formen des Widerstandes finden, um diese menschenverachtende, sozialunverträgliche WAA zu verhindern.

So wurden in Burglengenfeld für den 16. 10. 86 zwei Kundgebungen angemeldet, die vom Landratsamt SAD auch genehmigt waren.

Große Bedenken bestanden allerdings bei der Mittagskundgebung um 13 Uhr, befand sie sich doch in unmittelbarer Nähe der Heidelberger Zementfabrik (HZAG). Diese liefert ja bekanntermaßen Zement für den Bau der WAA.

Nach mehrmaligen Verhandlungen mit der Genehmigungsbehörde und der Polizei mußten (um die Mittagskundgebung nicht zu gefährden) schließlich die verstärkten Auflagen akzeptiert werden. Unter anderem wurde von der Polizei gewünscht und erwartet, daß wir keine Kinder mitnehmen. (Warum wohl!?) Dies wurd jedoch entschieden abgelehnt!

Nach der absolut friedlich verlaufenen Mittagskundgebung latschten dann (entgegen den Auflagen), so ziemlich alle

Kundgebungsteilnehmer Richtung HZ-AG, wurden dort allerdings von einer „äußerst lieblich dreinschauenden Bullenkette", bewaffnet mit Helmen, Schildern, Knüppeln und blutrünstigen Schäferhunden, daran gehindert, weiter vorzugehen.

Nach der 1. Megadurchsage von der Polizei „Sie befinden sich auf einer verbotenen Versammlung" usw. gingen die Leute dann freiwillig weg und marschierten in kleinen Gruppen Richtung Innenstadt Burglengenfeld.

Die Polizei — Böses ahnend — riegelte daraufhin die B15 Richtung Marktplatz Burglengenfeld ab und bescherte den Burglengenfeldern wider Erwarten eine ca. 2stündige wunderschöne Verkehrsblockade. Man sollte sich dafür einfach bedanken!

Für einige Zeit war es nach erfolgreicher Polizeiblockade nun ruhig in Burglengenfeld.

Dies änderte sich jedoch, nachdem bekannt wurde, daß die Abendkundgebung um 18.00 Uhr auf Weisung des Innenministeriums verboten wurde. So wurde die zuständige Versammlungsleiterin erst um 17.35 Uhr vom Landratsamt informiert. Bevor sie dies den zahlreichen Demonstranten über Lautsprecher mitteilen konnte, fuhr — rein zufällig — versteht sich, ein Silozug der HZAG Richtung Innenstadt.

Grund genug zum sich ihm in den Weg zustellen und aufzuhalten. Der LKW-Fahrer wollte daraufhin in die Menschenmenge hineinfahren, wurde jedoch von der Polizei höflichst gebeten zurückzufahren. Brav, brav von den Bullis!

Auf Grund dieses „Zwischenfalls" marschierte ein riesiges Polizeiaufgebot den Marktplatz hinauf, ausgerüstet mit zwei Wasserwerfern und sperrte sämtliche Zufahrtsstraßen ab. Im Laufe der geringfügigen „Auseinandersetzungen"

Foto: Joachim Tächl

wurde unter anderem, ein junger Mann aus dem Städtedreieck verhaftet (angeblich beleidigte er Beamte und warf einen Stein nach ihnen), dessen Vater KHK bei der Kripo in Regensburg ist. Peinlich, peinlich!

Gegen 21.00 Uhr löste sich die verbotene Kundgebung auf, ohne daß es noch zu größeren Vorfällen kam.

Fazit dieses hervorragend, verlaufenen Tages in Burglengenfeld:

1) *Bei den Behinderungsaktionen hat die Polizei, die Demonstranten durch eigene Blockaden tatkräftig unterstützt.*
2) *Die Bevölkerung war von dem riesigen Bullenaufgebot so schockiert, daß es spontan zur Solidarisierung mit den auswärtigen WAA-Gegnern kam.*
3) *Auch diesmal ging die Rechnung der bay. Staatsregierung nicht auf, den Widerstand zu spalten.*

Also weitermachen, wir lassen uns nicht spalten, denn nur gemeinsam sind wir stark!

Mit widerständlerischen Grüßen eine WAA-Gegnerin aus dem Städtedreieck

Foto: Wolfgang Gast

Und nun noch ein Fall zum Schmunzeln (wenn's nicht gar so traurig wär!)

Am Mittwoch 15.10.86 gegen 16.00 Uhr fuhr Gastwirt Franz Rother aus Saltendorf nach Regensburg, um seine Bratenmesser schärfen zu lassen. Auf dem Nachhauseweg nahm er zwei Tramper mit, die Richtung Schwandorf wollten.

Die BGS'ler, konsperatives ahnend, hielten ihn an, untersuchten sein nicht mehr ganz fabrikneues Vehikel und wurden doch tatsächlich fündig!

Die „todesbringenden Waffen" wurden daraufhin beschlagnahmt und nach Amberg transportiert. Auf seine Frage, daß er als Gastwirt doch das „Schweinerne" für seine Gäste aufschneiden muß, entgegnete man ihm mit hämischen Grinsen und rang sich doch tatsächlich noch die Bemerkung ab: seine Messer kann er sich am Montag nach den Blockadetagen abholen.

Franz, voller Wut im Bauch und immer im Interesse seiner Gäste stehend, setzte nun alle Hebel in Bewegung, um seine waffenähnlichen Gegenstände möglichst schnell zurück zu bekommen.

Doch das war gar nicht so einfach!

Vom Rechtsanwalt schickte man ihm zum Staatsanwalt, vom Staatsanwalt zur Polizei...

...und endlich, die Polizei, (dein Freund und Helfer!?) ermöglichte es ihm, seine Messer nicht erst am Montag, nein sondern schon am Donnerstag abzuholen.

Und das nicht mal in Amberg, sondern sogar in Burglengenfeld.

Wenn das kein Entgegenkommen ist!!!

Foto: Markus Weih

Bericht zur Donhauser - Blockade

Am Mittwoch, den 15.10., trafen wir (14 Leute) uns um 19 Uhr und fuhren zuerst nach Schwandorf. Wir hofften, auf dem stattfindenden Plenum näheres über geplante Blockadeaktionen zu erfahren. Dem war nicht so: Aus Angst der Rädelsführerschaft verdächtigt zu werden, ergriff niemand das Wort. Es war chaotisch.

Wir mußten also nach dieser Erfahrung uns auf unsere eigenen Vorbereitungen und Vorstellungen zur Blockade verlassen. Am nächsten Morgen (Donnerstag, 16.10.) holten wir am Bahnhof von Schwandorf unsere Freunde ab und gingen von dort aus direkt zur Firma Donhauser Hoch&Tiefbau. Um 6.00 Uhr begann unsere Blockade, d. h. wir rollten unsere Transparente aus und setzten uns vor das einzige Zufahrtstor der Firma Donhauser. Erstaunlicherweise rechnete niemand mit dieser Blockade, obwohl dieser Betrieb auf der Schwarzen Liste steht.

Um 6.15 Uhr kamen die ersten Arbeiter. Die Palette ihrer Reaktionen reichte von freundlicher Duldung (Zustimmung?), Teilnahmslosigkeit bis zur deutlich emotionalen Ablehnung solcher Aktionen von „Tagedieben, die nie was g'erberd ham". Wir verteilten Flugblätter, um die Mitarbeiter über Sinn und Inhalte der Aktion aufzuklären, die Beteiligung der Firma Donhauser am Bau der WAA zu dokumentieren und zur Solidarität aufzurufen. Ein Streifenwagen fährt vorbei. Kurz darauf (6.45 Uhr) – ein PKW der Polizei und ein Bulli, Beamte steigen aus (von der Verkehrserziehung abgezogen?). Sie zeigen sich interessiert an unseren Flugblättern.

Um ca. 6.55 Uhr versammeln sich ca. 8 bis 10 BGS-Wannen und ca. 5 SEK-Autos am Blockadeort – sie postieren sich sauber in Reihe auf der gegenüberliegenden Straßenseite.

Erste Verhandlungen. In drei Minuten sollten wir verschwinden, ansonsten Zwangsabtransport. Die Personalien eines Blockierers werden aufgenommen. Wir entscheiden uns für den freiwilligen Abzug. Ein Blick auf die Uhr (7.05 Uhr) und die Überlegung, daß wir die Arbeit des Betriebes tatsächlich blockieren konnten, mit den Arbeitern ins Gespräch gekommen sind und unsere Flugblätter verteilen konnten, lassen uns zu diesem Entschluß kommen. Der Tag ist noch lang und Möglichkeiten für Aktionen gibt es viele.

Foto: Joachim Tächl

Nach diesem ersten Erfolg (kann man schon sagen) wärmen wir uns in der Bahnhofsgaststätte auf. Besprechungen über unsere nächsten Aktionen folgen. Wir vereinbaren, ins Infobüro nach Altenschwand zu fahren, um über neue Blockaden und damit über evtl. Teilnahmemöglichkeiten Informationen einzuholen. Auf dem Weg fällt uns auf, daß auf ein Zivilfahrzeug ca. 2 Fahrzeuge der Polizei kommen.

Im Infobüro Altenschwand erfahren wir, daß unweit eine Blockade auf einer Straße mit Unterstützung der dort ansässigen Bauern errichtet wurde. Wir entschließen uns, gemeinsam mit anderen Fahrzeugen eine Trödelblockade zum Blockadeort zu machen.

Endlich angekommen (Tempo 25 bis 30 km/h auf Bstr.) ist die Blockade schon von Spezialfahrzeugen geräumt. Trotzdem wollen wir den Verkehr auf der Straße zumindest dadurch zum Erliegen bringen, daß wir umständlich auf der Straße wenden, Autos einkeilen, den Motor absterben lassen und aussteigen. Der BGS ist entschlossen, sich solche Aktionen nicht gefallen zu lassen. Also Schläge mit dem Schlagstock gegen das Auto und sehr eindeutige, dringliche Aufforderungen zu fahren. Wir folgen diesem Rat, denn eine einseitige Eskalation von Seiten der Schlagstockschwinger wäre sonst zu erwarten.

Kaum 500 m gefahren, wird vor uns eine Barrikade aus Baumstämmen errichtet und angezündet. Wir befinden uns zwischen Barrikade und BGS-Einheiten, die sich uns von hinten nähern. Nach kurzer Überlegung scheint es uns ratsam, diesen Ort über einen Feldweg quer zur Straße zu verlassen. Hier, ca. 500 m abseits der Straße, beobachten wir nun das weitere Geschehen. Nach kurzer Zeit schwebt ein Hubschrauber über der Barrikade. Die BGS-Einheiten rücken bis zur Barrikade vor.

Wir entschließen uns, in Richtung des nächsten Dorfes über den Feldweg zu fahren (nach Heselbach). In diesem Augenblick setzt sich von uns zunächst unbemerkt eine SEK-Einheit vom ehemaligen Blockadeort in Bewegung. Kaum sind wir angefahren, hat uns das SEK auch schon eingeholt. Unsere anscheinende Flucht ist die Rechtfertigung für ein waghalsiges Überholmanöver auf dem Acker. Wir werden sehr brutal zum Aussteigen gezwungen und durchsucht. Auch die Fahrzeuge werden genau inspiziert.

Aber es gibt nur geringe Beute: die restlichen Flugblätter vom Morgen, ein funktionsuntüchtiges Funkgerät, der Jethelm eines befreundeten Motorradfahrers, eine Schreibunterlage mit Bericht über die bisherigen Ereignisse und als endgültigen Beweis für unsere Zugehörigkeit zum terroristischen Umfeld,

eine kleine Säge (20 cm). Sie ist nicht als unnützer Bestandteil unseres Werkzeugkastens anzusehen, sondern als ideales Sabotagemittel an westdeutsche Strommasten.

Um 11.20 Uhr werden wir festgenommen. Vorgeworfen wird uns: Verdacht auf Beteiligung am Barrikadenbau, Verstoß gegen das Fernmeldeanlagengesetz (Funkgeräte), Verstoß gegen das Presserecht (fehlendes V.i.S.d.P. auf den Flugblättern) und passive Bewaffnung (Jet-Helm). Personalien werden festgestellt, sog. Erinnerungsfotos geschossen (damit der SEK'ler dich vor Gericht auch wiedererkennt: „Ja, ja, das war er"). Dann geht es mit der weiß-grünen Minna ab nach Nabburg zur BGS-Kaserne.

Hier nochmals Durchsuchung, bei manchen auch Entkleidung und „Afterkontrolle". Es folgt ein weiteres Foto, Fingerabdrücke (Zeigefinger rechts) und nochmalige Aufnahmen der Personalien. Anschließend landet man in einem großen Bus, grün-weiß gestreift, mit Fenster im Schießschartenformat und mit resopalverkleideten Gefangenenzellen, grundmaß max. 1 qm. Der Kerkermeister dieses Kleinstverließes läßt einen mit Bewachung aufs Clo oder zum Telefonieren gehen. Nach 5 ewigen Stunden ist der grauenhafte Zauber vorbei. Wir werden rausgeholt aus unseren Verschlägen, die Schnellfesseln (mit Nummer) werden abgenommen. Man fährt uns im Bulli nach Nabburg. Es ist 17.40 Uhr. Die Gewahrsamnahme hat ein Ende.

Trotz der negativen Erfahrungen mit den Ordnungshütern halten wir unsere Aktion für durchaus erfolgreich. Mit den Blockaden sind neue Ideen im WAA-Widerstand praktiziert worden, die langfristig Perspektiven bieten.

Ein WAA-Gegner

Foto: Wolfgang Gast

Die Würde des Menschen ist antastbar

„Wir dürfen alles!"

Der SEK-Mann durchwühlt meine staatsgefährdende Plastiktüte – magere Beute: eine Schreibunterlage inklusive persönlicher Notizen. Er wird später Kontaktbeamter eines Freundes – bis jetzt bearbeitet er noch mein Beutelinventar.

Danach werden freundliche Fotos auf grüner Wiese mit kontaktfreudigen Beamten gemacht – ‚kontaktfreudig': nicht ich bat ihn, sondern er bat mich um ‚Gewahrsamnahme'.

Noch einmal Personalien, wieder Durchsuchung, dann zu viert in den vergitterten VW-Transporter und zur BGS-Kaserne. Dort abermals Durchsuchung, abermals Sofortbild, erneut Fragen – diesmal auch Fingerabdrücke, jetzt – in den Häftlingstransporter.

Zu viert auf ca. 1 qm, so verbringe ich meine fünf Stunden in Gewahrsam! Die Luft ist stickig, Gespräche drehen sich allesamt um die eigene Situation und die mögliche Länge der ‚Arretierung'.

Mir ist übel. An meinem Handgelenk eine dieser amerikanischen Einweg-Handschellen mit Nummernplakette – eigens für Raubmörder in der Bronx und Blockierer in Wackersdorf gefertigt.

Beim Blick aus dem 5 x 30 cm Fensterschlitz sehe ich wieder potentielle Kontakter auf betonumzingelten Grünflächen. Viele nicht älter als ich, trotzdem kein Verstehen. Mir wird auch nicht besser.

Von der Laune unseres Wärters abhängig, spüren wir auch hier Rechtswillkür – ein Miniaturstaat, der Bus-Boß ganz oben, wir ganz unten. Und immer wieder Gewahrsamnahme. In Zelle 1 untergebracht, sehe ich durch das Türgitter wie Mensch um Mensch in den Transporter gebracht wird. Eben noch draußen, sind auch diese bald hinter einer der vielen Türen verschwunden. Danach jedesmal Verzweiflung – Entwürdigung, durch die Situation des anderen immer wieder vor Augen geführt.

Dann der gesetzlich gesicherte Gang zum Telefon – Verbindung mit der Normalität, vertraute Situation – hier wirkt sie absurd. Auf dem Weg zum Telefon zum ersten mal wieder die Möglichkeit zur Bewegung. Und diese großen Schritte. Ich versuche meinem olivgrünen Begleiter meine Freude zu erklären, beschreibe Enge und Hitze in der Zelle – und stoße doch nur auf Unverständnis, Rechtsgläubigkeit und Gehorsam sind so verinnerlicht, daß ich nur ‚Rechtsbrecher' bin, meine Entrechtung ist gerechtfertigt.

Zurück in Zelle 1 erscheint mir alles noch viel schlimmer. Die Kopfschmerzen – auf dem Weg zum Telefon fast verschwunden – kommen zurück – ich versuche zu schlafen, doch die Enge der Zelle nimmt mir den Schlaf, läßt nur die Mattigkeit, Resignation stellt sich ein.

Plötzlich eine neue Stimme, die Wagentüre wird geöffnet – die ersten sollen freigelassen werden. Ich spüre, wie ich unruhig werde, ich will raus, gleichzeitig die Angst um die anderen, ich will sie nicht zurücklassen.

Verdutzt erlebe ich eine ungeahnte Formlosigkeit. Nur der Name bestätigt, die Handschelle wird abgeschnitten – ich bekomme meine Sachen zurück und sitze bald in einem VW-Transporter. Vergittert, doch diesmal auf dem Weg nach draußen. Man setzt uns an einer Straßenecke ab, ich bin frei – doch meine Würde beibt zurück. ■

Blockadetage

Foto: Joachim Tächl

(un)vorbereitet?

Zwei Wochen vor den Blockadetagen in der Oberpfalz fand in Regensburg die erste und einzige Werbeveranstaltung der BIWAK dazu mit rund 40 Teilnehmern statt.

Viel mehr ist meines Wissens nirgendwo in der Region gelaufen. Der folgende kritische Veranstaltungsbericht erklärt vielleicht einiges von dem, was bei den Blockaden schiefgelaufen ist:

Von den Veranstaltern wurde recht mühsam zusammengetragen, was ungefähr an Aktionen geplant war, und dann den Besuchern einige sehr allgemeine Verhaltenstips gegeben. Offenbar fehlte ein Kreis von Leuten, die einen Überblick hatten sowie genaue Vorstellungen, wie solche Aktionen am geschicktesten durchzuführen sind, z. B. aufgrund der Auswertung der Wendland-Blockaden gegen die Atommülltransporte nach Gorleben.

Warum gerade Blockaden und warum gerade die auf Straßen und vor WAA-Zulieferern geplanten Aktionen ein Schritt vorwärts im WAA-Widerstand sein sollten, und wie man das Kräfteverhältnis und die Wirkung der Blockadetage einschätzte, das war kein Thema auf dieser Veranstaltung. Von den Veranstaltern wurde kein einziges Wort zu alledem gesagt. Anscheinend gingen sie davon aus, daß diese Fragen bereits im BIWAK-Blockade-Aufruf „Uns gehört das Land" (?) beantwortet wurden — was aber nicht der Fall ist.

Im Aufruf wird als Ziel der Blockadetage nur genannt, „wir werden die Beziehungen der WAA-Betreiber zu den am Bau beteiligten Firmen, Polizei, Justiz und Politikern aufzeigen. Wir werden sie an ihren schwächsten Punkten treffen: Die Transportwege sind lang."

Aber worin soll das „Treffen an ihren schwächsten Punkten" bestehen? Im Zufügen massiven finanziellen Schadens durch die Lahmlegung der Transportwege? Angesichts dessen, daß jährlich Millionen Mark allein durch Firmenbankrotte den Bach runtergehen, ohne daß das die Wirtschaft kratzt, muß der Schaden schon ziemlich groß sein, bis er politischen Druck hervorruft.

Und daß die WAA-Betreiber mit der Polizei usw. „Beziehungen" haben, ist jeder Zeitung zu entnehmen. Bloß wie die Gemeinsamkeit in den Interessen der WAA-Betreiber, der Polizei usw. aussieht, darüber steht im Aufruf kein Wort, und das wurde auch nicht durch spätere Flugblätter erläutert.

Fazit: Offenbar war die Vorbereitungszeit viel zu kurz, um die Blockade-Teilnehmer ernsthaft auf die Konfrontation vorzubereiten. Und man ist auch nicht zu viel mehr als zur Ankündigung gekommen, daß man über die für die Bevölkerung schädlichen Gemeinsamkeiten zwischen WAA-Betreibern, Staat und Wirtschaft aufklären will.

ingo 19 de octubre de 1986

Violentas protestas en la RFA contra instalaciones de energía atómica

HERMANN TERTSCH, **Bonn**

Varios miles de personas participaron ayer en dos manifestaciones contra instalaciones nucleares en la República Federal de Alemania, que finalizaron con numerosas detenciones y enfrentamientos entre manifestantes y policías.

En Schwandorf (Baviera), una localidad cercana al recinto de obras de las instalaciones de reprocesamiento de combustible nuclear de Wackersdorf, activistas antinucleares cometieron diversos atentados contra instalaciones eléctricas y líneas telefónicas. Al menos veinte personas fueron detenidas en una taberna cercana a Schwandorf, tras recibir la policía información anónima sobre la supuesta presencia de elementos terroristas en el establecimiento. Todos los detenidos fueron trasladados a los cuarteles policiales de la ciudad de Regensburg.

Desde el miércoles pasado hasta ayer, varios centenares de manifestantes convocados por grupos autónomos a un *bloqueo* del recinto en construcción han derribado numerosos postes eléctricos de alta tensión, obstaculizado sistemáticamente el tráfico en las inmediaciones y protagonizado diversos enfrentamientos violentos con las fuerzas policiales. Un total de 387 personas fueron detenidas provisionalmente en los tres días de manifestaciones antinucleares. . . .

aus: El País, Spanien

BILD-Kommentar

Terror mit der Säge

Vor zwei Wochen haben wir uns in einem Kommentar über Chaoten empört, die Hochmasten ansägen und Menschen gefährden.

Jetzt hat der Orkan bei Düren einen 30 Meter hohen angesägten Mast umgerissen, ein zweiter stürzte hinterher.

Die Terroristen mit der Säge sind genauso schlimm wie die Terroristen mit der Pistole. Sie müssen mit allen Mitteln gejagt und bestraft werden.

Foto: Roland Ruckgaber

Blockadetage in der Oberpfalz — Eine kritische Bilanz

Die Meinungen gehen auseinander: Waren die Blockadetage nun ein Erfolg oder nicht — wenn ja: worin soll er bestanden haben; wenn nein: was ist schiefgelaufen? Zu diesen Fragen ein paar Anmerkungen/Antworten. (Alle Zitate aus dem zentralen Blockade-Aufruf „Uns gehört das Land".)

Die Situation vorher

Mit den Auseinandersetzungen zu Pfingsten und besonders am 7. 6. in Wackersdorf, Kleve, Brokdorf und dem darauffolgenden „Hamburger Kessel" hatte der Staat praktisch und in aller Deutlichkeit demonstriert, daß er sich Widerstand gegen sein Atomprogramm nicht bieten lassen will. Um diesem Zweck auch in Zukunft gerecht zu werden, stattet er sich mit dem Notwendigen aus: Aufrüstung der Notstandstruppen mit Hubschraubern, CS-Gas, Gummigeschossen; weiterer Ausbau der Spezialeinheiten; Sondergerichte in Büro-Containern usw. Die Bewegung war zu der Feststellung gezwungen: ...Demonstrationen, Festnahmen, Prozesse und Verurteilungen haben uns Kraft gekostet" (Blockade-Aufruf). Damit einher ging eine gewisse Ratlosigkeit darüber, wie's weitergehen solle. Große Teile des Widerstands stürzten sich in die ausgebreiteten Arme von SPD und GRÜNEN und suchten ihr Heil im Parlamentarismus.

Uns schien es ungeheuer wichtig, den Protest davor zu bewahren, ein Opfer seiner Illusion zu werden, insbesondere der Illusion, das **Staats**projekt WAA sei auf staatlich sanktionierte Weise (Demonstrieren, Wählen) zu kippen. Das hätte bedeutet, inhaltlich in die Offensive zu gehen, aufzuklären darüber,

- daß der Staat mit den AKWs seiner Wirtschaft billige Energie zur Verfügung stellt;
- daß der Staat mit den AKWs und der WAA seinem Ideal einer autarken Energieversorgung einen großen Schritt näherkommt;
- daß der Staat sich mit der WAA den Zugriff auf Bombenplutonium ermöglicht;
- daß der Staat dafür den Energiekonzernen Profite erst ermöglicht, indem er sie auf Teufel komm raus subventioniert;
- daß der Staat dafür über Leichen geht;
- daß der Staat dafür aber auch die dienstbeflissene Mitwirkung seiner Bürger **braucht.**

Die Blockade schien uns durchaus geeignet, diese Inhalte zu transportieren und insbesondere zu demonstrieren, daß wir unsere untertänige Mitwirkung bei den Staatsgeschäften aufkündigen. Da schließlich jeder Staat von der Benützung seiner Untertanen als Arbeiter, als Beamte, als Mütter und Väter usw. lebt, ist deren Verweigerung für den Staat der einzige GAU, der ihn juckt.

Eine — aufgrund des Kräfteverhältnisses vorerst **keinen** größeren Schaden und daraus folgenden politischen Druck ausübende — Blockade, die den Willen zur Verweigerung zum Ausdruck bringt, hätte eine vernünftige Schadensandrohung sein können. Unterstellt ist dabei natürlich, daß die Blockadetage mit den notwendigen Begründungen versehen gewesen wären, man also den Staat als seinen Gegner erkannt hätte.

Die Vorbereitung

Diese Erkenntnis ist in der Bewegung leider kaum verbreitet, geschweige denn die daraus resultierenden Folgerungen. So sind wir bei den diversen Vorbereitungstreffen damit auch gehörig abgeblitzt. Während wir eine staatsfeindliche Orientierung der Blockade im Auge hatten, mobilisierten die maßgeblichen Organisatoren zu einer Blockade als Selbstzweck. Blockieren, um zu blockieren: „Damit sich mal wieder was rührt", war die beliebteste Begründung für die Notwendigkeit der Blockade. Diesem Standpunkt geht's wohl gar nicht mehr darum, in den Köpfen was zu bewegen, sondern nur noch darum, die Bewegung durch Aktion pur am Leben zu erhalten, bzw. sich selbst zu beweisen, daß sich noch was „bewegt". Die Richtung dabei ist schon egal. Wer so denkt, kann natürlich ein Beharren auf **Inhalten** nur

noch als störend empfinden.

So ist es auch kein Wunder, daß die Mobilisierungszeit viel zu knapp bemessen wurde, daß in der Region kaum Informationsveranstaltungen stattfanden, daß sich ungenügende Organisationsstrukturen entwickelt haben. Diese desolaten Verhältnisse finden ihren Ausdruck auch in den diversen Blockadeaufrufen.

Da ist von einer gewissen „Infrastruktur" die Rede, bestehend aus Firmen, Transportwegen, Polizei, Justiz, Medien und Politikern. Dieses diffuse Gebilde sei „verantwortlich für das ‚Projekt WAA'" und soll „auch als solche(s) kenntlich gemacht werden" (Blockadeaufruf). — Daß die ganzen aufgezählten Dinger irgendetwas mit der WAA zu tun haben, weiß hierzulande wohl jeder. Was sie aber miteinander zu tun haben, in welchem Verhältnis sie zueinander stehen, daß der Staat hier ein Projekt in die Welt setzt, indem er es seinem Energieversorgungskapital ökonomisch schmackhaft macht, daß sich dieses Kapital in seiner Absicht, Profit zu machen, von keinem anderen Kapital auf der Welt unterscheidet — darüber verliert der Aufruf kein Wort.

Stattdessen zerbricht man sich den Kopf der Energiemanager und hält den WAA-Firmen „kurzfristige Profitinteressen" vor und will ihnen „eine verbrauchsorientierte ... und ökologische Energieversorgung" wohl als ein weitsichtiges Profitinteresse empfehlen.

Die Durchführung

Für eine Haltung, deren Anliegen in einer Blockade als Selbstzweck besteht, stellt natürlich deren blankes Stattfinden schon einen Erfolg dar. Da wird dann stolz registriert, wo und für wie lange eine Straße nicht befahrbar war, wieviele Bullen man auf Trab gehalten hat, welche Kundgebungen und Demos trotz Verbot stattgefunden haben. Da muß man aber schon ein bißchen drüberweg sehen, daß mehr als 500 Leute festgenommen wurden, daß — abgesehen von den Demos — die Resonanz der Bevölkerung recht gering war, daß während der Blockaden inhaltlich (z. B. auf Flugblättern) kaum was rübergebracht wurde, und daß das Ganze organisatorisch ein ziemliches Chaos war.

Dem gegenüber nehmen sich leider die tatsächlichen Erfolge ziemlich klein aus: Einige gute, aufklärende Reden bei den Kundgebungen ... Und die vielgerühmten, umgesägten 17 Weihnachtsbäume? Wir sollten uns dabei im Klaren sein, daß XXXXXXXXX, der uns groß erscheint, noch lange nicht groß genug ist für die Stromkonzerne, um dadurch politischen Druck in unserem Sinne hervorzurufen. Außerdem kommt man nicht um die Prüfung herum, ob das Licht nun im wesentlichen auch bei den richtigen ausgegangen ist.

Gänzlich relativieren sich diese sog. „Erfolge" schließlich an denen der Gegenseite: neue Informationen durch Räumung der Büros in Schwandorf und Altenschwand, einige 100 neue Namen im Computer und als wichtigstes: eine prächtig gelungene **Notstandsübung.**

Die Bullen haben in aller Seelenruhe ihr durchgesickertes, neues Einsatzkonzept erprobt, dessen Hauptanliegen in einer Steigerung ihrer Mobilität beruht, damit die beweglichen, dezentral operierenden Kleingruppen besser fertiggemacht werden können. Ohne daß diesmal diese Gruppen ein besonderes „Gefährdungspotential" darstellten, hat man ihnen SEK und MEK auf den Hals gehetzt und mit Großraumhubschraubern (Stichwort „Luftverlastung") Treibjagden veranstaltet. Die Aktionen zueinander: Für den Gegner stellten die Blockaden halt eine Übung für den (weit und breit noch nicht sichtbaren) Ernstfall dar mit der Folge, daß unsere Ausgangsposition beim nächsten Mal um einiges schlechter ist. Klar, die Bullen reagieren natürlich immer auf ungesetzlichen Protest, das läßt sich nicht vermeiden. Aber die positive Wirkung des Protests sollte die negative Wirkung der Bulleneinsätze wenigstens halbwegs aufwiegen, so wie das bis einschließlich Pfingsten der Fall gewesen ist. An den Blockadetagen war davon nichts zu merken.

Seinen Höhepunkt fand das Vorgehen der Bullen schließlich in den Anti-Terror-Einsätzen in Ponholz und Burglengenfeld. Hier wurde praktisch demonstriert, daß der Staat keinen Unterschied mehr zu machen gedenkt zwischen RAF und (militantem) WAA-Widerstand. Wer aufmuckt, wird zum „Öko-Terroristen" erklärt und entsprechend behandelt. Die Einzelheiten standen ja in der Presse. Inzwischen wurden ja auch die Anti-Terror-Gesetze (§ 129 a) so erweitert, daß sie auf militante AKW-Gegner anwendbar sind, was den Staatsanwälten bisher trotz aller Mühen nicht geglückt war (vgl. „Unzertrennlich", Nr. 3, S. 15).

Diese Gesetzesänderung wurde lediglich von den GRÜNEN — allerdings auf ziemlich trostlose Weise, nämlich als „unnötig!" — kritisiert. Viel lieber beteiligt sich die GRÜNE Partei aber an den wilden Diskussionen der kritischen Öffentlichkeit, ob nicht die sog. „Kronzeugenregelung" „unserem" Rechtsstaat übermäßigen Schaden zufüge. Schön wär's!

Die Reaktionen

In diese „kritische Öffentlichkeit" ist auch ein großer Teil der Bewegung verliebt, insbesondere in die (liberale) Presse. Dabei bietet auch die Berichterstattung über die Blockade wieder allen Grund, diesbezügliche Illusionen über Bord zu werfen:

SZ wie MZ sind sich ziemlich einig in der Ablehnung von Aktionen, die den Rahmen des Gesetzmäßigen verlassen und verteilen Plus- und Minuspunkte, je nachdem, ob sich der Widerstand an rechtsstaatliche Prinzipien gehalten hat oder nicht. Gern schwingt man sich auch zum Wahrer des Rechtsstaates auf, der schon mal starke Worte gebrauchen darf: „Die Bürgerinitiativen in Schwandorf müssen sich überlegen, mit wem sie gemeinsame Sache machen." Denn: „Wird der Widerstand (...) kriminell, werden sie sehr bald alleine sein." (Norgall, MZ 18./19.10.). Da spricht der ideelle Gesamtdemokrat: die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen.

Günstigstenfalls (?) wird an die Polizeimaßnahmen der gleiche Maßstab angelegt: Sind sie denn auch „gerechtfertigt"? So empört sich das „Regensburger Wochenblatt" darüber, daß unbescholtene Bürger das Opfer der Terrorfahnder wurden und dabei etwas unsanft behandelt wurden: Ein „Skandal", der unmöglich einem staatlichen Kalkül (s. o.) entspringen kann, sondern ganz und gar nicht zu „unserem" sauberen Staatswesen paßt. Jedenfalls: In der Presse nichts Neues.

Zusammenfassung:

Die Blockadetage haben ihr Ziel, „direkten Druck auf die Betreiber der WAA auszuüben" (Blockade-Aufruf), und über die gemeinsamen Interessen von WAA-Betreibern, Polizei, Justiz usw. aufzuklären, nicht erreicht.

Damit steht ihr Effekt in keinem Verhältnis zum Nutzen der Gegenseite, die Gelegenheit hatte, ihre neuen Strategien der Aufstandsbekämpfung generalstabsmäßig zu üben.

Wenn wir derartige Fehlschläge in Zukunft vermeiden wollen, dann wird es der Anti-WAA-Bewegung nicht erspart bleiben, endlich den Staat als ihren Gegner zu erkennen, sich das nötige Wissen über ihn anzueignen und daraus vernünftige Strategien zu entwickeln.

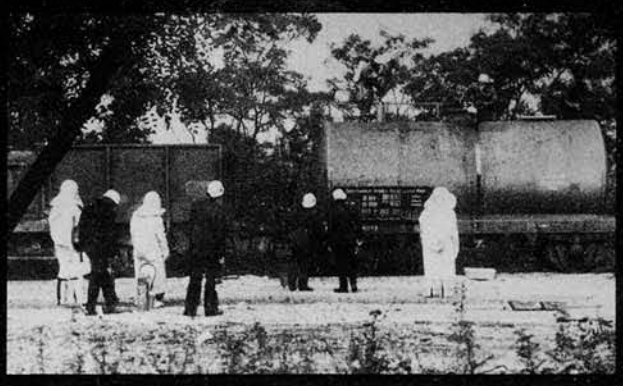
Diskussionsergebnis des Koordinationskreises im WAA-Widerstand, Regensburg (Mitglieder der BIWAK, der Anti-NATO-Initiative usw.)

Foto: Schanzer-Journal

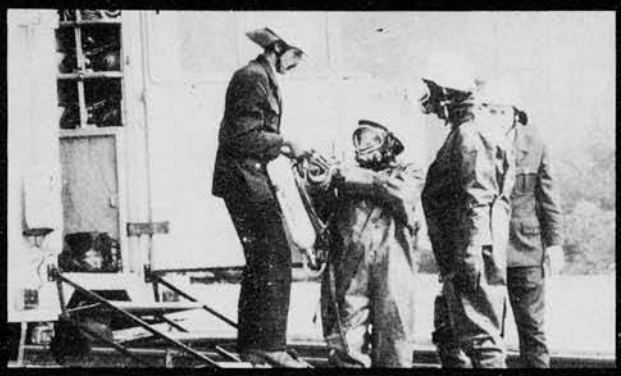
626 Unfälle

im Bereich der Bundesbahndirektion

Nürnberg 1984



07. 09. 78 Vorübergehend Explosionsgefahr - Lockere Schrauben ermöglichten das Austreten giftiger Dämpfe

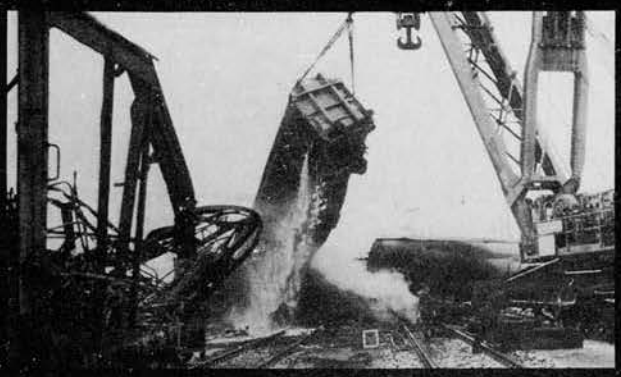


07. 09. 78 Zweiter Gasalarm auf dem Nürnberger Rangierbahnhof in einer Woche

08. 05. 80 Gasalarm durch brennendes Vinylchlorid - Vorbereitung einer Evakuierung

08. 05. 80 Unglückliches Zusammenspiel von technischen Gegebenheiten 25 Verletzte, zehntausende in Gefahr

11. 12. 83 Zusammenprall zweier Züge - 7 Waggons ausgebrannt



11. 12. 83 Unfallhergang rekonstruiert - Ursache unbekannt

900

Atommülltransporte jährlich ab 1995

V.i.S.d.P.: Sozialdokumentarisches Fotoarchiv c/o DESI Brückenstr. 23 8500 Nürnberg Lay Out SoFa Fotos NN Finanzielle Unterstützung Rehm-Kool Druck: ROCA-DRUCK

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2019

Oder von der Unfähigkeit, Fehler einzugestehen

Foto: Uwe Kraft

Konfusion ...

Angefangen hat alles wie jeder normale Sonntagsspaziergang. Ca. 300 Leute kamen zu ihrem Zaun zum Schauen, Diskutieren und Polizisten-Ärgern. Einige Verwegene zündeten ein Feuer auf dem Schwarzenfelder Weg unterhalb des Chaotenecks an. Das war der Startschuß für eine Leistungsschau der Hubschrauberbesatzung von „Edelweiß 2": Statt vom Boden aus das Feuer mal eben zu löschen, kam der Hubi mit einem Wasserbehälter unterm Bauch geflogen, wirbelte uns einen Haufen Dreck ins Gesicht und schaffte es auch tatsächlich nach dem dritten Anlauf, dem Brand Herr zu werden. Das hat sich doch gelohnt, oder? Aber jetzt kommt's: Hat sich doch tatsächlich ein Punk erdreistet, während des wagemutigen Einsatzes mit einem Lehmbatzen auf den Wasserbehälter zu werden. Doch dazu später mehr.

Die Show war vorbei, man/frau langweilte sich nur noch und beschloß schließlich, gemeinsam nach Hause zu gehen. Doch da hatten wir die Rechnung ohne die Ordnungshüter gemacht. Die lauerten uns am Bahndamm mit zwei Wannen, zwei PKWs und einer Personenbeschreibung auf. Zu letzterer suchten sie nun den passenden Bösewicht. Flugs bildete sich eine Menschenkette, an der sich die Bullizisten erst mal festbissen, während der Punk in den Wald flüchtete. Drei Bepos nahmen die Verfolgung auf, wobei aber einer leider seine Geländefähigkeit überschätzte und sich am Bein wehtat. Des einen Leid ist des anderen Freud und so verschwand der Punk erstmal aus dem Blickfeld. Nun war „Edelweiß 2" wieder am Zug.

Er wurde zur weiteren Verfolgung eingesetzt und observierte das Waldstück, in dem sich der Punk versteckt hielt.

Währenddessen kam es am Bahndamm noch zu diversen Pöbeleien beiderseits, bis wir die Nase voll hatten und in Richtung Betonstraße abzogen, noch immer das Rotorgeräusch des Hubis im Ohr. Dann hat's gekracht. Alles war mucksmäuschenstill. Kein Rotorlärm mehr. Kurz darauf ein zweiter Knall und eine Rauchsäule aus dem Wald. Nach anfänglicher Verblüffung fingen jetzt die Widerständler an zu jubeln („des habt's davon, eitz isa ogistiatzt").

Eigentlich wollte ich gleich zum Unfallort, um Erste Hilfe zu leisten, aber so wie ich hatten auch andere erst mal Angst dort hinzugehen, weil man ja nicht weiß, ob man/frau dann gleich als nächstbeste(r) Schuldige(r) verhaftet wird. Zuerst glaubten wir ja auch noch, die Polizei würde ohnehin allein besser mit dieser Notsituation zurechtkommen; doch weit gefehlt. Die Polizisten am Bahndamm hatten wohl zuletzt begriffen, was los war. Sie versuchten erst noch lange, mit „Edelweiß 2" Kontakt aufzunehmen. Als das nichts brachte, warteten sie wahrscheinlich noch auf eine Weisung von oben, aber die wußten ja noch weniger Bescheid. So standen sie dann viel zu lange blöd rum, während sich Gerhard als erster zur Unfallstelle auf den Weg machte. Nach ca. 300 m vom Bahnübergang sah er einen leeren Triebwagen mit aufgerissenem Führerhaus und Dach auf den Gleisen stehen. Vorne qualmte er ein bißchen. Auf den nächsten Metern lagen nun weit verstreut Hubschrauberfetzen, ringsherum mehrere Brandstellen im Wald. Nach ca. 200 m lang das Triebwerk neben dem Gleis, das größte Stück, das übrigblieb. Nun entdeckte Gerhard den ersten Schwerverletzten in der Nähe auf einem Waldweg. Er versuchte ihm zu helfen, als er einen zweiten um Hilfe rufen hörte. Der hing mit schwersten Verbrennungen im Unterholz, ringsherum Feuerstellen. Zwei Bepos kamen gerannt, offensichtlich immer noch nicht im Bilde. Im Hubschrauber explodierte nochmal etwas. Der eine Polizist half Gerhard, den Verletzten zu bergen, während der andere wieder davon rannte, um wohl Bericht zu erstatten. Funkgeräte und Verbandszeug hatten sie nicht dabei. Ein Arzt aus den Demonstrantenreihen kam hinzu und bemühte sich um die Opfer. Bürger hatten inzwischen einen dritten Verletzten gefunden und heran transportiert. Andere fanden den Zugschaffner und kümmerten sich um ihn. Ein vierter Hubschrauberinsasse rannte leicht verletzt mit einem schweren Schock in der Gegend herum.

Inzwischen kamen mehrere Bepos mit Knüppeln gerannt und suchten die verlorengegangenen Waffen, statt sich an den Rettungsarbeiten zu beteiligen.

Ein Dokumentationstrupp behinderte die Ersthelfer, als er versuchte, die Verletzten zu filmen. Von Sanitätsausrü-

Foto: Uwe Kraft

nach Kollision

stung keine Spur; nur einen alten Verbandskasten aus dem Auto hatten sie mitgebracht.

Inzwischen hatte sich auch ein Einsatzzug an der Betonstraße formiert, der sich zur Unfallstelle in Bewegung setzte und so den letzten Rettungsweg blockierte. Weitere mögliche Zufahrtswege waren mit Containern dichtgemacht.

Als der Convoi eintraf, sprangen die Polizisten mit dem Knüppel in der Hand aus den Fahrzeugen. Zum Glück erkannten sie alsbald, daß sie besser endlich einen Rettungswagen und Infusionen anfordern sollten.

Inzwischen brannte der Triebwagen licherhloh und die Umgebung wurde abgesperrt; Ein paar Polizisten bauten derweil eine Barrikade auf die Gleise vor den Schienenbus. Als Grund wurde genannt, so könne er nicht davonrollen (Polizei und Technik ...), in Wahrheit versuchte die Polizeipressestelle jedoch damit eine Ausrede für den Hubschraubereinsatz auf den Gleisen zu konstruieren.

Nach ca. einer dreiviertel Stunde treffen schließlich die Rettungssanitäter und die Feuerwehr ein. Der „Demoarzt" setzt noch die Infusionen an, während wir uns überflüssig vorkommen und uns auf den Weg machen.

Ich unterhalte mich noch kurz mit einem jungen Polizisten, der sichtlich entnervt war und sich Luft verschaffte: „Was meinst Du, wie mir das hier alles stinkt ... wenn du wüßtest, was in unseren Herzen vorgeht." So ehrlich habe ich in Wackersdorf noch nie einen Grünrock erlebt. Als der Einsatzleiter auftauchte, besann er sich aber gleich wieder seiner Pflichten und schickte mich weg.

Als auch Gerhard über die Gleise den Unfallort verläßt, droht ihm noch ein Pflichtbewußter mit dem Knüppel, er solle schauen, daß er verschwindet.

Hubschrauber — Absturz, wen wundert's?

Am Sonntag, den 7. September, fiel also „Edelweiß 2" vom Himmel. Wie die Polizei diesen „Störfall" bewältigte, wie sie versuchte, ihre Fehler zu vertuschen, veranlaßt uns, die Zusammenhänge und Ereignisse um den Absturz zu durchleuchten.

Insgesamt bekleckerten sich unsere „Freunde und Helfer" ja nicht gerade mit Ruhm bei der Bewältigung dieses Unglücks. Die Rettungsmaßnahmen waren schlichtweg chaotisch: Es dauerte ganze 3,5 Stunden, bis der letzte Verletzte abtransportiert worden war. Beim Rettungsflug des später verstorbenen Kriminalhauptmeisters Johann Hirschinger, der sich in Regensburg als Zivi und Spitzel seine Brötchen verdient hatte, kam es zu einer schweren Entgleisung des Rettungspiloten. Beim Flug nach München in eine Spezialklinik für Verbrennungsopfer wurde in Regensburg am Krankenhaus der Barmherzigen Brüder ein Zwischenstopp eingelegt, um einen Anästesiearzt aufzunehmen. Als die diensthabende Ärztin, bevor sie mitflog, erst eine Vertretung organisieren wollte — eine Sache von einer Minute — meinte wohl der Bundeswehrpilot, er befinde sich im Ausnahmezustand und zwang die Ärztin mit einer Pistole, unverzüglich einzusteigen. Das war natürlich unentschuldbar und dementsprechend lächerlich klang dann auch die Ausrede: Der Pilot wollte medizinisches Werkzeug aus der Tasche holen und kramte dabei die Knarre mit raus, die er bei diesem Anlaß der Ärztin mal zeigte.

Die Angewohnheit, abzustürzen, scheint ja ohnehin bei den Polizeihubschraubern Mode zu werden. Erst ca. eine Woche vor dem Zwischenfall in Wackersdorf stürzte bei Feucht ein weiß-grüner Hubi ab. Zu allem Unglück suchte sich die Besatzung als Ort des Geschehens das Gelände einer Munitionsfabrik aus. Natürlich war auch hier Verschleiern und Beruhigen die Devise. Was kann denn schon paasieren, wenn ein bißchen Munition in der Nähe ist?

Warum fühlen sich wohl die Hubis zum Boden so hingezogen? In Wackersdorf fielen die Einsätze der Luftschrauber schon öfter durch ihre Waghalsigkeit und Verantwortungslosigkeit auf. Seit dem Hüttendorf konnte mensch dort die Rambos der Lüfte bei ihrem „selbstlosen ' Engagement für „Vater Staat" beobachten, zum Beispiel, als sie mit ihrem Heckrotor Luftballons zerstörten im Tiefflug hinter Baumwipfeln hervorhüpften, um Leute zu ärgern, oder wie beim Osterzeltlager mit dem Rotorwind Motorradfahrer umbliesen. Auch Einzelverfolgungen a la James Bond sind keine Seltenheit. So geschah es z. B. dem

Sohn der Vermieterin des Infobüros Altenschwand, daß ihn der Hubi, der am nächsten Tag zerschellte, zuerst vom Haus zur Tankstelle begleitete wo er dann schön geduldig wartete, bis die „Zielperson" mit dem Tanken fertig war. Er begleitete ihn dann noch bis zum Haus seiner Braut, um dies noch weitere 10 Minuten zu beobachten. Auch bei der Pfingstcampräumung wurden bis in die Nacht noch einzelne Demonstranten mit Suchscheinwerfern durch den Wald verfolgt.

Nur ca. eine Stunde vor dem Absturz ereignete sich auch in Regensburg eine Verfolgungsjagd – Hubi gegen Auto. Ein 17jähriger Schwarzfahrer wurde von mehreren Streifenwagen und dem Quirl gesucht, der ihn dann auch entdeckte und ihn im Slalom um Hochhäuser in die Enge trieb, so daß die Wäsche von den Balkonen flog.

Diese Aufzählung, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, läßt nur den einen Schluß zu: Der Absturz war kein überraschendes Ereignis, sondern nur eine Frage der Zeit. Erstaunlicherweise ist es jedoch, daß durch diese lebensgefährlichen Einsätze und Abstürze noch nicht unbeteiligte Leute ins Gras beißen mußten. Da ist von offizieller Seite kein Gezeter zu hören vonwegen keine Rücksicht auf Menschenleben und so weiter, wie es sonst bei allen Widerstandsaktionen, und sei's noch so an den Haaren herbeigezogen, angestimmt wird. Auch mit dem „Zur-Rechenschaft-Ziehen" der Verantwortlichen halten sich die Hetzer vom Dienst zurück. Lieber legen sie den Mantel des Schweigens über die Vorfälle, um dann ganz still und leise die Ermittlungsverfahren auslaufen zu lassen. Ein Polizist kann ja nie irren, oder, Herr Staatsanwalt und Herr Richter? Eher scheinen da bestimmt immer wieder die bösen Demonstranten ihre Finger im Spiel zu haben. So wurde nach dem Absturz in Wackersdorf ein Hof in Taxöldern, in dem WAA-Gegner wohnen, theatralisch von einem gewaltigen Polizeiaufgebot umstellt und durchsucht. Ob sie dabei wohl Hubschrauberfangraketen zu finden hofften? Und wenn's nichts zu finden gibt, dann fertigt sich die Polizei das corpus delicti halt selbst, wie das Beispiel der Barrikade auf den Gleisen gezeigt hat. Doch immer klappt's halt nicht, den Schwarzen Peter anderen unterzujubeln.

Vielmehr wäre es längst mal an der Zeit, alle Umstände, die zum Absturz des Hubschraubers geführt haben, öffentlich aufzuklären, auch wenn's dann vielleicht nicht nur für den Piloten brenzlig wird.

Mobilität aus der dritten Dimension

Die Polizei geht in die Luft

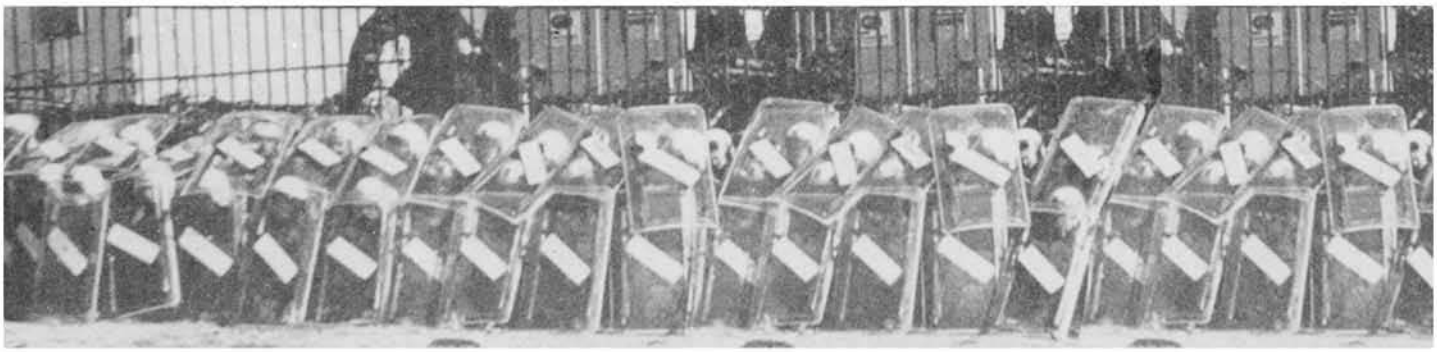
Plötzlich war's vorbei mit der Ruhe. In den Bussen und Autos des Hamburger Brokdorf-Konvois schreckten alle hoch. Ein Dutzend Transporthubschrauber des BGS überflog die Spitze des Zuges und landete wenig später am Ortseingang von Kleve. Hier war es kurz zuvor zu einem blutigen Scharmützel zwischen Sperrkräften der Polizei und Militanten gekommen. Innerhalb von 30 Minuten ließ die Einsatzleitung 700 Beamte der niedersächsischen und bremischen Polizei, verstärkt durch Sondereinsatzkommandos, einfliegen. Im Handumdrehen mischten die Spezialeinheiten den Zug auf mehrere hundert Meter auf.

Eitel Freude bei der Einsatzleitung: „Insgesamt waren an diesem Tag 5 333 Polizeibeamte eingesetzt. Ohne die Möglichkeit des Lufttransportes hätte das Zwei- bis Dreifache an Kräften herangezogen werden müssen", teilte Polizeioberrat Kripgans aus Itzehoe seinen Kollegen einen Monat später im Magazin ‚bereitschaftspolizei-heute' (7/86) mit. „Vor allem aber hätte auf unvorhersehbare Brennpunkte kaum zeitgerecht reagiert werden können." Und sein Schutzpolizeidirektor Heinz Hintz aus Kiel beschwor Ende Juni auf einer internen Tagung der Polizeiführungsakademie die düstere Vorstellung, es seien „vielleicht erstmals in unserer Bundesrepbulik – keine Reserven mehr vorhanden" gewesen.

Das berufsbedingte Wehgeschrei hat seine Gründe, denn Versammlungen von mehreren zehntausend Menschen auf dem platten Lande, möglicherweise sogar mehrere zur gleichen Zeit, stellen die Polizeieinheiten nach eigenen Angaben vor schwere logistische Probleme. Auch dem aufgeblähten Apparat des BGS und der Länderbereitschaftspolizeien ist es unmöglich, alle ihm zugeordneten Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen: Verkehrslenkung, Objektschutz, „Raumdeckung", großflächige Vorkontrollen, Beseitigung von „Brennpunkten", Verhinderung und militante Auflösung von Menschenansammlungen sowie gezielte Festnahmen versanden schnell im Chaos verstopfter Verkehrswege.

Schnelle Beseitigung von „Brennpunkten"

Mobilität versprechen sich Polizeitaktiker deshalb von der „Nutzung der dritten Dimension", wie ein Experte im Fachblatt ‚Polizei-Verkehr-Technik' (PVT) bereits 1978 träumte. Über 102 Hubschrauber verfügen heute die vier Grenzschutzfliegerstaffeln in Bad Brahmstedt (Schleswig-Holstein), Gifhorn (Niedersachsen), Fuldatal (Hessen) und Oberschleißheim bei München. Der Einsatzradius von durchschnittlich 200 Kilometern ermöglicht Luftlandeeinsätze an jedem Ort der Bundesrepublik in weniger als zwei Stunden. Neben den kleinen Maschinen für die Luftaufklärung an den Grenzen und über Küstengewässern, für den Rettungsdienst und den Transport sicherheitsgefährdeter Personen bilden die PUMA-Großraumtransporter das Rückgrat der Fliegertruppe. 22 Maschinen der britisch-französischen Kooperationsentwicklung zählen derzeit zum Flugpark des BGS. Mit sechs Pumas läßt sich eine komplette Hundertschaft „luftverlasten", wie es im Amtsdeutsch heißt. Die Tankkapazität für zwei Stunden bei 230 km/h erlaubt den Transport mehrerer Hundertschaften mit wenigen Staffeln.



Militärtechnologie „zivil" genutzt

Die weiteren Modelle beim BGS sind französische Alouettes (4 Sitze), US-amerikanische Bell UH-1D und 212 (15 Sitze) und bundesdeutsche BO 105 (5 Sitze) von Messerschmidt-Bölkow-Blohm. All diese Rotorflügler sind Zivilversionen militärischer Produktionen. Je nach Auftraggeber unterläuft beispielsweise die bayerische Waffenschmiede MBB mit einem schlichten Etikettenschwindel das Kriegswaffenkontrollgesetz: Exporte nach Schweden und Saudi-Arabien beruhen auf der „militärischen Überlegenheit" der BO 105, frohlockt das Firmenblatt „MBB-aktuell"; aber die Verkäufe nach Südafrika, Indonesien und Chile betreffen selbstverständlich nur die „zivilen" Versionen.

Was sich in außereuropäischen Bürgerkriegen bewährt, ist für bundesdeutsche Sicherheitsstrategen gerade billig. Die gezielte Aufstellung von BGS-Luftlandekommandos geschieht seit 1973, als die ersten drei Pumas in Dienst gestellt wurden. Seitdem haben sich die Fliegerstaffeln als „unentbehrlich erwiesen; sie haben die Polizeitaktik nachhaltig beeinflußt", stellte ein leitender Grenzschützer im Mai 1986 selbstzufrieden fest. In der Tat: Der Einsatz auf offener Strecke gegen einen Eisenbahnzug mit Kalkar-Demonstranten im Sommer 1977, die Tiefflug- und Kommandoüberfälle auf Brokdorf- und Wendlanddemonstranten in den folgenden Jahren und der Lufttransport von knapp 2 200 der 1986 in Brokdorf eingesetzten Beamten haben die Mobilität von BGS und Polizei enorm gesteigert. Ein norddeutscher Polizeiführer faßte 1981 seine Erfahrungen zusammen und beschrieb den weiteren erwünschten Nebeneffekt als „moralische Wirkung, die der Einsatz von Hubschraubern, insbesondere im Rücken der Demonstranten, erzeugt."

„Ständig präsente Eingreifkräfte"

Nach den Vorstellungen des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz und seines Unterausschusses „Leitende Exekutivbeamte" (LEX) ist dieses taktische Mittel noch ausbaufähig. Denn in Zeiten nicht länger unbegrenzter Personalhaushalte heißt die Devise „Spezialisierung der vorhandenen Kapazitäten". So sollen die schnellen Einsatzformen der Länder-SEKs in den Grundtechniken der „Luftverlastung" geschult werden, um als „ständig präsente Eingreifkräfte" den BGS-Truppen zur Seite zu stehen. Das Bundeskabinett mochte sich im Sommer der „dringenden Erfordernis" des LEX-Ausschusses, „die Hubschrauberkapazität" des BGS „zu erhöhen", nicht verschließen. Vorerst drei weitere Puma-Modelle, Stückpreis 20 Millionen D-Mark, sollen demnächst in Dienst gestellt werden, um, so das interne LEX-Papier, „die noch in der Bildung begriffenen Brennpunkte zu erreichen und dort die Lage sofort zu bereinigen."

Fliegende Feldherrnhügel

Führungsstäbe schätzen darüber hinaus die Spezialversionen der kleinen französischen Alouettes: Verschiedene Frequenzen, demnächst auch mit Sprachcodierung, Kameras zur drahtlosen Übertragung von Luftbildern auf die Monitore der Einsatzleitungen und allerlei technischer Schnickschnack gestalten die fliegenden „Befehlsplattformen" (PTV 1/78) zu zeitgemäßen Feldherrnhügeln.

Foto: Joker

Die Tiefflieger von Wackersdorf

Aktuelles Testfeld der Luftanbeter ist die Oberpfalz, zuletzt bei den Blockadeaktionen Mitte Oktober. Zwei Tage lang verfrachtete die Einsatzleitung mehrere hundert BGS- und Bepo-Beamte quer durch den Landkreis, um mal hier eine Straßensperre auflösen und dort eine Menschenansammlung auseinanderknüppeln zu lassen. Häufig trugen die Luft-Boden-Truppen selbst mehr zum Verkehrschaos in der Gegend um Schwandorf bei als die Atomkraftgegner der Bürgerinitiativen.

Und Bayerns Staatsregierung greift tief in die Tasche, um ihre eigene Polizei-Hubschrauberstaffel auf dem Flugplatz Neubiberg bei München noch auszubauen. Mit 4,8 Millionen D-Mark schlägt die Anschaffung einer neunsitzigen BK 177 von MBB (Aufsichtsratsvorsitzender: Franz Josef Strauß) zu Buch. Die Neuanschaffung ersetzt die Maschine ‚Edelweiß 2', die Anfang September in Wackersdorf mit einem Schienenbus kollidierte und abstürzte. Die fliegende Einsatzgruppe hatte es auf einen Bauzaundemonstranten abgesehen, der angeblich zuvor den Flugkörper von unten attackiert haben soll. „Was war los? Ist den Jungs der Schimanski durchgegangen? Zuviel ‚Top Gun' geguckt? Oder was?", fragte daraufhin das Satiremagazin ‚Titanic' in seiner Spalte „Briefe an die Leser" die Wackersdorfer Polizei und schloß mit der Aufforderung: „Weitermachen!"

(Aus: Straßenmagazin, November 1986 Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen)

STIMMUNG AUS DER Oberpfalz

ODER DIE FREUDE ÜBER EINE FAHRRADSPEICHENFABRIK BESONDERER ART

Äußerungen von Oberpfälzerinnen und Oberpfälzern

„Ich weiß von einer Geschäftsfrau aus Burglengenfeld, und die hat gesagt: Es war ruhig, es war sehr ruhig, bis die Polizei kam und dann erst ging der Krawall und der Radau los."

„Und ich bin gestern in einem Geschäft von einem WAA-Befürworter gewesen, und sogar der hat g'schimpft und g'sagt: Wir ham aus 'm G'schäft raus g'schrien: Ihr Bullen, Ihr. Ich glaub, daß die Bevölkerung schon auf unserer Seite war."

Welchen Stellenwert hatte die Blockade?

„Ich hab das überhaupt nicht verurteilt, im Gegenteil."

„Bei der Blockade in Schwandorf, hab ich erlebt wie die SEKler einem Mädchen nachg'laufen sind in einen Hinterhof rein und ham's dann erwischt. Nur durch einen Zufall ist sie ihnen nochmal davon gekommen. Ich kann sagen, die Provokation ging eindeutig von der Polizei aus."

„Man wurde eingekesselt, man hat gar nicht mehr die Chance gehabt da raus zu kommen. Der Anblick der Polizei, mit ihren Schildern und ihren Schlagstöcken, in einem Rechtsstaat kann man sich das gar nicht vorstellen."

„Erst war nur Bereitschaftspolizei da. Dann haben sie erst mit drei Hubschraubern BGS und SEK eingeflogen. Die sind dann gekommen, die Schläger."

„Also, wenn man auf unbescholtene Bürger mit dem Schlagstock losgeht,

„Eine Frau in Burglengenfeld hat gesagt, sowas hat sie noch nie gesehen und erlebt, wie die Polizei die Menschen behandelt. Die ham die Leut' bei den Haaren gepackt, ham's 'zogen, sie ist direkt schockiert g'wesen, die Frau, und hat g'sagt, sie war noch nie am Bauzaun hinten, aber sie wird jetzt jeden Sonntag hinterfahren."

Foto: Günther Wittmann

also das ist so beschämend für einen Rechtsstaat, daß man sagen kann: Das ist kein Rechtsstaat nimmer."

„Wir ham Beobachtungen in Schwandorf g'macht. Wir war'n auch im Kessel, sind aber von der Polizei bewußt herausgezogen worden. Die ham g'sagt: ‚Geht's raus, geht's raus'. Die wollten uns nicht haben, die wollten nur die Schwarzen. Und vor uns war ein junger Mann mit Bart und langen Haaren, und der wollte auch raus, da hat's geheißen von dem Einsatzleiter: ‚Dieser Mann bleibt drin'. Der hat keine Chance g'habt, daß er raus kommt. Uns ham's da so raus g'schoben."

„Also die SEK, diese Schlägertrupps da, die machen so verbissene Gesichter, eiskalt, zum fürchten, so richtig verbissen."

„Die Oberpfälzer werden nimmer ruhiger, die wer'n immer narrischer. Weil die ham GSG 9 da, die ham alles da, und die geh'n auf unschuldige Leut los, und wenn die Leut a bissl was ham, dann schlag'ns gleich zu."

„Die ham g'meint die Oberpfälzer sagen Ja und Amen was die da machen. Die ham sich aber schwer täuscht. Der Oberpfälzer ist genügsam, stur und bös. Oberpfälzer ham harte Köpf, Köpf so hart wie der Strauß."

„Ich glaub, daß die Blockaden schon ganz gut waren und daß das für's Frühjahr eine Generalprobe war, wenn die große Blockade kommen sollte. Die Reaktion auf die Blockaden ist folgende: Die Bevölkerung steht auf Grund der Vorfälle immer mehr hinter den Demonstranten und Blockierern."

„Wir ham ihnen Steine gebracht, Holz gebracht, das Feuer machen können, alles. Warum nicht?"

„Von der Bevölkerung kriegt die Polizei keine Hinweise mehr, auch wenn noch soviele Terroristen da sind. Da wird alles verschwiegen. Weil die fördern ja den Terrorismus. Wenn die mit friedlichen Angeboten kommen würden, dann wäre die Bevölkerung viel friedlicher. Wär's kein Wunder nicht, wenn die einheimische Bevölkerung auf Terrorismus umsteigt."

„Sie sagen,wenn wir hinten (am Zaun) sind, ja Ihr, die Bevölkerung, nehmt ja die Chaoten noch in Schutz. Ja, hab ich g'sagt, warum nicht, sind ja auch Menschen wie wir, sind junge Leute, die ham ja Recht, die handeln richtig."

„Die Leut, die jetzt durchsucht worden sind nehmen wieder welche auf, und ich würde auch wieder welche aufnehmen."

„Die erreichen nur das Gegenteil mit solchen Einsätzen. Wir werden da stur und teilweise verbittert und das ist dann die Reaktion, daß man sagt: Jetzt erst recht. Und die Polizei will das ja mit allen Mitteln verhindern. Die glaubt ja jetzt: Jetzt hammers s' soweit, die Bevölkerung. Es muß doch endlich amoal wirken. Aber der Schuß geht nach hinten los und die Polizei merkt das auch. Umsonst verteilen die nicht laufend Flugblätter. Die Bevölkerung durchschaut doch was da los ist."

„An Pfingsten ham sich die eigenen Herren drinnen selber vergiftet. Da ham s' raus g'schossen und die ganzen Nebelschwaden sind innen rein zogen. Und dann war'n s' drin g'legen im Graben, wie die Hasen. Dann hat's g'heißen: Soundsoviele Polizisten verletzt. Was kann da die Bevölkerung dafür?"

„Wir san friedlich über die Wies'n runterg'angen, a ganze Menschenmenge, da werfen s' ihre Gasgranaten auf uns runter, gell, und wir ham nix g'macht. Da

→

war'n Frauen mit Kinderwägen unten und mit Kindern. Die Kinder ham g'schrien im Wald drin, weil s' die Eltern nimmer g'finden ham vor lauter Rauch und G'stank. Das verzeihen wir der Polizei niemals, nie."

„Bis Pfingsten war 's friedlich. Mit den Gummigeschossen, wenn die die einsetzen und wenn mich heut ein Gummigeschoß trifft, fehlt in den nächsten 8 Tagen ein Zivilbeamter. A altes Sprichwort heißt: Wie man in den Wald hinein schreit, so schallt 's heraus."

„Das ist vielleicht kein Zufall, daß der Strauß ein Freund vom Pinochet ist und den südamerikanischen Regimen."

„Ja, freilich! Wir ham doch schon Chile, die brauchen uns doch nur noch Ausgangsverbot geben! Wir leben doch schon wie in Chile."

„Jetzt sag ich Ihnen noch eins: Wenn die EG a g'scheite Führung wär, dann tät sie in Südafrika, wo die Schwarzen die Übermacht ham und den Schwarzen das Land davor schon g'hört hat, dann tät die EG sagen: Die Weißen ham nix zu melden, das ist den Schwarzen ihr Land, die können ihr Land beherrschen, und die Weißen san die Minderheit, die muß sich fügen. Aber nein, die Weißen woll'n bloß alles regier'n. Und das ist unser Terrorstaat, von der Polizei her und vom Strauß her. Weil der Strauß ist der größte Lump, wo I mir denken kann."

Notstandgesetze in der Oberpfalz:

Seit einem Jahr Bundeswehrhilfe gegen WAA-Gegner

Bundeswehrhilfe für Polizeieinsätze gegen WAA-Gegner ist seit einem Jahr zur Regelpraxis in Bayern geworden, wie RADI im folgenden belegen wird.

Die Bundeswehr-Amtshilfe hat auch eine Rechtsgrundlage: Die berüchtigten Notstands-Gesetze von 1968.

Bis heute ist der Regensburger Bundeswehr-Offizier * * * , der im Januar einen Amtsnilfe-Befehl für die Polizei verweigerte, nicht bestraft worden. Warum die Bundeswehr ihren Befehlsverweigerer nicht öffentlich maßregelt, könnt Ihr im Interview mit Oberleutnant * * lesen.

„Bundesministerium des Inneren hat gebeten, auch für die Zeit vom 16. bis 20. 05. 86 Amtshilfe im Zusammenhang mit Demonstrationen um die WAA Wackersdorf zu gewähren. 4. Panzergrenadierdivision stellt deshalb in den Standorten Pfreimd und Neunburg v. W. für o.a. Zeitraum Notunterkunft für Polizeibeamte und erforderlichenfalls deren Versorgung sicher", heißt es z. B. in einem neuerlichen Truppenbefehl aus dem Verteidigungsministerium.

Die Antwort des Bayerischen Innenministeriums auf eine Anfrage von MdL Zierer förderte nun zu Tage, daß bereits „aus Anlaß der Großdemonstration und Hüttendorfräumung 14. bis 16.12. und aus Anlaß der 2. Hüttendorfräumung" Bundeswehrunterstützung geleistet worden ist, so das Innenministerium (März 1986).

Während Wörners Staatssekreatär Würzbach unter der Überschrift „Logistische Unterstützung" in der Truppenpostille „Bundeswehr aktuell" behaup-

Dokumentation

vzczcsap107 1341922
pp rgfkac
rgfkaf
de rgfac 1123 1341921/1341513
znr uuuuu
p r 1414462 may 86
fm bmvgfuehroem4/4
to rgflmc/wbk roem 6
rgfkaf/4 pzgrendiv
info rgfjfc/terrkdo sued
/rgfjba/roem 2 korps
/rgfa1/bmi p roem 2/3
bt
offen
mbh24844
betr.: unterstuetzung der polizeien des bundes und der laender durch die bw
bezug: 1) bmvg - fue s iv 2 - az 45-01/vs-nfd vom 29.07.83
2) tel. ruecksprache otl eckardt, fue s iv 2 mit otl czasch, fue h iv 4, am 14.05.86
1. bmi hat gebeten, auch fuer die zeit vom 17.bis 20.05. amtshilfe im zusammenhang mit demonstrationen um die waa-wackersdorf zu gewaehren.
2. 4.pzgrendiv stellt deshalb in den standorten pfreimd

page 2 rgfac 4990 offen
und neunburg v.w. fuer o.a. zeitraum notunterkunft fuer polizeibeamte und erforderlichenfalls deren versorgung sicher.
3. einzelheiten sind wie ueblich oertlich abzusprechen.
im auftrag gez. schaechter
bt

nnnn
int qsl k
rgfkaf tot 14/1940z

tete, „daß wir Parkplätze, Raum in den Kasernen, logistische Unterstützung zur Verfügung stellen, dies ja, aber keine personelle!", gab Staatssekretär Ermisch auf eine Anfrage des MdB Stiegler hin zu, daß neben „Notquartieren und Versorgungseinrichtungen" auch „Bundeswehrpersonal" zur „Betankung" von Polizeifahrzeugen und dgl. mehr zur Verfügung gestellt wurde. Zumindest in Neunburg v. W. soll das Bundeswehrpersonal in der Fernsprechzentrale auch für die Koordination der Polizeieinsätze eingesetzt werden.

„Hinweise aus Kreisen der bayerischen Grenzpolizei und des BGS, daß Einheiten der Bundeswehr in Amberg und Neunburg v. W. im Zusammenhang mit den WAA-Demonstrationen sich zur Amtshilfe bereit gehalten haben" – so der MdB Stiegler in der Bundestags-Anfrage (Februar '86) werden immer noch fleißig dementiert, obwohl es z. B. in einem geltenden Befehl des Wehrbereichskommando VI an alle südbayerischen BW-Standorte heißt: „Die Bundeswehr stellt im Wege der Amtshilfe bei Delikten schwerster Kriminalität und bei Demonstrationen zur Rettung verletzter Personen nach Möglichkeit Sanitätspanzer einschließlich Soldaten als Fahrer auf Anforderung zur Verfügung."

Keine offiziellen Konsequenzen hat bis heute die Verweigerung des Amtshilfe-Befehls für den Oberleutnant im Generalstab der 4. Division ✱ ✱ ★ gehabt. ✱ ★ hatte im Januar als Offizier vom Dienst den eingehenden Befehl „Betr. Amtshilfe für Polizei im Zusammenhang mit dem Bau der WAA Wackersdorf gem. Art. 35 GG" gegenüber seinen Vorgesetzten verweigert. Eine Klage ★ ★ beim Truppendienstgericht, über die Rechtmäßigkeit seiner Befehlsverweigerung zu entscheiden, wurde mit einem formellen Trick nicht zugelassen.

Da zur Imagepflege der Bundeswehr die Behauptung gehört, die Bundeswehr sei „ausschließlich für den Verteidigungsfall nach außen da", fürchtet man offenbar eine öffentliche Diskussion über die innenpolitische Funktion der Bundeswehr.

Notstands-Gesetze in Anwendung

Auffällig ist auch, daß zur Befehlsbegründung der hierfür völlig unpassende Artikel 35 Grundgesetz herangezogen wird. Art. GG sieht Bundeswehr-Amtshilfe nur „bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall" vor.

Im Art. 87a Absatz 2 GG heißt es aber ausdrücklich. „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt."

Tatsächlich gibt es doch einen Artikel im Grundgesetz, den Art. 87a Absatz 4 GG, der Bundeswehrhilfe aus innenpolitischen Gründen erlaubt – aber selbst diesen Artikel muß man schon kräftig hinbiegen, damit er zur Wackersdorf-Amtshilfe paßt:

„Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung, wenn ... die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen."

Der Art. 87a GG gehört zu den sog. Notstands-Gesetzen, gegen deren Verabschiedung 1968 eine breite Volksbewegung kämpfte. Der Grund:

Die Notstandsgesetze ermöglichen die legale Errichtung einer offenen Polizei- und Militärdiktatur. Der damalige CDU-Bundesinnenminister Lücke zum Zweck der NS-Gesetze: „Notstands-Gesetze sind nicht für den Zeitpunkt geschaffen, wo die Sonne der Konjunktur scheint, sondern wenn es in der Wirtschaft hagelt." Da für die grundgesetzändernden Notstandsgesetze eine 2/3-Mehrheit im Bundestag nötig war, gehörte die Zustimmung der SPD zu den NS-Gesetzen zum Eintrittspreis in die Große Koalition aus CDU/CSU/SPD 1967.

Als scheinbares Zugeständnis an die Bewegung gegen die NS-Gesetze wurde das sog. Widerstandsrecht des Art. 20 Absatz 4 ins Grundgesetz eingefügt:

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung (die FDGO, d. Verf.) zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Was in die Laiensprache übersetzt nichts anderes besagt, als daß vor dem Widerstand durch alle Gerichtsinstanzen hindurch geklagt werden muß.

Die Anti-NS-Bewegung kam über einzelne Streiks u. ä. nicht hinaus und brach zusammen, nachdem der SPD-orientierte DGB-Vorstand die Forderung nach Generalstreik mit den Worten abwiegelte:

„Der Bundesvorstand des DGB lehnt einen allgemeinen Streik zur Verhinderung der Notstandsgesetze ausdrücklich ab, denn er hält es für einen Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie, gegen einen mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß des Bundestages zum Streik aufzurufen. Jedem Mißbrauch der Notstandsgesetze wird der DGB mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln begegnen." (19. 5. 1968)

Nun, wo bleibt angesichts der Bundeswehramtshilfe gegen WAA-Demonstranten der Widerstand des DGB?

Foto: Kunstverein Wien

SPD beteiligt?

Bundeswehrhilfe für Polizeieinsätze gegen Protestbewegungen ist kein Privathobby von CDU/CSU-Regierungen. In der „Fragestunde des Deutschen Bundestages" antwortete Staatssekretär Würzbach auf die Frage des CSU-MdB Jobst: „Können Sie mir bestätigen, daß Amtshilfe ähnlich der, die von der Bundeswehr in diesem Zusammenhang in Wackersdorf gewährt wurde, auch schon früher gewährt wurde, beispielsweise unter dem Verteidigungsminister Apel...?" Würzbach: „Ich bestätige, daß dies uralt geübte Praxis in vielen Regionen der Bundesrepublik, auch der vorherigen Bundesregierung, gewesen ist. (Februar 1986). Die SPD dementierte nicht.

Daß die SPD-Regierungen in Bund und Ländern am Einsatz der Bundeswehr im Inneren beteiligt sind, bestätigt auch ein Teil der Antwort der bayerischen Staatsregierung auf die oben genannte Anfrage des MdL Zierer: „Dieses Verfahren (der Bundeswehramtshilfe, d. Verf.) entspricht dem Beschluß der Innenministerkonferenz vom 6.5.1981", erklärte die Staatsregierung.

Ihre „Amtshilfe" dürfte der Bundeswehr-Führung nicht schwergefallen sein. Schließlich forderte sie seit Gründung der Bundesrepublik eigene Atom-Waffen, ein Ziel, das durch die Gewinnung von waffenfähigem Plutonium in der WAA näherrückt. Vor kurzem warb ausgerechnet Roland Koller, einer der Favoriten für die Nachfolge des Polizeipräsideten Friker und Polizeieinsatzleiter, beim Abräumen und Einsperren der Besucher eines Münchner Anti-WAA-Straßenfestes (sog. Haidhausener Krawalle) als Referent auf Veranstaltungen des wehrpolitischen CSU-Arbeitskreises für westdeutsche Atomwaffen (SZ). Reservemajor Koller in der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde" (Impressum: „herausgegeben unter ständiger Mitarbeit von Angehörigen der Führungsakademie der Bundeswehr"): „Einfach ausgedrückt, cruise missile oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand."

Daß Koller kein Einzelgänger, sondern ein vorgeschickter Minenhund ist, zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der GRÜNEN zu den oben zitierten Äußerungen Kollers:

„Die Bundesregierung befürwortet und unterstützt grundsätzlich eine breite Diskussion sicherheitspolitischer Fragen." (Januar 1986)

Was tun gegen die Amtshilfe?

– Nach ihren Erlebnissen am Ostermontag riefen der Kölbldorfer Bauer Sepp Fischer und Warndorfer Bauern in einer Pressemitteilung der BI Schwandorf dazu auf, die Bauern sollten angesichts der staatlichen Unterdrückung zukünftig der Bundeswehr bei ihren Manövern nicht mehr durch Unterkünfte und Verpflegung helfen.

– Unterstützt die Soldaten, die sich auf die Seite des WAA-Widerstandes schlagen und dafür eingeschüchtert werden sollen:

Ein Soldat der Bad Reichenhaller Artilleriekaserne wurde in die Arrestzelle gesperrt, weil er in Uniform auf einer Anti-WAA-Demonstration seine Solidarität bekundet hatte. Der Ingolstädter Unteroffizier Edward Mog (Max-Immelmann-Kaserne) wurde mit 200 DM Geldbuße bestraft, weil er in einem Brief an den Kommandanten der Bad Reichenhaller Kaserne gegen den Arrest protestiert hatte. Mog habe damit „gegen die Grundpflicht des Soldaten verstoßen, der Bundesrepublik treu zu dienen und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen." (SZ, 18.10. 1986).

– Informiert die Soldaten in den ostbayerischen Kasernen, wofür sie benutzt werden, z. B. durch die Vervielfältigung und Verteilung dieses RADI-Artikels! Die Totschweige-Versuche auf die Befehlsverweigerung des Oberleutnants Staude hin zeigen, daß wir in der öffentlichen Diskussion in der Offensive sind.

Interview mit Befehlsverweigerer Oberleutnant★★★

Im Januar 1986 ging durch die Presse, daß der Oberleutnant im Generalstab der 4. Division (Regensburg), ★★★ den Befehl zur Amtshilfe für Polizeieinsätze gegen WAA-Gegner verweigert hatte. Ein freier Journalist stellte uns sein Interview mit Dieter ★★ vom Oktober '86 über die Folgen der Befehlsverweigerung zur Verfügung:

Was passierte Ihnen nach Ihrer Befehlsverweigerung?

★★★.: Nichts! Seit Januar bemühe ich mich vergeblich, diesen verfassungswidrigen Amtshilfe-Befehl, den ich als Soldat konsequent verweigere, rechtlich in einem Beschwerdeverfahren prüfen zu lassen! Ich habe bei allen möglichen Stellen Beschwerde gegen den Amthilfe-Befehl eingelegt, die Antwort war immer wieder: „Sie sind durch den Befehl nicht persönlich beschwert!" Ich meine aber: Selbst wenn ich Befehle nur weitergebe, bin ich betroffen, sonst kommen wir wieder in Zeiten wie vor 1945, wo jeder Schreibtischtäter sich aus der Verantwortung drücken konnte!

Ich habe schließlich beim zuständigen Truppendienstgericht Süd gegen den Amtshilfe-Befehl geklagt. Man hat dort meine Klage liegen lassen und mir dann mitgeteilt, ich hätte die Klage über meinen Vorgesetzten beim Gericht einreichen müssen, und nun sei die Klage wegen Verfristung unzulässig!

Sie haben als Offizier vom Dienst den bei Ihnen eingehenden Amtshilfe-Befehl gegenüber ihren Vorgesetzten verweigert. Warum?

★★★: Diejenigen, die an der Macht sind, biegen sich die Verfassung so hin, wie sie sie brauchen!

Der zur Befehlsbegründung herangezogene Artikel 35 Grundgesetz sieht Bundeswehrunterstützung aus innenpolitischen Gründen überhaupt nicht vor.

Hier ist das Parlament durch das Innen- und durch das Verteidigungsministerium umgangen worden, und mit der bayerischen Staatsregierung gekungelt worden.

Es ist wichtig, daß die Bundeswehr nicht innenpolitisch eingesetzt werden kann, die Ausnahmen sind im Grundgesetz festgelegt.

„Amtshilfe darf nur geleistet werden, wenn die erbetene Handlung in den Aufgabenbereich der ersuchten Behörde fällt", so habe ich es wortwörtlich in der Rechtslehre auf der Offiziersschule des Heeres gelernt. Ich habe damals junge Leute in die Bundeswehr integriert, während der Widerstandsbewegung gegen die Notstandsgesetze, indem ich gesagt habe: „Jetzt unterliegt alles der parlamentarischen Kontrolle." Ich war Jugendoffizier, ich müßte heute all das, was ich damals jungen Menschen erklärt habe, über Bord werfen, wenn ich in dieser Frage nachgeben würde. Und als Gewerkschafter habe ich aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen ein besonderes Augenmerk darauf, wofür die Streitkräfte eingesetzt werden.

★ENDE.

Mit strammer Haltung gegen...

Foto: Wolfgang Gast

Anti-Atom-Proteste

Eine Arbeitstagung der Polizeiführungsakademie wertete die Einsätze von Wackersdorf, Brokdorf und Hamburg aus – Taktik, Strafverfolgung und Spitzeltätigkeit sollen spezialisiert werden.

Eine „erschreckend beängstigende Sicherheitslage" bedrückt die Polizeiführer der Republik: Auf einer Tagung der Polizeiführungsakademie stimmten sie Klagelieder an über die jüngsten Einsatzverläufe gegen Anti-AKW-Demonstranten in Bayern, Schleswig-Holstein und Hamburg. Mit mehr Technik und Personal, spezialisierten Einheiten, wechselnden Einsatzkonzepten (sowie mit gerichtsverwertbaren Festnahmen und einer Durchleuchtung der militanten Gruppen) soll der Werkschutz des Atomstaates flexibler gestaltet werden.

Klotzköpfe und Analytiker aus dem bundesdeutschen Sicherheitsapparat, in Zivil oder Uniform, kamen Ende Juni in der Polizeiführungsakademie im westfälischen Hiltrup bei Münster zusammen. Leitende Beamte der kämpfenden und strategischen Polizei-Abteilungen, BGS-Führer, Staatsschützer und Ministeriale versuchten sich in einer Auswertung ihrer jüngsten Großeinsätze. Die Anti-AKW-Proteste, ein Sicherheitsproblem – bar jeder politischen Analyse – pflegte man dicke Sprüche und log sich gegenseitig die Hucke voll.

Doch im allgemeinen glaubt man in diesen Kreisen tatsächlich, was für Außenstehende wie billiger Agitprop klingt: Auch die Angehörigen des Sicherheitsapparates unterliegen einer „deformation professionelle", die sich in Bezug auf ihr gesellschaftliches Handeln gelegentlich in geradezu autistischen Formen äußert.

Voran der Bayer, Ministerialrat Lenhard aus München: „Zwischenzeitlich setzen die Störer auch Behinderte und Kinder ein", berichtete er aus Wackersdorf. „Sie werden z. T. in verantwortungsloser Weise im Wasserstrahl postiert, um die besondere Brutalität des polizeilichen Einsatzes zu belegen." Propagandistisches auch aus Kiel von Schutzpolizeidirektor Heinz Hintz: Nie hätten seine Mannen Anfang Juni in Brokdorf den Kundgebungsplatz „geräumt und durch den Einsatz von Tränengas chaotische Zustände hervorgerufen." Und Hamburgs Honka verleugnete bereits nach drei Wochen die Geiselnahme vom Heiligengeistfeld: Es könne überhaupt keine Rede davon sein, daß den über 12 Stunden Eingeschlossenen der Gang zur Toilette verweigert worden sei. Im September vermerkt das von der bayerischen Anti-Atom-Zeitung RADI-AKTIV veröffentlichte vertrauliche Tagungsprotokoll nicht einmal einen Anklang an die Dauerklage der GdP, die Polizei würde von den Politikern für Fehlentscheidungen verheizt.

Nur Verwunderung über die kritischen Stimmen, die der Polizei Unfähigkeit bei der „Bewältigung derartiger Lagen" attestieren, wie PFA-Chef Konrad Peitz in seiner Begrüßungsansprache feststellte. Dabei hatte es nach dem 7. Juni hinter den Türen der Präsidien durchaus „offene Gespräche" mit „gutgemeinten Beiträgen aus eigener Erfahrung" gegeben, umschrieb der schleswig-holsteinische Polizeivertreter die internen Anschisse. Doch die Konsequenzen für die innere Sicherheit liegen nach übereinstimmender Meinung lt. versammelter Expertenrunde in der Ausweitung und Spezialisierung des Repressionsapparates.

Einen Nachrüstungsbedarf erkannte Ministerial Lenhard aus München: Ge-

gen die bundesweit straff organisierten „Chaoten", die die Anti-Atom-Bewegung für ihre Angriffe auf den Staat nutzten, hätte die Polizei keine „der Ausrüstung der Störer gleichwertige Waffe". Und „besonders bedrückend" wirke sich die Sympathie der „stillen Demonstranten" aus, die aus der „Kulisse" den „Chaoten Steine zureichen" und ihnen das Abtauchen in der Menge ermöglichten.

Schweizer Gummigeschosse haben zwischenzeitlich die bayerische Rüstungslücke geschlossen, und auch die weiteren Forderungen des Münchner Innenministerialen sind in die Praxis umgesetzt worden:

- Aufstellung neuer Einsatz-Hundertschaften,
- weitere Hochdruckwasserwerfer,
- Demonstrationsverbote in der Umgebung des WAA-Baugeländes,
- Rodung eines 65 Meter tiefen Waldstreifens vor dem WAA-Zaun und
- bundesweite Auswertung der Videoaufnahmen von Militanten in Wackersdorf mit dem Ziel einer „Verunsicherung dieses Personenkreises". Erklärte Absicht des bayerischen Innenministeriums: „Man wird alle greifen müssen, die ins Chaotenbild passen" — Eduard „XY" Zimmermann sorgte wenige Wochen später für die Verbreitung der ersten Fahnungsbilder im ZDF.

Nach wie vor liegen die Zahlen der rechtskräftig verurteilten Demonstrationsgefangenen erstaunlich niedrig. Häufig genug scheitern die Ermittlungsbehörden an der mangelnden Intelligenz ihrer Zeugen und an der Widersprüchlichkeit ihrer Aussagen. Das soll ein Ende haben, meinte Manfred („San") Quentin, Leitender Polizeidirektor aus dem nordrhein-westfälischen Innenministerium: Den rund 2 000 Autonomen und ihrer „organisierten Gewaltkriminalität" müsse mit einer konsequenten Strafverfolgung entgegengetreten werden. Quentin plädierte für ein Festhalten am „Prinzip der individuellen Zuordnung eines strafwürdigen Verhaltens zu einer bestimmten Person". Die „noch weitergehende Schaffung von Massenstraftatbeständen", so wie von CDU/CSU lautstark gefordert, würde „die aktivsten Gewalttäter nur selten" treffen und „zudem zu einer noch weiteren Polarisierung" führen. Sozialdemokratisches Augenmaß ist angesagt: Gezielte Strafverfolgung bereits in den vorderen Polizeilinien und eine lückenlose Begleitung der Gefangenen durch Zeugen und Festnahmebeamte bis zur ersten Vernehmung sollen die Vorwürfe prozeßhaft gestalten. Den in der Regel trotz jahrelanger Schulung unsicheren Polizeizeugen gilt dabei die besondere Fürsorge des Apparates: „Die polizeilichen Tatzeugen werden unter Ausschöpfung und Beachtung aller gesetzlichen Möglichkeiten auf ihr Auftreten in der Hauptverhandlung vorbereitet", lautet das Rezept der Düsseldorfer Zeugenbetreuer.

Den Sondereinsatzkommandos wird in Zukunft eine doppelte Aufgabe zufallen: Als schnelle Eingreiftruppen sollen sie Demonstrationsansammlungen wirkungsvoll zerschlagen und gleichzeitig die Festnahmeziffern erhöhen. Ihr Einsatzbild bettet sich in ein taktisches Gesamtkonzept, denn in Zeiten angespannter Personalhaushalte heißt die Parole Spezialisierung und Erhöhung der Einsatz-Beweglichkeit. Der Kieler Schutzpolizeidirektor Hintz machte denn auch ein düsteres Bild: Die gleichzeitigen Demonstrationen von Wackersdorf und Brokdorf hätten das vorhandene Kräftepotential gefordert und er will auch festgestellt haben, „daß — vielleicht erstmals in unserer Bundesrepublik — Reserven nicht mehr vorhanden" waren. Die Ausweitung der „Luftverlastung" mit Hubschraubern und die Aufstellung spezieller Luftlandeeinheiten sollen den Bürgerkriegsstrategen den geforderten Raum verschaffen.

Doch die Ansammlung großer Menschenmengen verursacht überhaupt Unbehagen bei den Sicherheitsfetischisten der Republik. Zukünftig sollen deshalb bereits im Vorfeld von Großdemonstrationen die „Anreisekontrollen" wieder verstärkt durchgeführt werden. Bayern möchte noch einen Schritt weitergehen: Bei der Neufassung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG) will das Innenministerium darauf hinwirken, „Störer" präventiv „über die jetzt vorgesehene Zeit hinaus auf Richterbeschluß" festsetzen lassen zu können.

Große Einigkeit herrschte auch über die Aufgaben für Staatsschutzabteilungen und Verfassungsschutzämter, die verstärkt eine „Ausforschung der Störerstrukturen" und „Analyse der Szenen- und Gruppenzugehörigkeit" betreiben sollen. Da steht mal wieder eine Welle von Anwerbeversuchen und Einschleusungsaktionen ins Haus.

Redaktion Straßenmedizin
(Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen)

Standardisierte Polizeiaussagen Rationalisierung bei der Polizei

14.10., Amtsgericht Burglengenfeld:

Einer der zahlreichen Prozesse gegen WAA-Gegner wg. Platzbesetzung. Das Verfahren gegen den Regensburger U. wegen Widerstand in zwei Fällen (15.8., „kleine" Platzbesetzung sowie 16.12. 85), das im übrigen mit zwei Freisprüchen endete, brachte Interessantes ans Tageslicht.

Der Polizeizeuge für die Ereignisse am 16.12., der U. abgeführt hatte, widerrief zum Ärger von Richter Nußstein seine früher gemachte Aussage und enthüllte in diesem Zusammenhang eine bisher noch nicht bekannte Polizeipraxis: Im Vernehmungsprotokoll stünden nämlich Tatsachen, die er seinerzeit gar nicht mitgekriegt haben könne. „ „Bei jeder Vernehmung haben sie oben die Sätze hingeschrieben." Sie: das waren die vernehmenden Polizeibeamten. Was das für Sätze waren, die offensichtlich jedem Protokoll vorangestellt wurden, haben wir in Erfahrung gebracht. Wörtliches Zitat:

„Ich war zum o. g. Zeitpunkt auf dem WAA-Gelände an der Wegekreuzung Nördlicher Aspenschlagweg — Brunnenweg zur Räumung des Hüttendorfes eingesetzt. Die Demonstranten waren am Vormittag mehrmals mit Lautsprecherdurchsagen der Polizei aufgefordert worden, das Gelände zu verlassen. Die Durchsagen erfolgten laut und deutlich und waren gut zu verstehen. Andere Lärmquellen waren nicht vorhanden. Die Demonstranten machten nur eigenen Lärm. Sie hatten auf dem Gelände des Hüttendorfes eine Menschenkette gebildet und sich gegenseitig unter den Armen untergehakt." (Es folgt der „persönliche" Teil der Aussage ...)

Diese „eindrucksvolle" Beschreibung der Verhältnisse auf dem besetzten Platz, die wohl vor Gericht zur massenhaften Konstruktion einer Ordnungswidrigkeit wg. Teilnahme an einer verbotenen Veranstaltung dienen sollte und soll, ist natürlich auch in den Aussagen der Beamten enthalten, die erst am Nachmittag zum Gelände gekommen waren und somit keinen blassen Schimmer über die „Lärm" Verhältnisse am Vormittag hatten (die berühmten drei Aufforderungen kamen gegen 10 Uhr).

Aber was tut Polizei nicht alles, um die Verhaftung von 869 WAA-Gegnern verwaltungstechnisch in den Griff zu bekommen!

Eine weitere Funktion solcher vorfabrizierter Aussagen ist vielleicht auch die „präventiver Gedächtnisstützen", damit in den Verhandlungen dann keine Kohlschen Gedächtnislücken auftreten. Deswegen durfte damals auch jeder B. eines der noch am Platz geknipsten Sofortbildfotos mit „seinem" WAA-Gegner mit nach Hause nehmen ... Fazit: Was der Industrie recht ist, ist der Polizei billig: Rationalisierungsmaßnahmen, damit der Laden läuft!

VON GRÖSSEREN UND *KLEINEREN* ÜBELN

Am 25. 1. 1987 finden die Wahlen zum Bundestag statt. Grund genug, sich mit den Standpunkten der verschiedenen Parteien zur Atomenergie auseinanderzusetzen.

Bei den Regierungsparteien (CDU/CSU und FDP) bestehen dahingehend eindeutige Positionen. Ein Ausstieg aus der Kernenergie wirft die BRD zurück in die „vorindustrielle" Zeit und hätte Massenarbeitslosigkeit und Verarmung zur Folge. Die derzeitige Bundesregierung hält am Atomkurs, an der WAA und am Schnellen Brüter fest.

Schwieriger sind jedoch die Positionen von SPD und GRÜNEN zu beurteilen. Beide treten in der Öffentlichkeit als Kernkraftgegner auf. Was von dieser Gegnerschaft zu halten ist, soll im folgenden überprüft werden.

SPD:

Einstieg, Umstieg, Ausstieg auf alle Fälle — Anstieg der Stimmenanteile ...??

Auf dem Nürnberger Bundesparteitag beschloß die SPD fast einstimmig den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Grundlage dieses Beschlusses war der Bericht der sog. „Hauf-Kommission". Im ersten Teil des Berichts werden die konkreten Ziele aufgeführt, im zweiten Teil die Bedingungen abgehandelt, die für einen Ausstieg notwendig sind.

Aus dem Initiativantrag I in der Fassung der Antragskommission

I.

„Änderung des Atomgesetzes, mit dem Ziel der Stillegung aller Atomkraftwerke; Untersagung der Erteilung von Bau- und Betriebsgenehmigungen für weitere AKWs sowie die Ablehnung der Wiederaufbereitung; Verzicht auf die wirtschaftliche Nutzung von Plutonium und Unterbindung des Exports von Kernkraftwerken aus der BRD.

– Abschaltung der ersten Atomkraftwerke in den nächsten beiden Jahren (...)"

– Ferner plädiert die SPD für den *„... Nachweis einer Entsorgungsvorsorge ... die ohne Aufschluß der Brennelemente einen sicheren Abschluß ... gewährleistet (direkte Endlagerung). Dazu ist neben dem Salzstock in Gorleben mindestens ein weiterer Endlagerungsstandort auszuwählen und auf seine Eignung eingehend zu untersuchen."*

II.

„...Wir werden von uns aus alles tun, damit innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren eine Energieversorgung ohne Atomkraft für die BRD verwirklicht wird. Wenn die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, um ... das letzte Atomkraftwerk abzuschalten.

Zur Erreichung dieses Zieles brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens und Gesetzgebungsmehrheiten. Um sie herbeizuführen, suchen wir das Gespräch mit den unmittelbar Betroffenen: den Gewerkschaften, den Betriebsräten, den Arbeitnehmern, der Energiewirtschaft, den Unternehmen, den Kommunen, der Wissenschaft, den Bürgerinitiativen und allen Bürgerinnen und Bürgern ..."

Soweit die SPD in ihrem „Ausstiegsbeschluß". Gerade in Teil II werden die Schwachpunkte sozialdemokratischer „Ausstiegspolitik" deutlich. Hier stellt die SPD fest, daß ein Ausstieg aus der Atomkraft zwar wünschenswert sei, doch ohne einen „breiten gesellschaftlichen Konsens" nicht möglich ist. Klarer ausgedrückt: Ein Ausstieg unter einer „Rau-Regierung" innerhalb eines Jahrzehnts ist nur mit Zustimmung der Industrie und der Energiewirtschaft (DWK, RWE, Siemens usw.) möglich. Die SPD-Führungsriege vertröstet uns auf den Sankt Nimmerleinstag. Rau macht im Gegensatz zu dem in der öffentlichen Meinung bestehenden Glauben, keine konkreten Zusagen bezüglich eines Termins für den Ausstieg aus der Kernenergie, außer daß er das „Gespräch" sucht.

Rau, Brandt & Co. versprechen uns den Ausstieg in 10 Jahren, um dann im zweiten Satz zu sagen — leider nicht möglich.

Zu fragen bleibt hier nur noch, welchen Wert eine SPD-Regierung für Atomkraftgegner/innen hätte, wenn im Endeffekt die Atommafia über den Zeitpunkt des Ausstiegs das letzte Wort hat — oder — würde nicht jede Regierung alle AKWs abschalten, wenn es nur noch Gegner dieser Kraftwerke gäbe?

Die „Mehrheit" — das neue Schlagwort

Die zweite Hauptbedingung neben diesem „Konsens" sind die Gesetzgebungsmehrheiten in Bundestag und Bundesrat. Die Mehrheit will die SPD alleine schaffen, obwohl jede/r nach den bayerischen Landtagswahlen weiß, daß die SPD dies nicht erreichen kann. Dieses

Bestehen auf die eigene Mehrheit oder wie es K.-H. Hiersemann sagt, „die beste Möglichkeit die WAA zu verhindern, ist ein Wahlsieg der SPD im Bund", zeigt die eigentliche Intention des „Ausstiegsbeschlusses". Will die SPD wirklich raus aus der Atomenergie, dann müßte sie eigentlich einem Bündnis gegenüber den Grünen offen sein. Genau das lehnt Rau und die SPD-Führung jedoch kategorisch ab. Diese Ablehnung ist. m. E. ernstgemeint. Das Ziel, das Rau damit verfolgt, ist möglichst viele Stimmen für die SPD zu gewinnen und die Grünen

die SPD zu gewinnen und die Grünen

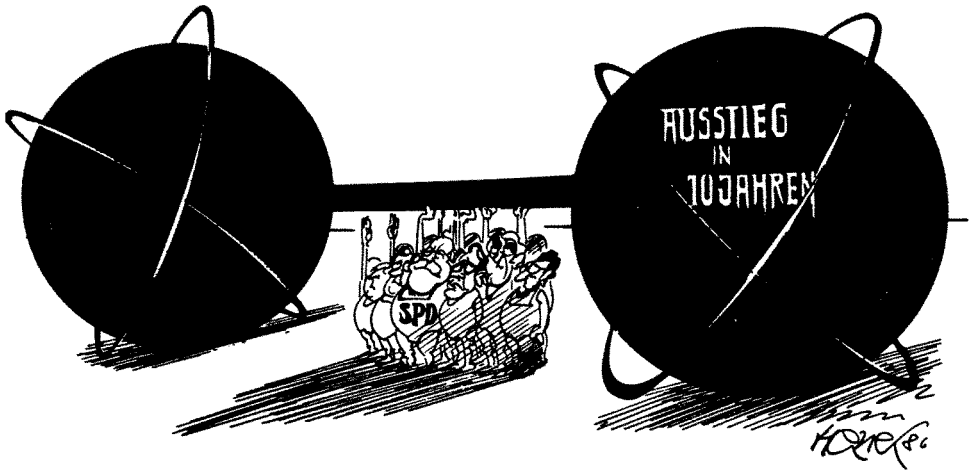
unter die 5 %-Hürde zu drücken. Auf die Spitze treibt es Willy Brandt, wenn er sagt, daß selbst 51 % der Stimmen für die SPD nicht genug für den Ausstieg sind. Wieviele Stimmen muß denn die SPD-Führung noch abwarten, bis sie ohne „Wenn und Aber" aus der Kernenergie aussteigen will?

Die Zweifel an dieser so „ausstiegsfreudigen" Partei werden durch einige Fakten des letzten Jahres belegt:

— Die bayerische SPD stimmt einstimmig für die Aufstellung zweier neuer Hundertschaften Bereitschaftspolizei im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Widerstand gegen die WAA in der Oberpfalz.

— Der „Hamburger Kessel" war die Erfindung einer SPD-Landesregierung, um jeglichen Widerstand gegen die Atompolitik im Keim zu ersticken.

— Am 14.5.86 lehnt die große Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion (darunter alle 20 bayerischen MdB's) einen Antrag der Grünen, alle noch im Bau befindlichen AKWs nicht mehr ans Netz gehen zu lassen, ab.



Der Kraftakt

— Im Bundesrat stimmen die SPD-Länder Hamburg und Bremen den Investitionszulagen in Höhe von 600 Mio. DM für den Bau der WAA zu. Nordrhein-Westfalen (Rau) und das Saarland (Lafontaine) enthalten sich und als einziges SPD-Land stimmt Hessen dagegen.
— In Hessen gibt Börner eine Bestands-Garantie für die Hanauer Atomfirmen ab (FR, 6.11.86), obwohl eine Stillegung sogar gesetzlich geboten wäre.
— Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen lehnt das Volksbegehren zum Ausstieg aus der Kernenergie ab.

Es wird deutlich, daß überall dort, wo die SPD in Regierungsverantwortung steht, sie von den Basisbeschlüssen nichts mehr wissen will. Rau in Nordrhein-Westfalen, Börner in Hessen, Dohnanyi in Hamburg usw. Es geht dem Kanzlerkandidaten Rau gar nicht um die Frage, wie kann schnellstmöglich aus der Kernenergie ausgestiegen werden, sondern darum, die seit Tschernobyl bestehende Massenstimmung gegen die Atomkraft in möglichst viele Stimmen für die SPD umzuwandeln.

DIE GRÜNEN — ein Instrument der Anti—WAA—Bewegung?

Bayerische Landtagswahlen: Mit 7,5 % können die Grünen einen deutlichen Erfolg verbuchen. Das Ergebnis zeigt aber auch ganz klar, daß die Stimmen der Anti-AKW-Bewegung den Grünen und nicht der SPD zugefallen sind. Bemerkt dazu sei, daß die Grünen rund um Schwandorf mit 5,9 % recht schwach abgeschnitten haben.

Sehr deutliche Akzente ihrer momentanen Politik setzten die Grünen bei ihrer Bundesversammlung in Nürnberg. Die Beschlüsse im Zusammenhang mit der Demonstration am 4. 10., ihr Offener Brief an die Wählerinnen und Wähler und die Koalitions-Debatte scheinen mir dabei besonders wichtig.

Die Bundesversammlung der Grünen schließt sich der Haltung der oberpfälzischen Bürgerinitiativen an, die es der Entscheidung jeder/jedes einzelnen überlassen haben, an der Demonstration teilzunehmen.

Zwar endete eine Abstimmung auf der Bundesversammlung, nachdem das Demonstrationsverbot ausgesprochen worden war, über einen Antrag auf Nichtbefassung des Demonstrations-Themas mit einem Patt. Doch als dann der Vorschlag der Spitzenkandidatin Win sberger angenommen wurde, die bayerischen Grünen sollten das doch entscheiden, da sie vor Ort seien, war es damit fast schon klar, daß ein Demonstrations-Aufruf nicht befürwortet wird. Denn die bayerischen Grünen hatten sich schon im Vorfeld der Bundesversammlung öffentlich dazu ausgesprochen, daß sie die Demonstration nicht mit unterstützen würden. Argumente wie: Man müsse Rücksicht auf die Landtagswahlen nehmen (siehe RADI Nr. 10). Dies wird dann auch nur zu deutlich von dem Ergebnis des Sondervotums der bayerischen Grünen belegt, von 100 bayerischen Delegierten stimmten 80 Delegierte gegen einen Aufruf. Die Grünen protestierten zwar schärfstens gegen ein Demonstrationsverbot, doch die Teilnahme daran wird jedem freigestellt.

Eine starke Mehrheit verstand das dann als eine provokative Empfehlung, nicht teilzunehmen. Heftige Reaktionen waren die Folge, sechs Grüne aus München-Nord treten sofort aus der Partei aus. Dazu aus ihrer Erklärung:

„Die Grünen bewegen sich immer weiter weg von jenen sozialen Bewegungen, in dem sie angeblich ihr Standbein hätten, und deren parlamenatarischer Arm die Grünen zugleich seien. Dieses Verhältnis hat sich aber längst umgekehrt."

Eine weitere Reaktion darauf war, daß die fundamentalistischen und linken Grünen einen eigenen Demonstrations-Aufruf formulierten, mit dem sie

gleichzeitig die Bundesversammlung kritisierten.

Es vollziehe sich unter der Hand ein neues Verhältnis unserer Partei zu Teilen der außerparlamentarischen Bewegung, die sich zukünftig unseren vermeintlichen, wahlpolitischen Notwendigkeiten unterzuordnen hätte.

Es scheint nun wohl an der Zeit zu sein, zu überprüfen, inwieweit die Grünen noch Teil der Anti-AKW-Bewegung sind. In ihrem Offenen Brief an die Wählerinnen und Wähler, der auf der Bundesversammlung in Nürnberg verabschiedet worden ist, erheben sie ganz klar den Anspruch, Partei der Bewegung zu sein.

Die Grünen waren immer mehr als die real-existierenden Grünen. Sie sind ein Instrument für diejenigen, die in diesem Staat immer außerparlamentarisch machtlos und ohnmächtig gehalten werden sollten. Politik darf nicht den Politikern überlassen werden.

Doch da sich ein Teil der Grünen momentan genau auf Abwegen dieser politischen Selbsteinschätzung befindet, zeigt nicht nur ihr Verhalten gegenüber der Demonstration am 4. 10. in München. So findet sich in ihrem Offenen Brief an die Wählerinnen und Wähler nur ein kurzer Satz, der den Ausstieg aus der Atompolitik für unverzichtbar erklärt. Dazu kam dieser Passus nur durch Antrag in den Brief, in seiner Urfassung wurde bezüglich der Kernenergie keine Aussage gemacht. Eher kommt heraus, daß momentan Teile der Grünen große Hoffnungen darauf setzen, mit der SPD eine Koalition einzugehen, falls das Bundeswahlergebnis danach sein sollte. So forderten die bayerischen Grünen auf der Bundesversammlung zu mehr Bescheidenheit auf. Sie meinte, daß sich grüne Konzepte mehr an dem politischen Umfeld orientieren müßten, so auch der Ausstieg aus der Atompolitik, den sie in zwei oder sechs Jahren für möglich halten. Auch die grüne Fraktion in Bonn scheint diesen neuen Kurs mit einzuschlagen. So formulierte man erst kürzlich eine neue Haltung zur Kernenergie: „Man sei auch mit einem schnellen Ausstieg zufrieden", das heißt konkret, auch ein Ausstieg in zwei Jahren wäre möglich. Dazu argumentierte man dann damit, daß ein Abrücken von einem sofortigen Ausstieg aus der Atompolitik Platz dafür schaffen würde, um mit der SPD Koalition- oder Tolerierungsgespräche zu führen. So verkündet auch der neu gewählte Fraktionssprecher Willi Hoss der Presse:

Im Falle eines entsprechenden Wahlergebnisses müsse zusammen mit der SPD, die innerhalb von zehn Jahren auf die Kernenergie verzichten will, der schnelle Ausstieg beschlossen werden.

Diese Entwicklungen machen deutlich, daß die Anti-AKW-Bewegung nicht blind den Grünen folgen darf. Vielmehr ist es notwendig, diese realpolitischen Strömungen genau zu beobachten und diesen zu verdeutlichen, daß beim sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie keine Kompromisse gemacht werden dürfen.

Wir müssen auch wissen, daß nicht die Grünen im Parlament, sondern wir auf der Straße das Atomprogramm verhindern müssen. Wir dürfen unsere Interessen nicht an Parteien delegieren, sondern durch eine starke unabhängige Bewegung den politischen Preis für die WAA immer mehr in die Höhe treiben.

Die Landtagswahlen in Bayern und in Hamburg zeigten deutlich, daß die Grünen vor allem deswegen erfolgreich waren, weil sie eine glaubwürdige Anti-Atom-Politik machten. Das heißt, der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie darf nicht zur koalitionspolitischen Verhandlungsmasse werden.

Beschlüsse wie anläßlich der Demonstration am 4. 10. oder Aussagen, die aus dem sofortigen Ausstieg den „schnellen" (zwei bis sechs Jahre) machen wollen, setzen die Basis der Grünen Erfolge in Bayern und Hamburg aufs Spiel.

Wahlen in Bayern — — Waldspaziergang verboten!

12.10. 86. Landtagswahlen in Bayern! Die bayerische Demokratie gibt sich die Ehre und ruft ihre Bürgerinnen und Bürger auf, mit ihrer/seiner Stimme über die Sitzverteilung des 11. Landtages zu entscheiden. Am selben Tag wird aber auch deutlich, andere Formen der politischen Willensäußerung sind nicht erlaubt. Die angemeldete Kundgebung und der Waldspaziergang unter dem Motto „Wer seine Stimme abgibt, hat nichts mehr zu sagen", wurden verboten und mit Polizei-„Gewalt" aufgelöst.

Demonstrationsverbote, das versuchte Verbot des Anti-WAA-Festivals, die Massenkriminalisierung von WAA-Gegnern/innen und der Versuch, die Pressefreiheit einzuschränken (insgesamt drei Prozesse gegen das RADI-AKTIV) sprechen eine deutlichere Sprache über die bayerische „Demokratur" als diese „freien" Wahlen und müssen in Zusammenhang damit gesehen werden.

Trotz des Erfolges der Grünen (7,5 % bei dieser Wahl) muß mensch nüchtern feststellen, daß die Mehrheit der Bevölkerung (55,8 %) sich für die Fortsetzung der CSU-Politik ausspricht, für Demo-Verbote, für Massenkriminalisierung, für Asylantenhetze usw. Die CSU hat nicht an SPD und GRÜNE verloren, sondern nach rechts — an die Republikaner. Diese 3,0 % für die rechtsradikalen Republikaner, ist das erschreckendste Eregebnis dieser Wahl. Ohne diese Verluste nach rechts hätte die CSU trotz Gummi-Geschossen und Massenkriminalisierung Stimmen hinzugewonnen.

Die SPD bekam eine gewaltige Schlappe. Das schlechteste Ergebnis (27,5 %) seit dem 2. Weltkrieg zeigt deutlich, daß das Konzept der absoluten Mehrheit in

Foto: Thilo Grätz

Bonn unglaubwürdig ist – trotz Dementis von Rau, Brandt & Co. Was sind die Gründe für die Schlappe? Ein Grund ist sicherlich, daß wer für eine konsequente Anti-Atompolitik ist nicht die SPD, sondern grün oder gar nicht wählte. Zu stark standen Worte und Taten bei der SPD in Widerspruch zueinander. Umstieg in den Ausstieg, Einstieg in den Umstieg, Ausstieg aus dem Einstieg, bei gleichzeitig „konsequenter" Gegnerschaft zur Atompolitik der Regierung war einfach zu wenig (vgl. hierzu gesonderter Artikel).

Für die Grünen war diese Wahl ein großer Erfolg. Bayernweit konnten sie sich als Anti-Atom-Partei profilieren. Gerade dort jedoch, wo der Widerstand gegen die WAA am stärksten verankert ist, erlebten sie eine Enttäuschung (5,9 %).

Aufgrund der sehr geringen Wahlbeteiligung ist der absolute Zugewinn an Stimmen um einiges geringer, als es die prozentualen Zahlen widerspiegeln. Grundlage ihres Erfolges war ihre glaubwürdige Anti-Atom-Politik. Das Ergebnis zeigt, daß ein Kurs, der den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie als koalitionspolitische Verhandlungsmasse begreift, dem Willen des Wählers entgegenläuft und die Glaubwürdigkeit der Grünen untergräbt.

Ein deutliches Signal gegen die CäSunion setzte einzig die Oberpfälzer Region. Die CSU verlor dort über 14 % der Stimmen und bekam eine Quittung für ihren Atomkurs. Das Schwandorfer Ergebnis ist auch ein persönlicher Erfolg von Hans Schuirer, der als einer der wenigen in der SPD eine glaubwürdige Anti-Atompolitik vertrat.

Erfolge verbuchten also immer diejenigen Politiker und Parteien, von denen geglaubt wurde, daß sie aus der Atomenergie aussteigen wollen. Schuirer und die SPD in Schwandorf, die Grünen bayernweit.

Das Ergebnis um Schwandorf ist das beste Ergebnis gegen die CSU in ganz Bayern. Dieses deutliche Ergebnis spiegelt die Stimmung in der Region wider und straft all diejenigen Lügen, die behaupten, der Widerstand gegen die WAA sei dort gar nicht so verankert.

Anti-WAA-Bewegung und Wahlen

Eine ganz andere Entwicklung in Zusammenhang mit dieser Landtagswahl sollte auch nicht unter den Tisch fallen. Die Wahlen, der Wahlkampf, das Schielen nach Prozenten, die Hoffnung über ein gutes Wahlergebnis, die WAA zu verhindern, engten den Spielraum des Widerstandes ein. Aktionsformen wurden aufgrund der Wahlen und den befürchteten Reaktionen der „öffentlichen Meinung" abgelehnt. Die Demonstration am 4.10.86 in München wurde von vielen mit Blick auf den Wahltermin abgelehnt. Die Anti-WAA-Bewegung verhielt sich eher zahm, als daß sie diese Wahlkampfzeit für deutliche Signale gegen die WAA nutzte.

Dies liegt zum Teil sicherlich an den Parteien (SPD, Grüne), die unsere Bewegung vor allem als Stimmenreservoir betrachten und versuchten, auf die Richtung des Widerstandes Einfluß zu nehmen, aber auch an Teilen der Bewegung selber. Zu sehr schielten diese auf den Wahltermin und vergaßen dabei, daß wir selbst es sein müssen, die die Richtung des Widerstandes bestimmen. Nur eine starke, unabhängige Bewegung, die ihre Ziele, Strategien, Aktionsformen usw. selbst bestimmt, kann Einfluß auf die Herrschenden ausüben und letztendlich den politischen Preis für die WAA in die Höhe treiben.

Auch die Grünen müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Auch sie schielten bei allen ihren Handlungen nach dem Wahltermin. Auch sie wollten die Anti-WAA-Bewegung zur politischen Räson zwingen. Die Grünen, die einstmals auszogen, der verlängerte Arm der Bewegungen im Parlament zu sein, unterstützten anläßlich ihrer Bundesversammlung in Nürnberg die Demonstration am 4.10. nicht. Nicht inhaltliche Gründe waren dafür ausschlaggebend, sondern einzig und allein wahltaktische Überlegungen. Dem WAA-Widerstand hat diese Entscheidung geschadet.

Es war wohl nicht zu erwarten und es war eigentlich von vorneherein klar, daß die CSU-Mehrheit nicht gebrochen werden kann. Es fand keine Volksabstimmung über die WAA und die bayerische Atompolitik statt. Deswegen ist diese Wahl keine Niederlage für die Anti-WAA-Bewegung. Dieses Wahlergebnis macht vielmehr deutlich:

– In der Oberpfalz ist die große Mehrheit gegen die WAA, gegen die CSU, gegen die DWK.

– Je weiter mensch vom Baugelände entfernt wohnt, desto weniger Einfluß hat der WAA-Bau für die Stimmabgabe.

– Der Widerstand gegen das Atomprogramm muß sich auf sich selber stellen und nicht nach Parteien, Wahlterminen etc. schielen. Nur eine starke unabhängige Bewegung kann die WAA verhindern.

ENDE.

Rede des Koordinationskreis im WAA-Widerstand, Regensburg in München, 4. 10. 1986

Warum der außerparlamentarische Anti-AKW-Kampf und die Orientierung auf die Bundestagswahlen sich nicht ergänzen können!

Liebe WAA-Gegner und Gegnerinnen!

Die Widerstandsbewegung gegen die WAA ist in Gefahr! Nach allem, was wir in der Oberpfalz in den letzten Monaten an Polizeiterror und Einschüchterung durch die Justiz erlebt haben, geben sich jetzt viele WAA-Gegner der Hoffnung hin, die Schaffung neuer Mehrheiten im Parlament sei doch vielleicht der leichtere, vernünftigere Weg zum Erfolg.

Diejenigen, die ihr Heil in den Wahlen sehen, sollten sich überlegen, ob die WAA überhaupt zur Abstimmung auf dem Wahlzettel steht! Natürlich, es ist ja auch nicht im Sinne dieses Wahlzirkus', irgendetwas von dem, was uns bedrückt, zur Abstimmung zu stellen!

Wie wir aus unserer Geschichte wissen, sind bisher sämtliche Bewegungen, die aufs Parlament gesetzt haben, ziemlich schnell von der politischen Bildfläche verschwunden.

Wie sieht er denn aus, dieser angeblich leichtere Weg?

Statt weiter zu kämpfen, sollen wir die Parteien wählen, die uns den Ausstieg aus der Atomindustrie versprechen. Daß an dieser Alternative etwas faul ist, merkt man schon an den seltsamen Argumenten, mit denen CSU, SPD und die GRÜNEN darum streiten, ob und wann es sinnvoll ist, aus der Atomenergie auszusteigen!

Die Hauptsorge aller Parteien gilt der Sicherung der Energieversorgung und ob der Ausstieg der sog. Volkswirtschaft zu teuer kommt oder nicht. Wer wie die SPD den Ausstieg aus der Atomindustrie vom Preis für die sog. Volkswirtschaft abhängig macht, wird erst dann aussteigen, wenn auch der letzte Kapitalist keinen Profit mehr damit macht.

Wir meinen: Uns kann es egal sein, wie teuer der Ausstieg aus der Atomindustrie ihren Eigentümern und Nutznießern kommt! Denn wenn hierzulande von Energieversorgung die Rede ist, dann geht es nicht um unsere Versorgung mit Strom, sondern um möglichst profitable Geschäfte für die Industrie!

Bei uns in der Bude gehen nämlich schon heute die Lichter aus, wenn wir unsere Stromrechnung nicht mehr bezahlen können; die Industrie hingegen bezieht den Strom zum Billigtarif!

Wir bezahlen die Profite der Atomindustrie an unserer Gesundheit – und zwar nicht erst dann, wenn ein AKW in die Luft fliegt oder uns Plutoniumbomben made in Wackersdorf auf den Kopf fallen, sondern bereits im sog. Normalbetrieb.

Alle Wahlparteien sind sich ferner in der Befürwortung der staatlichen Gewalt einig.

Während sich die CSU als Verfechterin der unbegrenzten Staatsgewalt profiliert, befürwortet die SPD den Polizeiknüppel gegen den sog. Chaoten unter uns. Und die GRÜNEN kratzen mit dem Mund an der Staatsgewalt, während sie uns WAA-Gegnern gleichzeitig vorschlagen, uns immer brav gewaltfrei einmachen zu lassen!

Wer also als AKW-Gegner seine Hoffnung auf Wahlergebnisse setzt, leistet sich einen grundlegenden Widerspruch zu seinem eigenen Widerstand gegen die staatliche Gewalt!

Die internationale Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, die Unabhängigkeit in der Energiegewinnung gegenüber dem Ausland und der atomare Trumpf im internationalen imperialistischen Machtkampf – das sind die Gründe, warum dieser Staat niemals freiwillig auf seine Atomindustrie verzichten wird. Wer also auf Parlamente baut, der ermächtigt einerseits eine Partei zur Ausübung der staatlichen Gewalt gegen den WAA-Widerstand, obwohl er sich auf der anderen Seite mit seinem Kampf gegen AKWs, gegen ein Programm wendet, das für denselben Staat von existentieller Bedeutung ist!

Wenn unser Widerstand also Zukunft haben soll, wenn er nicht durch die Orientierung aufs Parlament kaputtintegriert werden soll, dann kann es nur eine Lösung für uns geben!

Gemeinsam radikal gegen Staat und Kapital!

★ENDE.

Offener Brief an alle Politiker in Bund, Länder und Gemeinden und an die Verantwortlichen in den Milchwerken

Wir wissen, daß innerhalb der nächsten Tage oder Wochen die Strahlenmeßwerte der Milch und Milchprodukte stark ansteigen werden. Versuchsreihen am Weihenstephaner Hochschulinstitut haben ergeben, daß sich die Verfütterung von belastetem Futter rasch auf die Strahlenwerte in der Milch auswirkt. (...)

1. Die hochgradig verstrahlten Futteranteile müssen der Sondermüllbehandlung zugeführt werden und den Bauern soll eine entsprechende Entschädigung zukommen. (...)

2. (...) Wir fordern die Verantwortlichen in den Milchwerken auf, die Milcheinsammlung so vorzunehmen, daß ein gewisser Prozentsatz (je nach Bedarf) möglichst unbelasteter Milch, abgepackt als „Kindermilch" mit der aktuellen Becquerellzahl versehen, angeboten werden kann. (...) Für absolut notwendig halten wir es, daß grundsätzlich auf jeder Packung Milch (Frisch- und H-Milch) die Strahlenbelastung angegeben wird, damit sich die Verbraucher selbst ein Urteil bilden können. (...)

Hiermit fordern wir gleichzeitig auf, alle Vereine und gesellschaftlichen Kräfte, die unserer Meinung sind, dies ebenfalls kundzutun, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. (...)

Kontakt: Eva Kyewski, Ortsstr. 7, 8411 Riegling, Tel. 0941/35192.

Mütter gegen Atomkraft (Ortsgruppe Regensburg)

termine ★

- 2.Dezember, 19.30, Regensburg Obermünsterzentrum, Podiumsdiskussion "UMWELT =TECHNIK" mit Umweltbeauftragtem Dr. Hartl, H.Weinzierl
- 8.Dezember, 21.15, Fernseh.I. Sendung "Menschenrechte"u.a. über die Terrorhausdurchsuchungen in Burglengenfeld u. Ponholz und über "RADI-AKTIV" Kriminalisierung
- 10.Dezember, 20 Uhr, Nürnberg Kulturladen Rothenburgerstr. "ATOMPROGRAMM gleich Atomstaat?" mit MdL D.Zierer u. Vertreter v.RADI-AKTIV, VeranstalterAmt f.Kult.Freizeit.

Foto: Roland Ruckgaber

Terrorgesetze geplant –
ein Schlag gegen jede

Die geplanten sog. „Anti-Terror"-Gesetze sind ein weiterer, einschneidender Versuch, mittels Repression, Abschreckung und Überwachung Widerstand gegen Atomanlagen, aber auch gegen andere politische Projekte der Bundesregierung, zu verhindern, zu zerstören. Das vorgeschobene Argument der Terrorismusbekämpfung dient nur dazu, die wirkliche Zielrichtung der Gesetze zu verschleiern:

Tatsächlich aber richtet sich die Ausdehnung des § 129 a StGB gegen all diejenigen des AKW/WAA-Widerstands, die sich nicht ausdrücklich von Militanz distanzieren, die Neueinführung des Zensur-§ 130 a StGB soll die Berichterstattung und Informationsstrukturen in und von Bewegungen treffen, die Kronzeugenregelung erweitert den Machtbereich des Generalbundesanwalts und wird die Aktivitäten der Geheimdienste decken.

Die um diese Gesetze geführte öffentliche Diskussion geht völlig am Charakter der Gesetze vorbei. Akademische, rechtsdogmatische Bedenken prägen die Aufregung. Ja noch schlimmer: Von SPD bis zu Teilen der Grünen werden die Gesetze kritisiert, weil sie nicht „wirksam" genug zur Eindämmung des „Terrorismus" beitrügen. Kaum werden hingegen die konkreten Auswirkungen Thema der Debatte. Die Anti-WAA-Bewegung wird als erste Bewegung diese „rechtsstaatlichen" Knüppel zu spüren bekommen: die Polizeiüberfälle in Ponholz und Burglengenfeld waren ein erster Vorgeschmack; mit den neuen Gesetzen können derartige Aktionen zum alltäglichen Geschäft der Polizei werden.

Und daß sich die bayerische Staatsregierung nicht gerade zurückhaltend der neuen Repressalien bedienen wird, ist auch absehbar, sind ihr doch noch nicht einmal diese Gesetze weitgehend genug. Wenn die WAA eben politisch nicht durchsetzbar ist, dann aber mit brutaler Gewalt.

Ausweitung des § 129 a StGB

– Terrorisierung der Bewegungen

Ein Kernstück des „Anti-Terror-Paketes" stellt die Ausweitung des § 129 a Strafgesetzbuch (Bildung terroristischer Vereinigung) dar. An diesem Gesetzesvorschlag wird deutlich, in welche Richtung eigentlich die Maßnahmen zielen sollen: gegen jede Bewegung, die z. B. gegen Projekte wie die WAA Widerstand leistet, gegen die Anti-AKW-WAA Bewegung.

Nach der jetzt noch gültigen Fassung konnte jemand gem. § 129 a StGB verfolgt werden, der eine Vereinigung gründete, deren Zwecke auf die Begehung von im Gesetz aufgezählten Straftaten wie z. B. Mord, Totschlag, Völkermord, erpresserischer Menschenraub und Geiselnahme, Brandstiftung, Sprengstoffanschläge gerichtet war. Neu aufgenommen werden soll in diesen Katalog nun § 315 StGB (gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr) und § 136 b StGB (Störung öffentlicher Betriebe). Demnach sollen Anschläge auf Strommasten, Baumaschinen und Bahnanlagen nun auch nach § 129 a StGB verfolgt werden können.

Die Regelungen über die kriminelle und terroristische Vereinigung betreffen sog. Organisationsdelikte. Verfolgt wird die Mitgliedschaft in Werbung für oder Unterstützung von solch einer Organisation. Nicht mehr erforderlich ist der Nachweis einer bestimmten Tat, sondern zur Verurteilung genügt die Mitgliedschaft oder sonstwie geartete Beteiligung an einer solchen Organisation. Es muß also nicht im Gericht nachgewiesen werden, daß der oder die Angeklagte eine bestimmte Straftat, z. B. einen bestimmten Strommast angesägt hat. Wenn für das Gericht erwiesen ist, daß die Angeklagten Angehörige einer solchen Vereinigung sind, dann kann wegen irgendeines Strommastanschlages eine Strafe nach der jetzigen Regelung zwischen sechs Monaten und fünf Jahren, nach der geplanten Regelung sogar zwischen einem und zehn Jahren verhängt werden.

Vor allem soll aber § 129 a StGB das sog. „terroristische Umfeld" treffen. Nach der Ausdehnung des Paragraphen werden zu den Unterstützern, den Werbern für die dann konstruierte terroristische Vereinigung genauso Personen gehören, die Schlafplätze an die neuen „Terroristen" vergeben, z. B. auch die RADI-AKTIV, der ja in mehreren Anklagen Aufforderung zu Anschlägen auf Baumaschinen unterstellt wird.

Stimmungsmäßige Vorbereitung

Um eine Stimmung zu schaffen, in der Teile des Widerstandes gegen die Atomanlagen in Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten zu bringen, wurde in der letzten Zeit ja einiges unternommen: So beginnt nach der in den Medien geäußerten Einschätzung von Bundesinnenminister Zimmermann der typische Werdegang von Terroristen mit gewalttätigen Krawallen. „Es ist offensichtlich,

daß alle Terroristen, die bisher ausgeschrieben sind, ihre terroristische Laufbahn – möchte ich einmal sarkastisch sagen – begonnen haben mit Aktionen bei gewalttätigen Demonstrationen und Hausbesetzungen." Es müßten schon gewalttätige Demonstrationen anders behandelt werden als heute. Es gebe eine „Kette der Gewalt", an deren Ende die RAF-Zugehörigkeit stehe. Dazu zählten gewalttätige Demonstrationen in Brokdorf, Wackersdorf und an der Startbahn West (MZ, 5. 8. 1986).

Ein weiteres Beispiel sind die Polizeiüberfälle in Burglengenfeld und Ponhof: Hier sollte doch demonstriert werden, daß WAA-Gegner zumindest zum terroristischen Umfeld gehören, daß daher auch Anti-Terror-Einsätze der Polizei notwendig sind.

EINE TYPISCHE KRIMINELLE VEREINIGUNG

Widerstandsbewegung

Und auch Rebmann suchte schon lange nach einer Möglichkeit, mit § 129 a StGB zuschlagen zu können. Bereits in der FR vom 23. 7. 1986 gab er bekannt, daß er gegenwärtig prüft, „ob unter den gewalttätigen Demonstranten in Wackersdorf und Brokdorf bereits Organisationsformen gebildet wurden, so daß sie als kriminelle oder gar terroristische Vereinigung zu betrachten seien. Für diese Einschätzung sprächen entdeckte Erddepots, in denen Molotowcocktails, Krähenfüße und brennbare Chemikalien lagerten."

Allerdings dürfte er weniger nach den Organisationsformen gesucht haben, denn diese lassen sich ja bekanntlich leicht konstruieren. Vielmehr fehlte es ihm an einer gesetzlichen Regelung wie der geplanten.

Was sich Polizei und Justiz aber vor allem von der Erweiterung des § 129 a StGB versprechen, ist ein Katalog von verschärften Repressalien gegen nach § 129 a StGB Verdächtige, Angeklagte und auch deren Verteidiger. Dies wird bislang in der öffentlichen Diskussion überhaupt nicht berücksichtigt.

Umgehung der Beweisprobleme

Wenn den Ermittlungsbehörden ein erweiterter § 129 a StGB an die Hand gegeben wird, dann versprechen sie sich die Umgehung der Beweisschwierigkeiten in den Gerichtsverfahren. Es genügt die Behauptung der Angehörigkeit in einer terroristischen Organisation, um Leute unter Umständen für Jahre im Knast verschwinden zu lassen. Dies kommt ihren Problemen in der gerichtlichen Verarbeitung sehr entgegen, hört man doch allerortens in Polizei- und rechten Kreisen das Bedauern über die vielen Freisprüche und „niedrigen Strafen". Das soll vorbei sein, Schluß mit den mühseligen Beweisen. Und auch hier dürften mal wieder V-Leute eine wichtige Rolle spielen: Vorstellbar sind deren Aussagen über angebliche Strukturen einer Vereinigung und Straftaten, die von deren Mitgliedern begangen worden sein sollen. Vorstellbar ist die unter Umständen vorantreibende Kraft eines V-Mannes, der dann aber dank einer Kronzeugenregelung ungeschoren davonkommt (dazu unten).

Kontaktsperre

So kann z. B. für Personen, die wegen des Verdachts auf Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung inhaftiert sind, Kontaktsperre angeordnet werden.

In Situationen, in denen „eine gegenwärtige Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit einer Person" besteht und bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, daß „die Gefahr von einer terroristischen Vereinigung ausgeht", kann ein Landesjustizminister oder der Bundesjustizminister „jedwege Verbindung von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit den Verteidigern" unterbinden (§ 31 EGGVG).

Betroffen von der Maßnahme sind
- Gefangene, die wegen einer Straftat nach § 129 a StGB in Straf- oder Untersuchungshaft sitzen, also auch nur der Tat verdächtigt werden,
- Gefangene, die wegen anderen, in § 129 a StGB aufgeführten Straftat in Straf- oder U-Haft sitzen, darunter fällt nach der neuen Regelung auch der Verdacht eines Anschlags auf z. B. eine Baumaschine oder einen Strommast,
- darüberhinaus Gefangene, die wegen anderer Straftaten im Knast sind, wenn nur die Ermittlungsbehörden einen „dringenden Verdacht" hegen, daß die Taten im Zusammenhang mit einer Straftat nach § 129 a StGB stehen. Da bieten sich wohl für die Behörden unter Umständen angesichts der neuen Stoßrichtung des § 129 a StGB auch Demonstrationsdelikte wie Landfriedensbruch an.

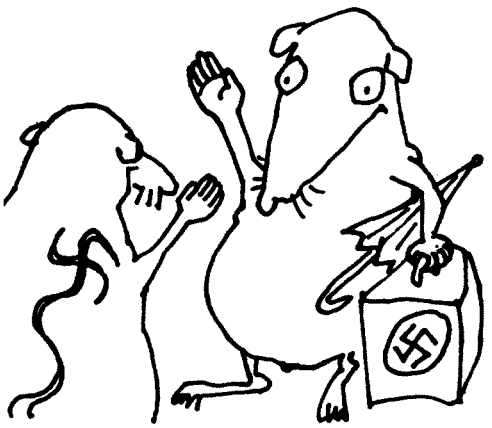
Die Kontaktsperre bedeutet:
- Isolationshaft,
- keinerlei Kontakt zu anderen Gefangenen,
- keinerlei Kontakt zu Verteidigern.

Verteidiger haben kein Anwesenheitsrecht bei Haftprüfungen, Zeugenvernehmungen und anderen Ermittlungshandlungen. Der Gefangene muß sich mit Beschwerden schriftlich an das Gericht oder die Staatsanwaltschaft wenden, verteidiger haben nicht einmal ein Einsichtsrecht in die Schriftstücke des Gefangenen, erfahren also nicht, ob der Gefangene etwa eine Haftbeschwerde eingelegt hat.

Die Gefangenen sind in einer solchen Situation also völlig den Ermittlungsbehörden ausgeliefert, niemand erfährt, wie es ihnen geht, was mit ihnen gemacht wird.

Verschärftes Haftrecht

Personen, die einer Straftat nach § 129 a StBG verdächtigt werden, können ohne Haftgrund in Untersuchungshaft genommen werden. Es muß also weder Verdunkelungs- noch Fluchtgefahr bestehen. Immerhin sind an diesen Voraussetzungen bisher einige beantragte Haftbefehle gegen WAA-Gegner/innen



gescheitert. In Kombination mit einer etwa angeordneten Kontaktsperre kann dies katastrophale Folgen haben.

So gab es 1977 den sog. „Fall Poensgen": Nach dem Anschlag auf den Bankier Ponto wurde Eleonore Poensgen verhaftet, weil sie aufgrund persönlicher Kontakte zu einer tatverdächtigen Person als Mitglied einer terroristischen Vereinigung galt. Nur mit einer aufwendigen Plakakatierungsaktion gelang es den Verteidigern, Alibizeugen für Poensgen zu beschaffen. Hätte zu diesem Zeitpunkt – wie im September 1977 – Kontaktsperre bestanden, hätten die Verteidiger nicht einmal etwas von der Verhaftung erfahren; Eleonore Poensgen wäre unter Umständen wochenlang in einem Gefängnis verschwunden. Nach diesen Gesetzen kann also niemand sicher sein, etwa aufgrund einer Denunziation verhaftet zu werden. Ein Vorgeschmack hiervon waren eindeutig die Polizeiüberfälle in Ponholz und Burglengenfeld: Ein Anruf genügte für die „Terroristenhatz". Auch an dieser Stelle sei wieder an die regen Aktivitäten der V-Leute erinnert.

Telefonüberwachung

Nun ist zwar davon auszugehen, daß die Telefone derjenigen, die den Geheimdiensten oder der Polizei ‚interessant' erscheinen, ohnehin abgehört werden. Aber der Verdacht auf Straftaten nach § 129 a StGB ermöglicht auf gesetzlicher Grundlage die Telefonüberwachung. Der qualitative Unterschied zwischen der geheimen Abhörerei und der gesetzlich erlaubten Telefonüberwachung besteht aber darin, daß bei letzterem gewonnene Informationen auch als Beweise gerichtlich verwertet werden können. Die Erweiterung des § 129 a StGB kann daher dazu führen, daß z. B. die Anti-WAA-Büros und BIs oder das RADI-Büro aufgrund eines richterlichen Beschlusses abgehört werden, weil ihnen ohnehin immer die Rädelsführerschaft für alles, was in der Bewegung läuft, unterstellt wird.

§ 100 a StPO wurde im Zuge der Notstandsgesetzgebung eingeführt. Ohne daß etwa eine Notstandssituation vorausgesetzt wird, kann die Telefonüberwachung angeordnet werden — und zwar nicht nur gegenüber Beschuldigten, sondern unter schwammigen Voraussetzungen auch gegenüber Dritten.

Schleppnetzfahndung
an Kontrollstellen

Weiterhin ermöglicht der Verdacht, daß eine Straftat von einer terroristischen Vereinigung begangen worden ist, die Einrichtung von Kontrollstellen, an denen alle Personen ihre Identität feststellen und Auto sowie mitgeführte Sachen durchsuchen lassen müssen (§ 111 StPO). Ab 1. April 1987 kann nun auch noch die sog. Schleppnetzfahndung, die als ein Teil der Sicherheits-Gesetze benoch die sog. Schleppnetzfahndung an diesen Kontrollstellen durchgeführt werden. Die Schleppfahndung, die als ein Teil der Sicherheits-Gesetze bereits verabschiedet wurde, bedeutet, daß sämtliche Daten zunächst gespeichert werden können, wenn „Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Auswertung der Daten zur Ergreifung des Täters oder zur Aufklärung der Straftat führen kann und die Maßnahme nicht außer Verhältnis steht" (§ 163 d Strafprozeßordnung). Die Daten können drei Monate gespeichert werden, ob sie nun zur Aufklärung dienen oder nicht, eine Verlängerung der Speicherung ist auch noch möglich.

Zusammengefaßt läßt sich daher Sinn und Zweck des § 129 a StGB in folgendem sehen:

— Es sollen die bestehenden Beweisschwierigkeiten umgangen werden, um über die Konstruktion einer terroristischen Vereinigung möglichst viele Personen zu hohen Strafen verurteilen zu können.

— Der Polizei- und Geheimdienstapparat soll auf gesetzlich legitimierter Weise zu einem effektiverem Einsatz kommen.

— Die aus § 129 a STGB folgenden verschärften Maßnahmen sollen über den bislang noch kleineren Kreis von RAF-Angehörigen auf einen großen Kreis ausgedehnt werden, es sollen alle nicht integrationsfähigen Widerständler Gefahr laufen, in diese Mühle zu geraten.

§ 130 a StGB

Der Zensurparagraph

In Zukunft soll die „Anleitung zu Straftaten" unter Strafe gestellt werden.

Mit diesem Gesetz soll die Berichterstattung über Aktionen verhindert werden. Ziel sind die Informationsstrukturen einer Bewegung.

Der Wortlaut der geplanten Strafvorschrift:

„§ 130 a StGB

Anleitung zu Straftaten

(1) Wer eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die geeignet ist, als Anleitung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat zu dienen und nach ihrem Inhalt bestimmt ist, die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat zu begehen, verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt, oder sonst zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer

1. eine Schrift (§ 11 Abs. 33), die geeignet ist, als Anleitung einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat zu dienen, verbreitet, öffentlich ausstellt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder

2. öffentlich oder in einer Versammlung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat eine Anleitung gibt, um die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat zu begehen."

Den § 130 a StGB gab es schon ein-

mal, allerdings nicht in dieser weitgehenden Fassung. 1976 wurde diese Regelung von der damaligen SPD/FDP-Koalition eingebracht und im Bundestag verabschiedet. Damals wurde ins Strafregister noch zusätzlich der umstrittene § 88 a StGB aufgenommen, nach dem die verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalt unter Strafe gestellt wurde. Dieser Paragraph ist derzeit noch nicht wieder akut im Gespräch.

Da es aber nach den §§ 130 a, 88 a StGB zwar zu 111 Ermittlungsverfahren, aber nur 6 Verurteilungen kam, wurden beide Vorschriften 1981 wieder abgeschafft. Genscher von der FDP meinte damals: „Zu den liberalen Tugenden zählt auch die Fähigkeit, unbestrittene Fehlentscheidungen zu korrigieren." (FR, 1. 11. 1986) So wendeln sich die Zeiten!

Die jetzt geplante Fassung des § 130 a StGB wurde gegenüber der alten Fassung noch schwammiger gestaltet, indem die Schriften zur Anleitung von Straftaten nur „geeignet" sein müssen. Es läßt sich lebhaft vorstellen, ab wann die Staatsanwaltschaft eine solche Geeignetheit feststellen wird. Was ist z. B. mit Interviews, in denen die Oberpfälzer ihren Kampf gegen die WAA beschreiben? Was ist mit einem Bericht über Blockaden, wird darin nicht in geeigneter Weise beschrieben, wie es besser laufen könnte, was gut gelaufen ist? Es ist absehbar, daß alle Veröffentlichungen zum Widerstand unter diesen Zensurparagraphen fallen werden. Denn der Erfindungsreichtum der Ermittlungsbehörden wird an einer Definition des Begriffes der „Befürwortung" deutlich, die damals zum § 88 a entwickelt wurde und leicht auch für den Begriff der „Geeignetheit zur Anleitung zu Straftaten" als Kriterium verwendet werden könnte:

„Erstens gibt es Befürwortung in Form der direkten Aufforderung, zweitens Befürwortung in der Form scheinbarer Distanzierung, drittens Beschreibung strafbarer Handlungen mit Nachahmungstendenz, viertens Befürwortung in der Form der Billigung eines historischen Ereignisses in der Absicht, es als nachahmenswertes Vorbild hinzustellen, fünftens Befürwortung in der Form der Ankündigung oder Vorhersage von Gewalttaten mit Nachahmungstendenz und sechsten Befürwortung von Gewalt in der Form des Abdrucks fremder Meinungen, wobei der Autor die fremde Meinung sich zu eigen macht, um einen bestimmten Eindruck zu erwecken."
(Rechtsausschuß des Bundestags vom 18. 9. 1975, S. 2243)

Die Frankfurter Rundschau bemerkt am 1. 11. 1986 zu der neuen Gesetzesinitiative lakonisch: „Vom Umgang mit Heimwerker- oder Chemie-Büchern ist also künftig abzuraten." Dies dürfte allerdings nur einen Teil der Intention dieses Gesetzes treffen. Denn kriminalisiert werden soll die Berichterstattung über die Aktionen einer Bewegung, es sollen die Informationsstrukturen getroffen werden. Das Gesetz sollte die Überschrift „Abschaffung der Presse- und Meinungsfreiheit" tragen.

Gleichzeitig soll eine Lücke geschlossen werden. Bis jetzt gibt es zwar den Tatbestand der „Aufforderung zu strafbaren Handlungen", hier ist es aber erforderlich, daß jemand eindeutig zur Begehung einer konkretisierten Tat aufruft. Es reicht nicht die bloße Befürwortung oder Billigung, auch nicht die Wiedergabe fremder Meinungen.

Zwar wird derzeit die RADI-AKTIV mit Anklagen wegen „Aufforderung zu strafbaren Handlungen" eingedeckt, aber immerhin müssen die Ermittlungsbehörden wilde Konstruktionen bauen, um überhaupt diesen Tatvorwurf erheben zu können (was die Kriminalisierung der RADI-AKTIV natürlich nicht weniger schlimm macht, zumal nicht sicher ist, ob vor Gericht diese Konstruktionen nicht einfach bestätigt werden).

Mit der neuen Vorschrift wird der Erfindungsreichtum der Staatsanwälte aber geradezu gefördert: sie brauchen die Schrift nur nach ihrer Interpretation als geeignet zur Anleitung von Straftaten erklären – schon steht die neue Anklageschrift!

Daß es derzeit vor allem um Zeitschriften der Anti-WAA-Bewegung geht, wird in einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen vom 31. 10. 1986 deutlich:

„Damit werden schriftliche Gebrauchsanweisungen für Gewalttäter unter Strafe gestellt. Bisher konnten derartige Anleitungen beispielsweise in bestimmten Zeitungen nicht beschlagnahmt werden, weil sie nicht strafbar waren. Der davon ausgehenden Korrumpierung des Rechtsbewußtseins soll der neue Paragraph begegnen. Künstlerische und literarische Darstellungen werden ausgenommen; Abgrenzungen dürften schwierig sein. Auch wenn das Verbot der Anleitung zu Straftaten deshalb möglicherweise umgangen werden kann, soll der Paragraph 130 a StGB als Demonstration der Rechtstreue eine Wirkung haben."

Offensichtlich sieht die FAZ schon voraus, daß die RADI-AKTIV in Zukunft in Versform erscheinen wird, als ein einzigartiges, 68-Seiten-langes-Gedicht!

Die Kronzeugenregelung
– ein Freibrief für Rebmann und die Geheimdienste

Als „spektakulären" Versuch, den derzeitigen Stillstand bei der Fahndung nach ‚terroristischen Gewalttätern' zu überwinden, betrachtet Bundesjustizminister Engelhard die geplante, heftig umstrittene Kronzeugenregelung. Im Vordergrund steht dabei nicht die Beweisführung in den Prozessen, sondern die Effektivierung der Fahndung. Nach der bis zum 1. 12. 1988 zeitlich begrenzten Regelung soll der Generalbundesanwalt mit Zustimmung des Ermittlungsrichters von der Strafverfolgung absehen können, wenn ein Täter oder Teilnehmer (z. B. Anstifter oder Gehilfe) einer Straftat nach § 129 a StGB Tatsachen offenbart, „die geeignet sind, 1. eine solche Straftat über seinen eigenen Tatbeitrag hinaus aufzuklären oder 2. zuer Ergreifung eines Mittäters oder Teilnehmers führen." Nach § 2 des Gesetzes kann auch das Gericht, wenn gegen den Kronzeugen bereits Anklage erhoben ist, von Strafe absehen oder diese mildern. Hauptsächlich wird gegen das Kronzeugen-Gesetz eingewandt, es verstoße gegen das Legalitätsprinzip und damit gegen den Grundsatz in Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." Nach dem Legalitätsprinzip sind die Ermittlungsbehörden nämlich verpflichtet, Straftaten zu verfolgen, d. h. immer Anklage zu erheben, wenn dringender Tatverdacht besteht, sobald sie von Straftaten Kenntnis erhalten. Dieser Grundsatz soll die Gewähr dafür bieten, daß nicht willkürlich die einen verfolgt werden, die anderen nicht, etwa, weil es bei den einen politisch opportun erscheint, bei den anderen nicht. Das Legalitätsprinzip soll

DER RICHTER

damit den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz garantieren. Dieses Prinzip ist in der Tat gebrochen, wenn Kronzeugen nicht einmal ihrer Taten angeklagt werden, die sie begangen haben.

Rechtsdogmatiker klagen daher darüber, daß eine solche Regelung nicht ins bundesdeutsche Rechtssystem passe. Allerdings gibt es schon seit 1978 im Betäubungsmittelgesetz eine solche Kronzeugenregelung. Das Legalitätsprinzip hat also schon so manche Lücken.

Rebmann und der Verfassungschutz reiben sich die Hände

Viel schwerwiegender aber dürfte die Tatsache sein, daß zum einen die Bundesanwaltschaft einen ungeheuren Machtzuwachs erhält, zum anderen die Regelung eine Lücke stopfen wird, was geheimdienstlichen Aktivitäten nur entgegenkommen dürfte. Und dies dürfte auch der eigentliche Zweck der Kronzeugenregelung sein!

Eine Entscheidung darüber, ob einem Kronzeugen Straffreiheit gewährt wird, soll der Generalbundesanwalt treffen können, freilich mit Zustimmung eines Ermittlungsrichters am Bundesgerichtshof. Allerdings dürften sich da kaum Differenzen zwischen den Auffassungen von Rebmann und den Ermittlungsrichtern ergeben.

Die Entscheidung betrifft nicht nur die Frage, ob gegen den Kronzeugen ein Ermittlungsverfahren wegen der Taten, die er begangen hat, überhaupt eingeleitet wird; gleichzeitig wird wohl entschieden werden, ob der Kronzeuge eine Belohnung erhält für seine Aussage, ob er mit einer neuen Identität versorgt wird und mit Geld ausgestattet ins Ausland verbracht werden muß, um ihn etwa vor Racheakten wegen seiner Aussagen zu schützen.

Immer wieder wird schließlich betont, die Kronzeugenregelung mache nur einen Sinn im Zusammenhang mit Geld: So Innenminister Zimmermann, der nun die Chance sieht „in der Kombination zwischen Kronzeugen und hohen Belohnungen" (FR, 1. 11. 1986).

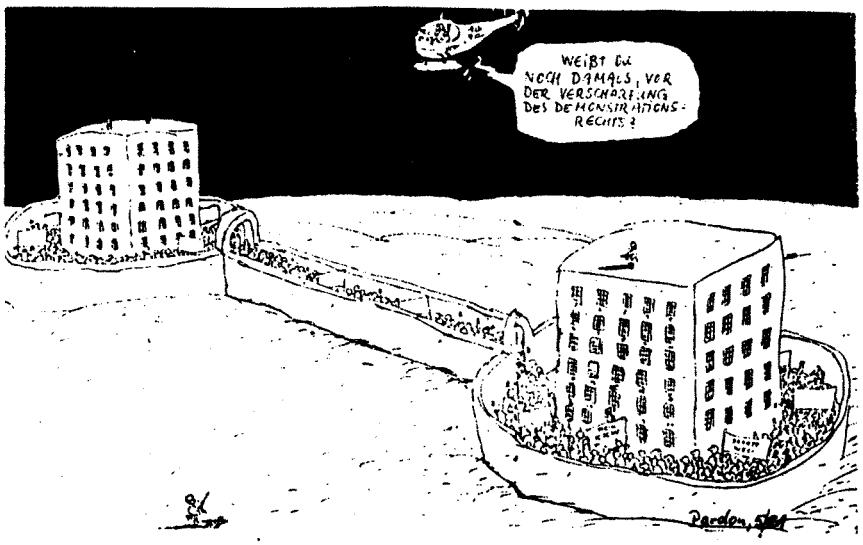
Nachdem ja die Kronzeugenregelung vorwiegend der Verbesserung der Fahndung dienen soll und gar nicht so sehr der Beweisführung, wird Generalbundesanwalt Rebmann ferner darüber zu entscheiden haben, ob eine Aussage überhaupt gleich Zugang in einem öffentlichen Strafverfahren haben soll oder nicht etwa besser geheimgehalten werden soll, um die weitere Fahndung nicht zu gefährden. Auf die Frage, ob sich über all dies nicht die Öffentlichkeit aufregen werde, antwortete Staatssekretär Kinkel vom Bundesjustizministerium: **„Das muß alles unter Ausschluß der Öffentlichkeit geklärt werden."** (Spiegel 45/86)

Diese Entscheidungen werden also im stillen Kämmerlein gefällt. Weder ein durch die Kronzeugen-Aussage belasteter Angeklagter noch ein Verteidiger, noch das Gericht, das vielleicht aufgrund der Aussage ein Urteil zu fällen hat, haben die Gelegenheit, den Kronzeugen selbst zu befragen, Widersprüche zu klären, die Glaubwürdigkeit zu überprüfen. Insofern ist auch ein Vergleich mit Kronzeugenregelungen in anderen Ländern, etwa in Italien oder Nordirland, völlig irreführend. Abgesehen davon, daß die dortigen Regelungen inzwischen wieder sehr umstritten sind, haben dort Kronzeugen vor Gericht aufzutreten, werden mit den Angeklagten, gegen die sie aussagen, den Verteidigern und den Richtern konfrontiert. Nur so lassen sich Lügen, Widersprüche und Ungereimtheiten in den Aussagen aufdecken.

Aus der vergleichenden Berichten ergibt sich, daß z. B. in Nordirland etwa die Hälfte der Kronzeugen-Prozesse mit Freisprüchen endeten, d. h. die Aussagen widersprüchlich und unglaubwürdig waren (NN, 24. 10. 1986). In Italien wurde durch ein Gerichtsurteil der Staatsanwaltschaft ein absolut zurückhaltender Umgang mit Aussagen von Kronzeugen verordnet: „Kronzeugen dürfen allenfalls zur Konkretisierung des durch anderweitige Beweiserhebung gesammelten Materials verwendet werden, nicht aber als Ausgangspunkt oder gar als Basis für Anklageerhebung und Urteile. (...) Man muß dem Kronzeugen sogar dann mißtrauen, wenn er sich im Zuge seiner Aussagen selbst anschuldigt." (TAZ, 24. 10. 1986)

Hierzulande wird also bereits weit im Vorfeld eines etwa durch die Aussage eingeleiteten Prozesses gegen belastete Angeklagte von der Ermittlungsbehörde entschieden, ob der Kronzeuge laufen gelassen wird; er wird unter Umständen im Ausland verschwinden, seine Aussagen werden im Prozeß nur verlesen werden.

Dabei ist das im italienischen Urteil geforderte Mißtrauen nicht nur wegen der durch Belohnungen gesteigerten Lügebereitschaft mehr als angebracht, sondern auch und gerade angesichts der in letzter Zeit bekannt gewordenen Aktivitäten des Verfassungsschutzes. Da war der V-Mann „Donner", der in München Mollis warf und sich eigentlich als nächstes Aufgabengebiet die BIWAK Regensburg vornehmen sollte. Erst vor kurzem berichtete in der TAZ vom 3.11.86 eine Ravensburgerin, wie sie vom Verfassungsschutz angeheuert wurde und zum Schein eine Zeitlang mitspielte. Sie ließ ihre V-Führerin enttarnen, als diese von ihr verlangte, nun in Wackersdorf nicht nur Informationen zu besorgen, sondern dafür zu sorgen, daß andere und sie selbst Straftaten im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die WAA begehen. Und nicht zuletzt hat es ja schließlich das „Celler Loch" gegeben, bei dem sich Verfassungsschutz und GSG 9 im Bomben-Legen übten. Immer wieder wurde deutlich bei derartigen Veröffentlichungen, daß zum Job von V-Leuten auch das Begehen von Straftaten, das Hineinziehen von anderen Personen gehört. Die Rechtsprechung hat zwar grundsätzlich die Aktivitäten solcher V-Leute anerkannt, aber sie hat die Möglichkeit der Strafmilderung für durch V-Leute belastete Angeklagte dann eingeräumt, wenn die V-Leute selbst Straftaten begehen. Das ist also nicht gern gesehen, das Problem war bislang nur, daß eben ab und zu bekannt wurde, daß die Geheimdienstagenten



keinerlei Skrupel kennen. Dieses Problem dürfte dann aber über die Kronzeugenregelung elegant gelöst werden. Denn durch die Entscheidungskompetenz des Generalbundesanwalts im stillen Kämmerlein dringt unter Umständen nicht mehr an die Öffentlichkeit, daß die aussagewilligen Kronzeugen von Anfang an im Auftrag des Verfassungsschutzes tätig waren, von diesem finanziert und logistisch unterstützt wurden, weil sie ja eigentlich nicht selbst Straftaten begehen dürfen, sich hilfesuchend an den Generalbundesanwalt wenden.

Einige Angaben über die Strukturen

einer terroristischen Vereinigung, über angebliche Mittäter, schon steht der neue Paß, ausreichend Geld und die Fahrkarte ins Ausland zur Verfügung. Denkbar ist dies jedenfalls.

Oder eine andere Möglichkeit: Es stellt sich im Zuge einer Kronzeugen-Aussage heraus, daß ein Anschlag nicht von linken Gruppen gemacht wurde, sondern von einer rechtsradikalen Gruppe. Nun wurde aber durch gezielte Informationspolitik der Anschlag dazu wochenlang genutzt, um z. B. gegen die Anti-WAA-Bewegung zu hetzen, sie zu diskreditieren, die Überwachung zu verschärfen, Durchsuchungen zu machen etc. So wurde der Oktoberfest-Anschlag zunächst den Linken in die Schuhe geschoben. Peinlich, diesen Fehler zuzugeben. Also entschließt sich vielleicht der Generalbundesanwalt, den „Kronzeugen" ins Ausland zu verbringen, die Aussage unter Verschluß zu halten. Niemand erfährt davon. Eine gefährliche Angelegenheit also, diese Regelung, zumal immer wieder angekündigt wurde, daß die Bewegungen massiver von V-Leute infiltriert werden sollen!

Foto: Hermann Schoyerer

Das neue Fahndungskonzept: Aktenzeichen xy – ungelöst und Rasterfahndung

Bundesinnenminister Zimmermann hat angekündigt, den Fahndungsdruck „durch Mitarbeit des Fernsehens und der Zeitungen bei der Veröffentlichung von Aufrufen und Bildern des Bundeskriminalamtes" zu verstärken. Damit wird wohl zu rechnen sein, daß in Zukunft häufiger in der Sendung „Aktenzeichen xy – ungelöst" Polizeifilme zu Fahndungszwecken ausgestrahlt werden. Genau dies ist erstmals am 12. 9. 1986 erprobt worden, als nach fünf „militanten Atomkraftgegnern" gesucht wurde, selbstverständlich in Kombination einer „reizvollen" Belohnung in Höhe von 10 000 Mark für den entscheidenden Tip aus der Bevölkerung. Denn mit der öffentlichen Kopfgeldjagd will Zimmermann das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung wieder auf Linie bringen. „Den Menschen in der Bundesrepublik sei einfach zu lange eingeredet worden, daß Gewalt gegen Sachen eigentlich überhaupt nichts besonders Schlimmes sei. Es müsse der Bevölkerung wieder klargemacht werden, daß das schwerwiegende Verstöße gegen die Rechtsordnung, die Gemeinschaft, den einzelnen und das Eigentum des Nachbarn seien" (FR, 3. 11. 1986).

Vor allem aber will er den Fahndungsdruck gegen das sog. terroristische Umfeld verstärken (was nach den neuen Gesetzen der Großteil der Anti-WAA-Bewegung sein dürfte). „Die Bevölkerung ist nach Ansicht Zimmermanns bereit, Erschwerungen aus persönlicher Art hinzunehmen, wenn sie das Gefühl hat, daß der Staat handelt und mit großem Nachdruck nach den gemeinen Verbrechern sucht" (FR, 3. 11. 1986).

Die „Erschwerungen persönlicher Art" werden Kontrollstellen, Schleppnetzfahndung, Polizeiüberfälle a la Ponholz und Burglengenfeld und Rasterfahndung sein. Von einer solchen Rasterfahndung in Bayern berichtete ein Leserbrief in der TAZ vom 12. 11. 1986:

„Anfang September wurde vom BKA Wiesbaden eine Rasterfahndung in Bayern durchgeführt. Anlaß war der Mord an Beckurts. Im Raster blieben zunächst alle Studenten hängen, die in Rosenheim studieren. Mit Namenslisten gingen sie dann zu den Banken und ließen die jeweiligen Konten auf Bareinzahlungen zwischen Mai und Juli '86 überprüfen. Namen und Bankverbindungen kamen wahrscheinlich vom Studentenwerk.

Vermutet wurde, daß jemand sein Zimmer in den Semesterferien an „Terroristen" zwischenvermietet haben könnte.

Erfahren konnte man dies erst vor zwei Wochen durch den Nachbarschaftsplausch eines Bankdirektors. Dann, auf drängende Nachfrage, auch von der eigenen Bank. Über die rechtliche Situation waren sie sich nicht im klaren, versprachen aber, mir mitzuteilen, ob ich überprüft wurde. Bin mal gespannt, ob es das BKA auch macht."

Und der Datenhunger der Polizei- und Geheimdienstbehörden ist noch völlig ungestillt. So hat der SPD-Innenminister von Nordrhein-Westfalen sich beklagt, daß bisher die Reisedemonstranten-Datei nichts gebracht habe. Dort sind nach der FR vom 8. 8. 1986 826 Personen gespeichert, „die in dem Verdacht stehen, in der Bundesrepublik von Demonstration zu Demonstration zu reisen, um dort Gewalttaten zu verüben". Man habe aber durch diese Datei nicht im erwarteten Ausmaß Erkenntnisse über das Verhalten „solch reisender Gewalttäter" erhalten. Vielmehr jammerte Schnoor: „Im präventiv-polizeilichen Sinn habe diese Datei gar keinen Wert, da man selbst solche Personen, die im Computer gespeichert sind, nicht an einer Teilnahme an einer Demonstration hindern könne, wenn sie dort unbewaffnet erscheinen."

Zimmermann sieht eine Ursache für die Effektlosigkeit der Datei in der schlampigen Meldepraxis der Länder: „Mit den 2 000 bis 3 000 ‚Reisechaoten' habe man bis in die jüngsten Tage hinein Schwierigkeiten gehabt, da manche Länder überhaupt nichts meldeten, anderen sich an dem Meldesystem gar nicht beteiligten und dritte sich zwar beteiligten, aber trotzdem nur sehr geringe Zahlen meldeten." (FR, 3. 11. 1986).

Wo sind die ← Festivalgelder hingeflossen? →

„WAA-Festival: Gute Finanzspritze für kriminalisierte WAA-Gegner/innen", so titelten wir einen Bericht im letzten RADI über das am 26./27. Juli dieses Jahres abgelaufene „5. Anti-WAAhnsinns-Festival". Wir berichteteten über Pressionen und Hetze von Seiten der CSU und der bayerischen Staatsregierung im Vorfeld der Veranstaltung und über die Massenrazzia der Polizei gegen die Festivalbesucher, kritisierten aber auch die „penetranten Aufrufe während des Festivals, nicht zum Bauzaun zu gehen".

Die uns inzwischen zu Ohren gekommene Unzufriedenheit vieler WAA-Gegner/innen mit dem Festivalablauf und insbesondere mit der finanziellen Beteiligung des Widerstands, haben uns jedoch dazu gebracht, hier und da mal genauer nachzufragen.

Zur Information: Der Trägerkreis des Festivals (u. a. diverse BIs aus der Region; örtliche Organisationen von DKP, Grünen, Jusos; Jugendzentrum Burglengenfeld) beschloß am 20.5.1986 folgende „Gewinnverteilung":

30 % Prozeßhilfefond
20 % Widerstand
20 % BIs und Jugendzentrum (Burglengenfeld)
10 % Vorfinanzierung Festival '87
20 % Ökohaus Oberpfalz

Bei der Verteilung des Gewinns (es wurde von 400 000 Mark geredet) gibt es einige Unklarheiten:

Der Prozeßhilfefond hat bis jetzt 60 000 DM erhalten (das sind erst 15 %). Die BIs sollen anteilsmäßig nach dem Arbeitseinsatz ihrer Mitglieder auf dem Festival bezahlt werden.

Vom Topf „Widerstand" (also 80 000 DM) sollten die drei Büros in der Region (BIWAK-Büro Regensburg, Info-Büro Altenschwand, Anti-WAA-Büro Schwandorf) je 20 000 DM als Aufwandsentschädigung bekommen.

Das Schwandorfer Büro verfügte relativ rasch über die 20 000 DM, das BIWAK-Büro bekam erst Anfang November 5 000 DM zugesichert und das Info-Büro ging bis dahin gar leer aus.

Kurz vor Drucklegung erhielten wir dann neue Informationen: Am 10. 11. teilten uns die Info-Büro-Leute mit, sie würden jetzt 10 000 DM kriegen. Am 11. 11. wurde dann informell gemacht, daß die zunächst benachteiligten Büros mit je 20 000 DM rechnen können.

Kein Geld für den aktiven Widerstand?

Im Protokoll des Festival-Trägerkreises vom 6. 7. 1986 heißt es lapidar: „Nach Angaben der WAA-News (gemeint ist vermutlich die Zeitschrift „Wackerland-News", d. Aut.) verzichtet das Altenschwander Anti-WAA-Büro auf eventuelle Gewinnanteile." Daß dem keinesfalls so war, zeigte ein Anruf beim Infobüro Ende Oktober: Sie hätten zwar Probleme mit dem Festival, sie haben sich aber schließlich doch dafür entschieden, den Zuschuß anzunehmen. Die Organisatoren würden es jedoch ablehnen, ihnen die Summe zur Verfügung zu stellen.

Uns ist es unerfindlich, wieso die drei Büros der regionalen Anti-WAA-Bewegung so unterschiedlich behandelt worden sind! Leider konnten wir dazu in der Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit trotz schriftlicher Anfrage keine Stellungnahme des Trägerkreises bzw. eines Vorstands des verantwortlichen „Vereins zur Beratung und Förderung kultureller Jugendarbeit e. V." erhalten.

Die BIWAK Regensburg hat sich nach anfänglicher Mitarbeit aus dem Trägerkreis ausgeklinkt, u. a. deswegen, weil sie das Festival nicht als Konkurrenz zum sonstigen Widerstand sehen wollte und weil sie dagegen war, daß es auch am Sonntag (Sonntagsspaziergang!) stattfindet. Dies wurde abgelehnt.

Nun ist beiden zunächst finanziell benachteiligten Büros gemeinsam, daß sie von Anfang an den aktiven Widerstand gegen den WAA-Bau, der nicht bei folgenlosen Demos stehengeblieben ist, mitgetragen haben (v. a. die Platzsetzungen!) und daß sie auf die Spaltungsversuche seitens des Staates („Gewaltdebatte") nicht reingefallen sind.

Ist das Streichen der Gelder die „Belohnung" dafür, daß beide Einrichtungen die Politik „weg vom Zaun", die auf dem Festival propagiert wurde, nicht mitgemacht haben?

Dazu paßt die Behandlung des Ermittlungsausschusses (der EA betreut kriminalisierte WAA-Gegner): „Um hinter der Bühne einen Telefonanschluß für den EA zu bekommen, benötigten die Leute vom Ermittlungsausschuß eine Woche harte Überredungsarbeit. Als sie dann am Samstag hinter der Bühne auftauchten, mußten sie nochmals fünf Stunden für ihr Telefon kämpfen. Am Ende plazierte man sie dann direkt neben das Zelt der Bullen und vor die „Künstler"-Garderoben." (Wackerland-News, Nr. 4)

Was passierte auf der Bühne?

Redner (z. B. Wallraff, Musiker und Festival-Sprecher (Rainer Herl) riefen permanent dazu auf, am Sonntag nicht zum Bauzaun zu gehen, d. h. aber gleichzeitig, am Sonntagsspaziergang nicht teilzunehmen, einer zentralen Institution der regionalen Anti-WAA-Bewegung, wo man sich trifft (bzw. traf ...) und Aktionen gegen die WAA durchführt.

Bedenklich auch, daß Günter Wallraff in seiner Rede z. T. wörtlich Argumente gebracht hat, die vorher in einer Diskussion zwischen einem Polizeioffizier und einem Anwalt hinter der Bühne gewechselt wurden (eine Zeugin bestätigte uns das).

Zusammenarbeit mit der Polizei?

Bedenklich weiterhin, daß jemand, der sich während des Festivals den Polizeifunk zu Gemüte führte, mithörte, daß sich die Polizei unter Mithilfe des Bayerischen Rundfunks überlegte, wie denn Aufrufe, nicht zum Zaun zu gehen, am besten zu formulieren wären.

Ist es möglich, daß die Polizeiführung an die Veranstalter in diesem Sinne herangetreten ist, daß ihr Begehr Gehör gefunden hat? Man möchte es fast meinen...

Fragen haben wir aber auch zum bekanntgewordenen Reingewinn. Vorsichtige Schätzungen unsererseits kommen auf einen Umsatz in der Größenordnung von 2 Millionen DM (nach unserer Schätzung sind 60 000 bis 70 000 Karten im Vorverkauf verscherbelt worden, dazu kommen noch Standgebühren etc. sowie am Wochenende selbst kassierte Eintrittsgebühren).

Sollte unsere Schätzung einigermaßen zutreffen, so fragen wir, wieso der gesamte Reinerlös des Festivals, der ja dem „Widerstand gegen die WAA" zugute kommen soll, nur 400 000 DM beträgt.

Wir fordern also die Offenlegung des Finanzplanes und die Auszahlung der versprochenen Gelder!

Folkfestival — Keine Kohle für Prozeßhilfefond!

Um unsere Festival-Nachlese abzurunden, müssen wir auch auf das Folk-Festival gegen die WAA eingehen, das am 3./4. Mai in der Nähe des Bauplatzes stattfand. Veranstalter waren die „Folk- und Volksmusikwerkstatt Regensburg & Ostbayern e. V.", der „Arbeitskreis Kultur Regensburger Bürger e. V." und der Bund Naturschutz.

Im Programmheft hieß es auf Seite 2: „Etwaige Überschüsse des Festivals kommen dem Kampf der BIs gegen die WAA zugute, etwa dem Prozeßkostenhilfefonds." Wir wissen, daß es Überschüsse — mindestens 10 000 DM — nur ist davon bis jetzt noch kein Pfennig auf dem Konto des Prozeßhilfefonds gelandet. Nachfragen ergaben, daß das Geld von Klaus Caspers, SPD-Stadtrat (Regensburg) und Mitglied des „Arbeitskreises Kultur Regensburger Bürger" verwaltet wird. Auch in diesem Fall haben wir schriftlich angefragt, fordern die Offenlegung des Finanzplanes sowie die Auszahlung des Gewinns.

Kultur statt Widerstand?

Läßt man sich die Fakten durch den Kopf gehen, so drängt sich einem der Eindruck auf, die Organisatoren von diesen großen „politischen" Musikfestivals würden ihre Veranstaltungen geradezu als Alternative zum aktiven Widerstand gegen das Atomprojekt sehen. Die überdeutliche Ausgrenzung der „radikaleren" Teile des Widerstandes zumindest auf dem Anti-WAAhnsinns-Festival ist ein Beleg dafür.

Was wir aber zumindest erwarten und fordern, ist, daß die „Finanzspritze", die beide Festivals in Aussicht gestellt und mit der sie letztendlich auch geworben haben („unkommerziell" usw.), dort ankommt, wo sie dringend gebraucht wird!

Foto: Herbert Baumgärtner

Aufgaben der Anti-WAA-Bürgerinitiativen

Längere Auseinandersetzungen in der Regensburger BIWAK haben mit der nahezu einhelligen Verabschiedung des folgenden Standortpapiers ihr vorläufiges Ende gefunden. In einem konträren Paper war unter dem Motto ‚Zurück zu den Ursprüngen' gefordert worden, sich auf prinzipielle Gewaltfreiheit festzulegen und sich gleichzeitig von den andersdenkenden WAA-Gegnern zu distanzieren, sowie Aufklärungsarbeit über die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zwecke von WAA und Atomprogramm zu verzichten, um der Breite der Anti-WAA-Bewegung willen. Die BIWAK stellt nun bis auf weiteres das folgende Papier zur Diskussion:

BIWAK-Standortbestimmung

I. Inhaltliche Grundlagen

1. Die Auswirkungen der WAA auf den Menschen äußern sich in einer biologischen Schädigung. Hierin unterscheidet sich die WAA nicht von sehr vielen anderen Auswirkungen des Industriesystems, z. B. der Atomindustrie generell, der chemischen Industrie, der industrialisierten Landwirtschaft ... Für den kranken Menschen aber macht es keinen Unterschied, von den Strahlen einer WAA oder von den Giften der chemischen Industrie geschädigt zu sein – mehr noch, er wird den Verursacher in vielen Fällen überhaupt nicht feststellen können. Deshalb ist es Unsinn, den Kampf gegen die WAA isoliert zu führen und andere schädliche Ausflüsse der Industriegesellschaft zu vernachlässigen. Aus diesem Grund versteht sich die BIWAK als Teil einer allgemeinen Ökologiebewegung.

2. Der militärische Aspekt der WAA ist nicht zu übersehen, sie ermöglicht es, waffentaugliches Plutonium zu produzieren. Von daher ist der Kampf gegen die WAA gleichzeitig auch ein antimilitaristischer Kampf.

3. Sowohl der Uranabbau als auch der Export von Atomanlagen hat in den betroffenen Ländern verheerende ökologische und soziale Auswirkungen und fordert die Abhängigkeit dieser Länder von den Industriestaaten. Dies ist nur ein Teil des herrschenden Weltwirtschaftssystems, das in den Industriestaaten Reichtum produziert und in den sog. Entwicklungsländern Elend. Deshalb steht die BIWAK im Zusammenhang mit der 3.-Welt-Solidaritätsbewegung.

4. Eines der Hauptargumente der Befürworter der WAA ist das Argument, es würden Arbeitsplätze geschaffen. Die bestehende Massenarbeitslosigkeit, die ein Produkt des bestehenden Wirtschaftssystems ist, wird dazu benutzt, den Menschen lebensgefährliche Anlagen wie die WAA aufzuzwingen. Die BIWAK muß sich deshalb mit den bestehenden sozialen Problemen und Kämpfen auseinandersetzen und sich dazu solidarisch verhalten, z. B. mit dem Kampf der Maxhütte-Arbeiter gegen die bevorstehenden Massenentlassungen.

5. Die Bürgerinitiativen sind historisch entstanden aus dem Bewußtsein, daß die Einflußmöglichkeiten auf die Politik, die in der parlamentarischen Demokratie über Wahlen gegeben sind, nicht ausreichen, um unsere Interessen wirksam durchzusetzen. Daraus entstand die Forderung nach einer anderen Art von Demokratie, d. h. der Ersetzung nationalsozialistisch-parlamentarischer Politik durch die Kombination von Prinzipien föderalistischer Selbstverwaltung, Volksabstimmungen, Minderheitsvoten und anderen Entscheidungsprozeduren direkter Demokratie. Die BIWAK ist deshalb Bestandteil einer außerparlamentarischen Opposition. Das Prinzip der direkten Demokratie bildet die Grundlage für ihre Organisationsstruktur, d. h. insbesondere imperatives Mandat und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionsträger.

Angesichts der dargestellten Zusammenhänge ergibt sich, daß ein Kampf gegen die WAA nicht isoliert geführt werden kann, sondern Aussicht auf Erfolg nur hat im Bündnis mit anderen sozialen Bewegungen, mit dem Ziel, eine gesamtgesellschaftliche Veränderung zu erkämpfen.

II. Die Arbeit der BIWAK

1. Die Information und öffentliche Diskussion über die WAA und den gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem diese steht.
2. Die Organisation und Durchführung von Aktionen gegen die WAA.
3. Die Mitarbeit und Förderung einer Organisationsstruktur der Initiativen gegen Atomanlagen und insbesondere gegen die WAA.

Provisorischer Vorschlag des Wackersdorf-Aktionsforums (WAF)

für Aktionen Aktionen Aktionen Aktionen **Aktionen** zur Bundestagswahl 17./18.1.87

Dieser Vorschlag soll vorab in den einzelnen Gruppen diskutiert werden sowie auf der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Regensburg am 28. bis 30. 11. 1986.

Der Termin der Bundestagswahl kann der außerparlamentarischen Bewegung nicht gleichgültig sein, da Bundestagswahlen zu einer relativ hohen politischen Sensibilisierung in der Bevölkerung beitragen, bei der eine effektivere Öffentlichkeitsarbeit möglich ist.

Mit dem Stimmzettel allein kriegen wir die AKWs und WAA nicht weg. AKWs und WAA kann man nicht abwählen! Nur durch außerparlamentarischen Druck, durch eigene zentrale sowie durch permanente dezentrale Aktionen können wir Druck auf Parteien und Parlament ausüben, sowie ein Umdenken in der Bevölkerung initiieren. Der außerparlamentarische Widerstand muß die politische Durchführbarkeit staatlicher Wahnsinnsprojekte zum Ziel haben. So wie wir es bereits in Gorleben oder Whyl geschafft haben, nämlich das Eingeständnis solcher Politiker wie Albrecht: „... politisch derzeit nicht durchsetzbar".

Ähnlich wie am 8. 11. 1986 in Hanau, sollte die Aktionseinheit und -vielfalt der alten und neuen Anti-AKW-, der Friedens- und 3.-Welt-Bewegung angestrebt werden, sowie der autonomen und antifaschistischen Gruppen.

Der Umdenkprozeß, wie ihn Robert Jungk formuliert hat, sollte für die außerparlamentarische Bewegung richtungsweisend sein: „Ob friedlich oder militant, Hauptsache Widerstand".

Weder staatliche Kriminalisierungs- noch Spaltungsversuche dürfen bei uns greifen. Von niemandem lassen wir uns weder Ort, Termin noch Aktionsform vorschreiben – wie u. a. bei der Demo am 4. 10. in München versucht wurde.

Unser Aktionsvorschlag:

1. Bundesweit zwei oder drei Großdemos, an zentralen Schaltstellen der Atommafia, z. B. Hannover (DWK), Hanau/Frankfurt (Nukem, Alkem, Banken), München (Rüstungsindustrie, Siemens, CSU-Hauptquartier).

In der Faschingszeit würde gerade „Vermummung" a la Mummenschanz gut passen.

Demos als Aktionsform deswegen, damit gerade in der Wahlkampfzeit möglichst viele Gruppen ihren Protest kundtun und wir die Breite und Entschlossenheit des außerparlamentarischen Widerstands demonstrieren. Die Befürchtungen vieler Gruppen, die vor der Landtagswahl in Bayern herrschten – vor den negativen Folgen einer Demo, haben sich danach als unbegründet erwiesen. Der Umdenkprozeß, der hoffentlich innerhalb aller Teile der Bewegung eingesetzt hat, sollte zu einer umfassenden Solidarisierung führen, die in gemeinsamen Großaktionen zum Ausdruck kommen sollte. Die Gleichzeitigkeit dreier Demos würde die Massierung der staatlichen Gewalt, ebenso wie ein eventuelles Verbot wesentlich mehr erschweren, als dies bei einer einzelnen Demo, wie am 4. 10. in München, der Fall wäre.

2. Zusätzlich zu den Demos können Blockaden an allen Orten des Widerstands stattfinden, was der Eigeninitiative der einzelnen Gruppen überlassen bliebe. Entweder gleichzeitig zur Demo (oder aus der Demo heraus), und/oder einen Tag vorher, Freitag, den 17. 1., gleichzeitig auch als Mobilisierung für die Demos. Je nach Einschätzung der örtlichen Kräfte und dem Selbstverständnis der beteiligten Gruppen könnten die Blockaden symbolischen, behindernden oder gar massiven Verhinderungscharakter annehmen. Durch die Verbindung von Blockaden und Demos könnte den Versuchen, die verschiedenen Aktionsformen gegeneinander auszuspielen, von vorneherein entgegengewirkt werden.

Setzen wir den immer stärker werdenden Repressionen des Staates, wie „Sicherheitsgesetze", die Vielfältigkeit und Geschlossenheit der Bewegung entgegen!

Kontakt: Koordinationsbüro Tschernobyl, Kistlerstr. 1, 8000 München 90, Tel. (089) 6972521.

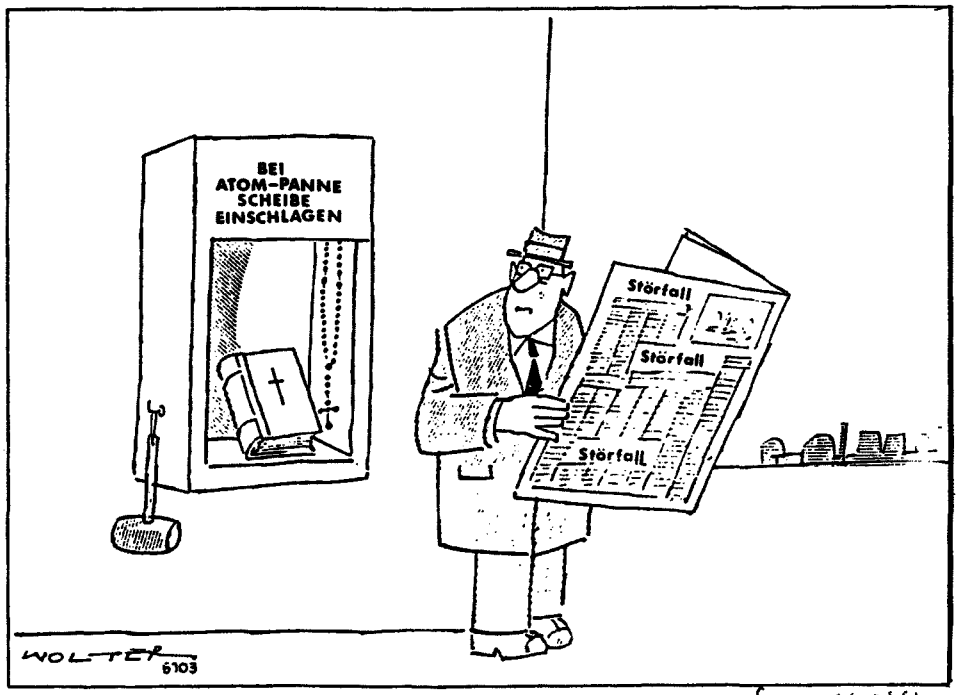
Foto: Herbert Baumgärtner

Notstandsgesetz für den nächsten GAU

Wer anfangs geglaubt hatte, Wallmanns Aufstieg zum Atomminister sei rein plakativ, um der Öffentlichkeit in der Situation nach Tschernobyl regierungsamtliche Handlungsoptionen vorzugaukeln, liegt falsch. Mit dem Vorliegen des „Strahlenschutzvorsorgegesetzes", das noch vor den Wahlen verabschiedet werden soll, entpuppt sich der sog. Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als ‚Streetfighter' der Atomlobby. In einem Hau-Ruck-Verfahren, das seinesgleichen sucht, macht sich Wallmann zum Herr über Grenz- und Meßwerte. Damit gelangt eine der wenigen Möglichkeiten der Kontrolle über die Atomindustrie in seine atomfreundlichen Hände.

1. Wallmann ermächtigt sich, als alleinige Behörde öffentlich Strahlenmeßwerte bekanntzugeben und Grenzwerte für strahlenverseuchte Lebens- und Futtermittel festzulegen.
Im Falle eines SUPER-GAUs in der BRD gelten seine Radioaktivitäts-Grenzwerte, unter Ausschaltung demokratischer Kontrolle, ein ganzes halbes Jahres lang. Erst nach dieser Zeit muß Wallmann sie vor dem Bundesrat begründen und von diesem absegnen lassen.
2. Sämtliche Institute, die über Meßgeräte für Radioaktivität verfügen, alle Meßstationen der einzelnen Bundesländer, dürfen ihre Meßwerte nicht mehr unabhängig veröffentlichen.
3. Wallmann selbst bestimmt in Zukunft die Berechnungsgrundlagen für die Auswirkungen der Radioaktivität auf den Menschen. Nicht mehr die bisher geltende statistische Wahrscheinlichkeit einer Strahlen-Erkrankung, sondern die Todeswahrscheinlichkeit durch Strahlen soll Grundlage dieser Berechnung werden. Die Folge: Im Einzelfall kann die derzeit höchstzulässige Strahlenbelastung von 30 mrem/Jahr 10 bis 550mal so hoch angesetzt werden wie derzeit (Geulen).

4. „Zur Verhütung von dringenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" dürfen Polizei und Co. nun auch im Falle einer radioaktiven Verseuchung Wohnungen, Grundstücke, Betriebs- und Geschäftsräume durchsuchen: Nach den jüngsten Erfahrungen in diesem Rechts-Staat erscheint diese Bestimmung maßgeschneidert zur weiteren Einschüchterung und Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung.



„Der Wallmann nimmt seine Aufgabe aber doch recht ernst!"

Insgesamt kann man/frau nicht umhin, der Regierung zu bescheinigen, daß sie sich mit einem nächsten Unfall in einer kerntechnischen Anlage beschäftigt hat. Und das, obwohl die sauberen Herrschaften doch immer behaupten, daß die deutschen AKWs absolut sicher sind; Sie haben ja recht: totsicher.

Gemäß des „Strahlenschutzvorsorgegesetzes" hat sich die Regierung alle Mittel und Möglichkeiten in die Hand gegeben, ihr Konzept der Verheimlichung und Verharmlosung eines solchen Unfalls, unter Aufgabe demokratischer Prinzipien, unangefochten in die Realität umzusetzen. Diese Strategie der Volksverdummung, schon in der Zeit während der Tschernobyl-Krise praktiziert, brach damals nur durch die unabhängige Öffentlichkeit von Belastungswerten und Grenzwertempfehlungen verschiedenster Expertengruppen zusammen. Denn diese zwangen die Bundesregierung, die regierungsamtlichen Beschwichtigungs-Grenzwerte laufend zu korrigieren und dem eigentlichen Strahlenmaß, wenigstens annäherungsweise, anzupassen. Nur durch diese Form der Veröffentlichungs-Freiheit gelang es, die Lügengeschichten von Kohl, Zimmermann und Co. über die Strahlenbelastung in der BRD nach Tschernobyl als solche zu entlarven. Durch das regierungsamtliche Dekret ist damit nun Schluß! Wallmann hat sich durch dieses Gesetz erneut demaskiert: Er ist und bleibt nur Handlanger der Atomlobby.

Sieben Zwerge sind zu wenig:

Eine etwas daneben gegangene Märchenaufführung

Ort und Zeit der Handlung: 17. 10. 1986, Hauptblockadetag im Wackerland. Findet aber in Nürnberg statt.

Dramatis personae: Dornröschen, Schneewittchen, Rotkäppchen, etwa sieben Zwerge sowie des Teufels Großmutter, alle mit dick verbundenem Zeigefinger sowie ziemlich langen Gesichtern. Außerdem – der HERR DES HAUSES, ein Beschäftigter der KWU Nürnberg (Abteilung Montage, Vertrieb, Inbetriebnahme u. a.). Der ist aber noch nicht da. Auf der Bühne sitzen die anderen und blasen auf ihre wunden Zeigefinger. Es geht los: Vorhang auf!

Rotkäppchen: Großmutter, warum hast du denn so einen dickverbundenen Finger?

Des Teufels Großmutter: Hör bloß auf! Ich hab' in meinem ganzen Leben noch nicht so viel telefoniert, und geklappt hat's doch nicht.

Dornröschen: Noch ist ja nicht aller Tage Abend.

Schneewittchen (giftig): Nee. Nich, wenn man für alles hundert Jahre Zeit hat wie du.

Dornröschen: Das sag ich meinem Prinzen!

Großmutter: Hört bloß auf, alle miteinander. Überlegt lieber, was wir falsch gemacht haben.

Die Zwerge (gehorsam und nacheinander).

1. Zwerg: Wir waren zu wenige ...

2. Zwerg: ... und es war ein Fehler, daß wir nichts gesagt haben am Telefon ...

3. Zwerg: ... weil man sich so blöd vorkommt dabei...

4. Zwerg: ... wie ein Schulkind, das am Telefon die Leute nervt ...

5. Zwerg: und dann waren später auch bloß noch die Sekretärinnen dran ...

Des Teufels Großmutter: Schschschtt! Er kommt!

Eintritt der HERR DES HAUSES. Er strahlt, damit die Zuschauer gleich sehen, daß das der KWUler ist.

KWUler (guckt nicht rechts und nicht links, schmeißt sich aufs Sofa und vergräbt sich hinter der Zeitung) (brummt undeutlich) Ahmd.

Großmutter (zuckersüß): Guten Abend, mein Lieber. Hattest du einen angenehmen Arbeitstag?

KWUler: Klappe!!!

Rotkäppchen: Soll ich dir Kuchen und eine Flasche Wein bringen?

KWUler: Ruhe!

Großmutter: Mein Lieber, nun erzähle uns aber doch einmal, wer dich heute so verärgert hat. Das wird dich sicher erheitern.

KWUler: Ha! Erheitern! Mir ist schon heiter genug, und wenn das so weiter geht: Das kann wirklich heiter werden!

Die Zwerge (im Chor): uuuuuihhh!

KWUler: Nix als Anrufe den ganzen Tag!

Großmutter und die drei jungen Damen: An-rufe??? (Alle vier blinkern damenhaft-interessiert mit den Augendeckeln.) Was für Anrufe denn?

KWUler: Kernkraftgegner. Solche Arschlöcher. Rufen pausenlos bei uns an. Dauernd. Überall, im ganzen Haus. Punkt zehn ging das Affentheater los. Auf allen Apparaten. WAA nein, Tschernobyl nein, keine WAA in Bayern und lauter so'n Quatsch. Nicht mal mehr in Ruhe seine Arbeit tun kann man. Und dann: Den ganzen Tag ging das so. Wenn man nicht mal mehr am Arbeitsplatz seine Ruhe vor diesem Volk da hat!!!

Zwerge: Sehr bedenklich, sehr bedenklich, sehr bedenklich.

Schneewittchen (sehr mitfühlend): Was haben die denn gesagt?

KWUler: Nix! Was ich gesagt habe. Die haben bloß ganz kurz gesagt, daß sie anrufen und warum. Und dann klingelt den ganzen Tag pausenlos das Telefon und am anderen Ende schweigt's. Die hatten wahrscheinlich Angst, daß wir ihre Stimmen auf Band aufnehmen.

Schneewittchen: Siehst du – zu dieser Art von Technik haben die also doch noch Vertrauen.

KWUler: Ja. Und mit Fangschaltung war auch nix, die haben alle von Telefonzellen aus angerufen.

Die sieben Zwerge: uuuiiihhh!

KWUler: Na ja. Also, daß die sich nicht blöd vorkommen. Ziehen von Telefonzelle zu Telefonzelle und rufen an, um nichts zu sagen.

Dornröschen (zu sich selber): Na, wenn du wüßtest, wie blöd wir uns vorgekommen sind!)

Großmutter: Was wollten die denn?

KWUler: Was weiß ich. Unsere Telefone blockieren wahrscheinlich. Aber dafür waren's nicht genug Leute. Hä. Hä. Hä.

Die sieben Zwerge: Telefone blockieren! Uuuiiihhh!

Großmutter: Geht das denn?

Rotkäppchen (praktisch): Wie macht man das denn?

KWUler: Ruhe!!!

1. Zwerg: Wer hat in meinem internen Telefonbüchlein gelesen?

2. Zwerg: Und wer hat mein Büchlein mitgenommen?

3. Zwerg: Und wer hat mein Nümmerchen ausgesucht?

4. Zwerg: Und wer hat mein Apparätchen klingeln lassen?

KWUler: Ruhe!!!

Schneewittchen (schon wieder giftig, äfft die Zwerge nach): Und wer ist zuwenig Leute gewesen?

Telefon (klingelt): Rrrr ... Rrrr .... Rrrr ...

KWUler (erblaßt leicht, beißt aber die Zähne zusammen): Geh mal ran, Schneewittchen!

Schneewittchen geht zum Telefon: Ja! Ja! Duu-uuu?! Da hat einer 'ne Schraube gefunden! Ob das die aus Grundremmingen sein könnte, fragt er!

Die etwa sieben Zwerge: Uuuuiiihhh!

★★★ Hanau - Demo

"OB GEWALTFREI ODER MILITANT,

„Am 8. November randaliert eine Horde von Gewalttätern durch die Stadt und am Ende bleiben vielleicht Verletzte oder sogar tote Polizisten auf der Strecke."

Für den Landrat Hans Rüger (CDU) und die Lokalpresse war schon lange vor der Demonstration klar, was in Hanau passiert, und gemeinsam hetzte man die Gemüter auf.

Geschäftsleute und Bürger von Hanau, eine Stadt, die wie keine andere Stadt der von der Atomindustrie gekauft und nach Belieben erpressbar ist, reagierte entsprechend. Vernagelte Fensterscheiben, ganze Straßenzüge mit heruntergelassenen Rolläden, geschlossene Konsumtempel, schulfrei und ein neuer 4-Millikonen-Mark teurer Zaun um die Nuklearbetriebe, geben nur unzureichend die Stimmung wieder, mit der die Demonstranten empfangen wurden. Dazu mit 3 500 Polizisten das größte Polizeiaufgebot in Hessen seit Jahren und präventive Fahrzeug- und Personenkontrollen bei allen anreisenden Demonstranten. Die Demonstration war nichtsdestotrotz ein Erfolg, mit dem selbst Optimisten, auch nach Tschernobyl, nicht gerechnet hatten.

Die in ihrer Größe, Geschlossenheit und Radikalität an einem seit Jahrzehnten etablierten Standort der Atom- und Plutoniumindustrie einmalige Demonstration, kann zu einem Meilenstein auf dem Weg werden, die Hanauer Nuklearbetriebe zu schließen.

Daß 25 000 bis 30 000 Menschen vor den Werkstoren von Alkem, Nukem und RBU die sofortige Stillegung aller Atomanlagen forderten, daß endlich auch Dritte-Welt-Gruppen und Teile der Friedensbewegung die Bedeutung der Hanauer Nuklearbetriebe für die Atomrüstung, den Atomexport und die Ausbeutung der Dritten Welt erkannt haben, daß es gelungen ist, die Hülle des Schweigens und Vertuschens von den Geschäften der Nuklearbetriebe zu reißen, um die Atombombenpläne, die Nukleargeschäfte mit den Entwicklungsländern, die Verstöße gegen den Atomwaffensperrvertrag und die zentrale Bedeutung für das Atomprogramm der BRD öffentlich zu diskutieren, muß alles als Erfolg der Demo und deren Vorbereitung gesehen werden. Nicht von ungefähr treten die Nuklearbetriebe inzwischen die Flucht nach vorn an und stellen öffentlich ihre direkte Abhängigkeit vom Atomprogramm der BRD dar. Dabei wirken jedoch die ständigen Versicherungen, das Hanauer Plutonium sei zum Bombenbauen nicht geeignet, weil es unrein sei, von Mal zu Mal lächerlicher.

Auch das politische Bündnis, das diese Demonstration getragen und durchgeführt hat, kann als Erfolg bezeichnet werden. Nach den Ereignissen um den 7. 6. in Brokdorf und Wackersdorf, und trotz massiver Versuche des Staates, die Anti-AKW-Bewegung zu spalten und zu kriminalisieren, hat sie sich geschlossen und entschlossen dargestellt. Auch den Ausgrenzungs- und Vereinnahmungsversuchen von Schily, Kelly, Daniels und Co. wurde durch die Demo eine klare

Foto: Joachim Täschl

am 8. 11. 86 ★★★

HAUPTSACHE WIDERSTAND!"

(Robert Jungk)

Absage erteilt. Die Autonomen haben es scheinbar viel besser kapiert, daß eine erfolgreiche linke Strategie nicht auf Anpassung und Beharren auf der reinen Linie bauen kann, sondern in kritischer Auseinandersetzung zu suchen ist.

So wenig man/frau eine Konfrontation mit der Polizei wollte, so klar war auch, daß die Demonstration geschlossen durchgeführt wird, alle Provokationsversuche der Polizei daher scheitern würden und niemand dem Zugriff der Polizei ausgesetzt würde. Auch die Schonung der SPD und hessischen Grünen war kein Thema. Sicherlich hatten viele Leute ihre Schwierigkeiten, als auf der Bühne während der Kundgebung das symbolische Sprengen eines Strommastes demonstriert wurde, aber dies gehört genauso zum Anti-AKW-Widerstand; denn genau das machte das Positive dieser Demo aus: Jeder hörte jedem Redner zu, um so die verschiedenen Positionen zu erfahren (wie z. B. die der Mütter gegen Atomkraft, des Anti-WAA-Widerstands, der Dritte-Welt-Inis und der Autonomen).

Daß die radikalen Töne etwas überwogen, schadete dem Charakter der Demo nicht, sondern hat den meisten bestimmt Mut für die nächsten Aktionen gemacht.

Ärgerlich war es aber, daß einige trotz des großen Erfolges und der guten Stimmung es nicht lassen konnten, bei der Kundgebung und auf dem Rückweg in die Stadt Fensterscheiben einzuwerfen. Gerade die radikaleren Gruppen hatten großen Anteil an der lebendigen Gestaltung der Demo. Solche Aktionen, die im Gegensatz zum gemeinsam aufgestellten Aktionsrahmen standen, waren absolut überflüssig. Wäre die Polizei auf Konfrontation aus gewesen, hätte sie diese Aktionen zum Anlaß nehmen können, die ganze Demo aufzumischen. Vielleicht sollten sich die Gemeinten echt mal überlegen, daß solche Aktionen nicht nur die ganze Demonstration gefährden können, sondern auch die Arbeit der Hanauer BI über längere Zeit erschweren können (und die Hanauer BI leistet wirklich gute Arbeit).

Die Polizei, die sich tatsächlich während der ganzen Demo zurückgehalten hat und nicht auf Konfrontation aus war, hat natürlich die kaputten Fensterscheiben zum Anlaß genommen, um am Abend noch irgendwelche Leute festzunehmen und eine Szenekneipe zu umstellen.

Es bleibt zu hoffen, daß diese Einheit der Anti-AKW-Bewegung auch bestehen bleibt und zu weiteren erfolgreichen Aktionen gegen die Hanauer Nuklearbetreiber, gegen die WAA in Wackersdorf und gegen alle anderen Atomanlagen in der BRD zu tragen kommt. Hanau hat auch gezeigt, daß wir dann erfolgreich sind, wenn wir Widerstandsform und Aktionsobjekt gemeinsam gut vorbereiten und dem Staat weniger Angriffsfläche bieten. Vielleicht geht die Demonstration aber auch aus einem anderen Grund in die Annalen des Widerstands ein: Wenn die Wenderegierung ihre neuen „Anti-Terror-Gesetze" durchbringt, wäre die Demonstration in Hanau möglicherweise die letzte dieser Art in der BRD.

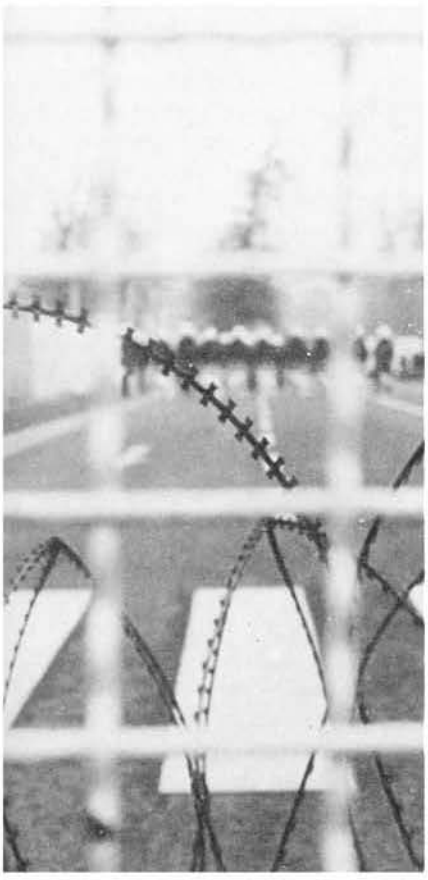


Foto: Joachim Täch1

Rede von Robert Jungk:

Wir geben die Rede wörtlich wieder, da dem Text angesichts des gegen Robert Jungk eingeleiteten Ermittlungsverfahrens möglicherweise einiger Beweiswert zukommt.

"Liebe Freunde!

Diese große Demonstration ist möglicherweise die letzte Demonstration, die in der Bundesrepublik stattfinden kann, wenn die neuen Gesetze, die von Herrn Zimmermann vorbereitet werden, im Bundestag durchgesetzt werden.

Unterbrechung (Dieter Schöffman tritt ans Mikrophon)

Wir haben bisher alle, alle haben bisher auf der Bühne reden können! Mit allen Positionen, ohne daß dazwischen gepfiffen oder Sprechchöre dazwischen gerufen wurden. Auch Robert Jungk wird jetzt ungestört reden können. Dies ist ein Konsens im ganzen Bündnis! (Beifall)

Gewaltlos oder militant: Hauptsache Widerstand!

Und zwar: Der Widerstand muß, wie der antifaschistische Generalstaatsanwalt von Hessen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, Fritz Baur, gesagt hat: Der Widerstand muß stets in seiner Stärke, der Stärke der Unterdrückung entsprechen. Wenn sie uns weiter und noch mehr unterdrücken, dann wird auch der Widerstand stärker werden. Und ich befürchte, daß diese Unterdrückung sich verstärkt. Das, was zur Zeit vorbereitet wird und im Falle eines Sieges der Koalition bei dieser Wahl Wirklichkeit werden wird, ist ein Gesetz, daß Demonstrationen wie diese unmöglich macht; daß Teile unserer Bewegung kriminalisiert und in die Gefängnisse wirft und vielleicht in neue Konzentrationslager wirft. Dagegen müssen wir Stellung nehmen. Wir stehen hier nicht nur gegen die Atomenergie, sondern wir kämpfen für die bedrohte Freiheit, die

heute von der Koalition, von Herrn Strauß, von der CDU, von der FDP, vom Großkapital, von der Industrie wieder einmal wie Dreiunddreißig bedroht wird. Dagegen nehmen wir Stellung. Wir wollen das Recht auf Widerstand, wo wir noch Widerstand haben.

Hier, an diesem Todesbetrieb, war ein großes Transparent, mit dem die 3500 Arbeitnehmer zu ihren Arbeitsplätzen stehen. Das sind Todesplätze! Das sind Todesplätze genauso wie die Arbeitsplätze, die in den Dreißigerjahren von Hitler geschaffen wurden: Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie, Arbeitsplätze an den Autobahnen und die Menschen, die daran gearbeitet haben, haben sich gleichzeitig ihr eigenes Grab geschaffen und außerdem das Grab ihrer Familien. Gegen die Todesplätze! Tschernobyl hat uns gezeigt, wie wir belogen worden sind. Wir lassen uns diese Lüge nicht mehr gefallen. Wir lassen uns nicht einreden, daß diese neue Industrie ungefährlich ist. Sie ist wahnsinnig gefährlich. Sie wird immer gefährlicher, denn die Anlagen werden immer älter. Sie sind viel zu früh in die Wirklichkeit gestellt worden. Es handelt sich um eine unausgereifte gefährliche Technologie, die nie ungefährlich werden wird. Deren Materialien unsicher sind. Deren Bedienung unsicher ist und die nie sicher werden kann. Mit dieser Unsicherheit können und wollen wir nicht länger leben. Denn; wie ist es denn heute? Es wird uns doch die Lebensfreude genommen! Es wird uns doch die Hoffnung auf die Zukunft genommen! Was gibt es eigentlich an wirtschaftlichen Argumenten und an industriellen Argumenten, daß wir nicht mehr mit Zuversicht und Freude in die Zukunft schauen können? Daß wir immerzu erwarten müssen, daß wir oder Teile der Welt zu Grunde gehen?

Wir müssen endlich diese dunkle Wolke wegschieben, wir müssen diese Betriebe schließen! Wir müssen die Menschen, die sie leiten, nach Hause schicken! Wir müssen schauen, daß sie endlich eine nützliche Arbeit betreiben und nicht eine Profitmacherei. Die größte Gefahr, die heute von solchen Betrieben, die es ja nicht nur hier gibt, sondern überall in der Welt von Wiederaufarbeitungsanlagen und Plutoniumanlagen ausgeht. Die größte Gefahr ist die Vermehrung des Giftstoffes Plutonium über die ganze Erde. Je mehr Plutonium da ist – und die Spezialisten sprechen davon, daß wir mit einer Verzehnfachung der Plutoniummenge bis zum Jahr 2000 rechnen müssen –. Ihr lest jetzt in den Zeitungen von dem, was in Basel passiert ist. Diese neue Industrien, die bedrohen die Welt mit Vergiftung und Vernichtung.

Wir wollen leben. Wir wollen überleben! Wir wollen eine freudige Zukunft haben und nicht eine Angstzukunft! Wir wollen die Erde bewahren. Darum sind wir hier – alle! Ob wir nun Gewaltfreie oder Militante sind. Und da sind wir uns einig: Wir lassen uns nicht voneinander trennen mehr! Und diejenigen, die meinen, sie müßten die Instrumente der Gewalt zerbrechen, die sind genauso wie diejenigen, die sagen, daß sie die Waffen zerbrechen müssen.

Macht kaputt, was Euch kaputt macht!"

Rede von Wolf Geißler, Anti-Apartheidbewegung

"In Verträgen der WEU von Brüssel und Paris verpflichtete sich die Bundesrepublik „auf eigenem Territorium keine strategischen Waffen zu entwicklen, zu produzieren, zu lagern..."

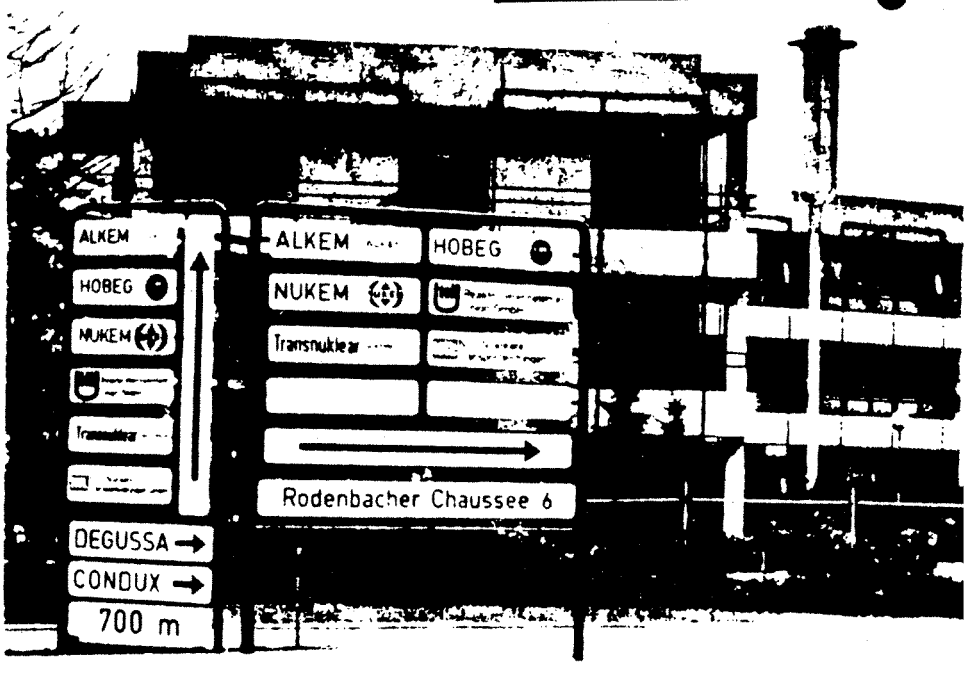
Bei der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages gab die Bundesregierung Brandt/Scheel eine Erklärung ab. „Die Bundesregierung geht davon aus, daß jede Vertragspartei bestimme, welche Materialien für sie unter die Exportauflagen fallen."

Mit diesen bewußten Formulierungen schufen die Bundesregierungen sich Möglichkeiten für die Produktion von Atomwaffen. (...)

Nehmen wir z.B. den Atomwaffenbau in SA. SA erhielt das weltweit patentrechtlich für die Bundesregierung reservierte Trenndüsenverfahren für die UAA. Lieferanten sind die Firma STEAG, Linde und Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe. Die verantwortlichen Vorstände bzw. Professoren sind Verbrecher. Die Firma Siemens lieferte die entscheidenden Trennelemente, Gutehoffnungshütte, Spezialkompressoren, Leybold Heräus Spezialventile, Varian Mat Isotopenmeßgeräte. Alle diese Lieferungen sind vom NPT verboten. Zumindest die Kompressoren von GHH wurden vom Masterialamt der Bundeswehr mit geheimen NATO-Kodifizierungsnummer geliefert... Am 22.9.79 explotierte über südafrikanischen Territorium ein atomarer Sprengsatz, verschossen von einem Trägersystem, für das die Firma Rheinmetall die Munitionsfüllanlage lieferte, die Firma Karcher ABC-Dekonatminationsanlagen, die nur zum Schutz vor selbst verursachten atomaren Niederschlag bestellt sein können. Diese Lieferungen erfolgten mit Förderung und -genehmigung der Bundesregierung. Die verantwortlichen Kanzler und Minister sind Verbrecher.

Im völkerrechtswidrig von SA besetzten Namibia ist die Fa. Urangesellschaft an der illegalen Uranmine Rössing mit 25,8% beteiligt. Der Betrieb veröffentlichte falsche Produktionsverfahren bzw. macht überhaupt keine Angaben über die vor der Öffentlichkeit ABGESCHIRMTE Produktion... Die Gründe für den Betrieb dieser Anlage durch bundesdeutsche Firmen können nur im Griff nach der Atombombe liegen. Denn Uran für den Betrieb hiesiger AKWs liegt hier in Hanau für über 8 Jahre auf Halde. Rössing Uran ist das teuerste geförderte Uran der Welt. (Alle anderen Uranexporteure (Can/Aus/...) verlangen die Zusicherung, daß das Uran nicht zum Waffenbau verwendet wird und verlangen Kontrollmöglichkeiten. Anm. Red.) Das mit der Bundesregierung befreundete Rassistenregime verlangt keine Kontrollen. Und aus Namibia bezieht daher die BRD 30% ihres Uran. (...)

Die Bevölkerung in Namibia und Südafrika kämpft bewaffnet gegen bundesdeutsche Konzerne in Namibia. Laßt uns deren Kampf unterstützen."



AUTONOMER REDEBEITRAG 8.11.86 in Hanau

„Strommasten der Atommafia kippen, ist ein legitimes Mittel des Widerstandes. Gute Flugblätter sind so wichtig, wie die Löcher im Wackersdorfer Bauzaun – Info-Veranstaltungen sind so nötig, wie das Abbrennen von Baumaschinen und Planungsbüros – juristische Verfahren haben ihren Stellenwert, wie die hoffentlich lebendigen Demos hier.

Allein die Einheit in dieser Vielfalt, Radikalität und Unberechenbarkeit kann einen anhaltenden Druck der Straße schaffen, um das Atomprogramm zum kippen zu bringen.

Von herrschenden Gesetzen lassen wir uns die Widerstandsformen nicht vorschreiben, und staatliches Gewaltmonopol akzeptieren wir niemals. Die Wahl der Mittel richtet sich vielmehr nach unseren eigenen moralischen und politischen Kritierien. Diese haben wir zu erarbeiten. An ihnen orientieren sich unsere Kampfformen, und hierüber muß unter uns eine selbstkritische, solidarische Auseinandersetzung um Möglichkeiten, Risiken und konkrete Ziele stattfinden. (...)

Ehrliche Auseinandersetzungen sind eine Voraussetzung dafür, radikale Vorstellungen breiter zu vermitteln, die momentane Stärke und Entschlossenheit des Widerstands zu festigen, und den Kampf voranzutreiben. Buschfeuerartig haben sich militante Aktionen ausgeweitet. (...)

Die neuen Gesetze, im Schnellgang durchgepeitscht, sind die aktuelle Antwort vom Regime: Die Ausweitung des § 129a (terr. Vereinigung) auf nahezu alle militanten Aktionen, der § 130 gegen die sog. „Befürwortung von Gewalt". Diese Gesetze richten sich genau gegen unsere Diskussionen und Organisierungsansätze. Sie müssen begriffen werden als Reaktion und Prävention auf eine soziale Bewegung, die aus der Kontrolle geraten ist. Und sie stehen in einer Linie mit den Repressionsmitteln, mit denen wir seit einigen Monaten verstärkt konfrontiert sind:

- mit einem polizeilich/militärischen Aufstandsbekämpfungsapparat,
- mit Massenfestnahmen durch Einkesseln,
- mit Tausenden von Prozessen,
- mit ständiger Medienhetze bis zur Fernseh-Kopfgeld-Fahndung in Aktenzeichen xy,
- mit Einknastung von Freunden und Genossinnen, die wir ganz ausdrücklich von hier aus grüßen!

(...) Die SPD spielt ihre Rolle als bürgerliche Integrationspartei zur Entschärfung der Widersprüche schon fast ein Jahrhundert lang. Große Teile der Grünen erfüllen spätestens seit ihrem Einzug in die Parlamente dieselbe Funktion: Sie ignorieren den ursächlichen Zusammenhang zwischen Kapital, Unterdrückung, Ausbeutung, Völkermord und NATO. Ihre Basis wird mit dem Märchen vom menschlicheren Kapitalismus verschaukelt. Begrenzt auf demokratischen Protest gegen einzelne Projekte des Kapitals, beurteilen die Grünen Protest- und Widerstandsformen nach ihrer Wählerwirksamkeit und nicht nach dem politischen Schaden für das System!"

Foto: Joachim Täch1

Anita Aschenbrenner von der Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-Initiativen Redaktion von RADI AKTIV

„Wir waren und sind der Ansicht, daß diese Technik der Energieerzeugung lebensgefährlich und unverantwortlich den Menschen und der Umwelt gegenüber ist. Der Super-Gau von Tschernobyl hat die Richtigkeit dieser Einschätzung leider in schlimmer Weise bestätigt und zum ersten Mal dazu geführt, daß sich in Meinungsumfragen eine deutliche Mehrheit der Bürger gegen Atomkraftwerke ausgesprochen hat.

Doch bereits seit 1976 sind Leute aus der Anti-AKW-Bewegung auch der Frage nachgegangen: Ist die Atombombe das zentrale Motiv für das Atomprogramm? Daß wir heute diese Frage mit „JA" beantworten können, liegt an den Leuten aus unserer Bewegung die seit 10 Jahren systematisch alte Archivbestände aufgearbeitet haben: Nur deshalb kann es die heutige Demonstration so, mit diesen explosiven Inhalten, geben.

Und nur deshalb können wir heute hier in Hanau auch **zusätzlich** sagen: Verhindert eine Atombewaffnung der Bundesrepublik Deutschland! Wir wollen keine deutsche Atombombe und wir werden mit allen Mitteln dafür sorgen, daß die BRD keinen einzigen Finger an irgendeinen atomaren Abzug bekommt!

(...) Ich komme aus den bayerischen Bürgerintitiativen gegen die WAA in Wackersdorf. Dort gehört es inzwischen zum Allgemeinwissen aller WAA-Gegner, daß mit Hilfe der WAA Atombomben gebaut werden können.

Doch dürfen wir nicht stehenbleiben bei der technischen Machbarkeit, sondern müssen den politischen Willen dazu herausstellen: Da die WAA völlig unwirtschaftlich ist und den Atommüll noch gefährlicher macht, als er eh schon ist, bleibt als einziges Motiv für den Bau der WAA der alte Traum von der deutschen Atommacht – ein Alptraum, der in den vierziger Jahren entstand und nur allzu deutlich an die damaligen Alpträume vom tausendjährigen Reich und deutscher Weltherrschaft erinnert.

Die WAA soll das militärisch interessante Plutonium aus den abgebrannten Brennstäben der Atomkraftwerke abtrennen. Mit Hilfe des Schnellen Brüters oder der Laser-Isotopenanreicherung gewinnt man daraus hochgradig reines Waffenplutonium in einer Menge, wie sie für eine nukleare Großmacht ausreichen würde. Die Fertigstellung der WAA ist für 1995 projektiert, wenn der Atomwaffensperrvertrag ausläuft, der bis dahin der BRD eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Ihr Bau wird von Politikern vorangetrieben, die früher heftig die Unterzeichnung dieses Vertrages bekämpft hatten: Zum Beispiel Strauß, Zimmermann, Dregger, Wallmann, Wör-

ner, Spranger, Dollinger, Kiechle, Stücklen und wie sie alle heißen. Was hier gespielt wird, ist so offensichtlich, daß inzwischen sogar liberale Politiker wie der Sozialdemokrat Wolfgang Roth oder der Grüne Joschka Fischer vor den nuklearen Ambitionen der CDU/CSU warnen. (...)

Über 20 Jahre lang versucht man nun, die Bürger von Hanau an der Nase herumzuführen und ihnen die Wahrheit zu verheimlichen: Ihr beherbergt die vorsorglich angelegte Vorratskammer für bundesrepublikanische Atombomben!

Ihr sitzt auf einem nuklearen Pulverfaß! Ihr müßt Euch entscheiden, ob ihr diesen Wahnsinn länger hinnehmen wollt. Ihr müßt Euch entscheiden, ob Ihr als das hessische Los Alamos in die Geschichtsbücher eingehen wollt.

Glaubt nicht, daß ich hier Horrorvisionen an die Wand male, die vielleicht in ferner Zukunft einmal eintreten könnten. Vor drei Tagen wurde in der Presse berichtet, Pakistan habe seine erste Atombombe, eine Uranbombe, praktisch fertiggestellt. Hanauer Firmen haben (neben Frankreich) Pate gestanden: Vor wenigen Wochen wurde bekannt, daß das brasilianische Militär bereits Schächte für unterirdische Atomtest angelegt hat. Nukem und RBU lieferten Brennelemente, die Offenbacher KWU, Mutterfirma von Alkem und RBU, steckt dick im Brasilien-Geschäft. Auch die südafrikanische Atombombe kam mit westdeutscher Hilfe zustande; die Hanauer Firmen unterhalten beste geschäftliche und zum Teil sogar politische Beziehungen zum Apartheid-Staat. Die Liste solcher verhängnisvoller Proliferation durch das Hanauer Nuklearzentrum ließe sich mit Indonesien, Südkorea, Argentinien fortsetzen – alles atomare Schwellenländer, alles diktatorische Regimes. (...)

Wir haben erlebt, wie in der Oberpfalz im Laufe der Auseinandersetzungen um die WAA Abertausende aus ihrer alten politischen Vorstellungswelt ausgebrochen sind. Bei vielen dieser ehemals braven Bürger steht jetzt alles zur Debatte – einschließlich das staatliche Gewaltmonopol. Diese Power – in Verbindung mit den Inhalten unserer Demonstration heute schafft die brisante Mischung, aus der ein entschlossener Widerstand mit langem Atem bestehen muß! In diesen Fragen lassen wir uns auf keinen Kompromiß, kein „mehr oder weniger" und kein „vielleicht irgendwann einmal" ein:

- Stillegung aller Atomanlagen!
- Niemals Atomwaffen in deutscher Hand!
- Einseitige Abrüstung und raus aus dem politischen Getriebe, das auf diesen menschenfeindlichen Pfeilern aufbaut! Raus aus der NATO!"

Rede von Karl-Heinz Roth

"Genossinnen und Genossen!

Wir sind an einem schlimmen Ort angekommen und an einem sehr schlimmen Unternehmen dazu. Der Ort bezieht sich auf die geschichtliche Tatsache, daß hier schon 1940 für die Atombombenplanung der Nazis die ersten Kernbrennstäbe, Plutoniumstäbe geliefert wurden. Das Unternehmen mit der merkwürden Abkürzung und merkwürdig abgekürzten Tochtergesellschaften NUKEM, ALKEM usw. ist nichts anderes als die Fortsetzung der DEGUSSA, der Deutschen Gold- und Silber-Schmiede-Anstalt, eines Unternehmens, daß in der Weimarer Zeit und im Dritten Reich Tochtergesellschaft des IG-Farben Konzerns war. Und dieses Unternehmen unter seinen Managern hat nicht nur die ersten Plutoniumstäbe produziert. Dieses Unternehmen hat zusammen mit anderen Giftgas produziert. Eine Tochtergesellschaft der DEGUSSA war für ein anderes Gift zuständig neben dem Plutonium – für Zyklon B, für Zyankali, für die Massenmorde an den Juden im nazistischen Europa. Das waren die Täter. Sie haben immer verschiedene Sorten von Gift produziert. Und ihre Zusammensetzung in den Unternehmensleitungen hat sich nicht geändert. Nach der Zerschlagung der Nazi-Diktatur wurde nach einem kurzen Intervall der Konzernkomplex gegen den wir heute angetreten sind, reorganisiert. Er wurde reorganisert und erweitert. Erweitert um die RWE, Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätswerke AG und die Siemens AG und organisiert wurde die Erweiterung zu einem Nuklearunternehmen, wie wir es heute haben, von der Deutschen Bank und einem Bankenkonsortium. Es ist unglaublich, daß dieses Management, ein Management aus Kriegsverbrechern, aus Massenmördern, aus Wehrwirtschaftsführern, die Möglichkeit bekommen konnten, in der Adenauer-BRD die Nuklearforschung zu beginnen und einzuleiten.

Wir haben uns schon in den Sechziger Jahren parallel zur damaligen Studentenbewegung mit dieser Entwicklung der Nukleartechnologie beschäftigt. Und wir haben damals schon bemerkt, daß die Veränderungen der Sechziger Jahre nicht anders als der Versuch waren, die offene Atombombenstrategie der Strauß und Co., der DEGUSSA und Co., der IG-Farben-Nachfolger Hoechst und Co. zu verschleiern. Erst in den Sechziger Jahren wurde die deutsche Linie, eine reine Linie zur Atombombenproduktion verändert. Sie wurde taktisch erweitert auf die volkswirtschaftliche Planung von Leichtwasserreaktoren. Und erst in den Sechziger Jahren hielten es die Manager dieser Konzerne für müßig und nötig, ihr klares militärisches Programm volkswirtschaftlich zu tarnen und gleichzeitig volkswirtschaftlich zu verwerten. Sie haben aber schon damals Ende der Sechziger Jahre am Plutonium-Zyklus festgehalten. Sie haben sich nur getarnt. Und erst einige Jahre später, nachdem die Anti-AKW-Bewegung ihre ersten Er-

Foto: Joachim Tächl

folge und ihre ersten Durchbrüche erzielt hatte, kamen wir und kommen wir jetzt auf diese Zusammenhänge wieder zurück. Wir müssen alte Fragen, die wir in den Teilerfolgen der Massenbewegung der Siebziger Jahre zurückgestellt haben, weil wir völlig zu recht das Moment der Umweltzerstörung, der Umweltvergiftung in den Vordergrund gestellt haben in dieser Massenbewegung, wieder aufwerfen. Wir müssen dieses Thema wieder erweitern. Wir müssen eine neue Dimension gewinnen, ohne zu vergessen, was wir gelernt haben. Wir haben gelernt, daß ein Ballen Plutonium von Faustgrösse genügt, um die Menschheit zu vergiften. Wir haben gelernt, daß die Hauptmotive, mit denen in den vergangenen Jahren die Anti-AKW-Bewegung ihren Kampf geführt hat, richtig gewesen sind und erhalten werden müssen. Aber heute, wo diese Unternehmen hier übergehen zu hoch angereichertem Uran, wo sie offen übergehen zur Plutoniumtechnologie, wo sie ohne jede legale Grundlage neue Fakten schaffen – heute müssen wir neue Zusammenhänge erkennen und unsere Kampfperspektive erweitern. Wir müssen uns klarmachen, daß das Programm, gegen das wir jetzt in einer neuen Etappe den Kampf aufnehmen, ein Programm ist, um das Machtsystem der BRD innerhalb von Wochen auf den Gebrauch und auf die Nutzbarkeit von Atombomben hinzudrehen. Während die Bundeswehr schon über die Trägersysteme verfügt. Wir müssen uns klarmachen, daß der Übergang von NUKEM und ALKEM zu hochangereichertem Uran und zu Plutonium ein Atombombenprogramm ist. Und wir müssen daraus die Folgen ziehen. Wir müssen uns zweitens vergegenwärtigen, daß die Fähigkeit zur Produktion von Atombomben innerhalb weniger Wochen von diesem Regime benutzt wird, als Erpressungsmittel in der nuklearen Planungsgruppe der NATO, um die herrschende Klasse der BRD näher an die Verfügung der NATO über den Atomwaffeneinsatz heranzubringen.

Die militärische Technologie, die hier organisiert wird, ist ein Teil eines strategischen Planes. Und dieser Plan erweitert sich dann noch in die Richtung der Exportperspektiven. Er erweitert sich in die Richtung der Kontrolle und der Entwicklung der Militärdiktaturen in den Schwellenländern der drei Kontinente. Das sind die neuen Aspekte und nach ihnen müssen wir unseren Widerstand ausrichten.

Wir müssen hier klar festhalten: Diese Einrichtungen hier sind illegal. Sie sind deshalb illegal, weil die herrschende Klasse weiß, daß es sich um Knotenpunkte von militärischer, militärtaktischer, technologischer und volkswirtschaftlicher Planung handelt. Wir müssen uns klarmachen, daß eine neue Etappe, eine bittere Etappe neuer Kämpfe, bevorsteht. Und wir dürfen niemand schonen! Wir müssen lernen, eine Aktionseinheit zwischen der bisherigen Friedensbewegung und zwischen der bisherigen Anti-AKW-Bewegung herzustellen. Wir müssen lernen, in dieser Aktionseinheit zu handeln. Diese Aktionseinheit ist wichtig!

Genossinnen und Genossen!

Wenn die Analyse stimmt, dann werden wir da, wo wir politisch stehen, überlegen müssen, wie wir den Kampf organisieren. Wir müssen tolerant gegen einander sein. Wir müssen die Vorgehensweisen der einzelnen Initiativen respektieren. Und wir müssen uns davor hüten, irgendeiner Gruppierung die eigene Position um jeden Preis aufdrängen zu wollen. Ich selbst gehöre dem autonomen Spektrum an. Ich selbst bin der Meinung, daß diese gesetzlose Mafia, die hier herrscht und die hier jenseits von Gesetz und Ordnung ihren Manager- und Staatsterrorismus organisiert, daß diese gesetzlose Mafia mit all ihrer Gewalttätigkeit nur durch Gegengewalt bekämpft werden kann. Aber wir müssen gleichzeitig lernen, das Problem der Gegengewalt neu zu diskutieren. Wir müssen lernen, Gegengewalt einzubauen in eine politische Strategie, die die Einheit des Kampfes berücksichtigt und die gleichzeitig lernt, Gewalt und Gegengewalt als politische Instrumente zu begreifen.

Deshalb hoffe ich, daß meine Genossen und Genossinnen aus der autonomen Szene heute die Kraft haben werden, mit uns ans Ende dieser Demonstrationen zu gehen, ohne irgendwelche Einzelaktionen zu machen und daß wir in unseren Zusammenhängen dann über diese neue Dimension diskutieren und neue Formen der Gegengewalt entwickeln."

taz——Interview—— FREITAG, 14.11.86

Angriff auf Popularität

Robert Jungk äußert sich zu dem gegen ihn angelaufenen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren

taz: ***Die Hanauer Staatsanwaltschaft hat nach deiner Rede auf der dortigen Kundgebung gegen die Nuklearfabriken ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Landfriedensbruch und Volksverhetzung gegen dich eröffnet. Fühlst du dich schuldig?***

Robert Jungk: Wenn ich für unsere eigene Sicherheit und die Sicherheit unserer Kinder spreche, dann bin ich jemand, der aufklärt und nicht verhetzt, und jemand, der versucht, das Land friedlich zu machen. Die Beschuldigungen sind typisch für die neue Richtung. Man will alle bekannten Sprecher mundtot machen und diejenigen, die sich gern zu Wort melden, einschüchtern.

Ein gezielter Angriff auf deine Integrität?

Nein, auf meine Popularität. Meine Integrität kann durch solch einen Angriff in keiner Weise beschädigt werden.

Du schließt deine Rede mit der Parole „Macht kaputt, was Euch kaputt macht".

Ich meine damit nicht Fensterscheiben, das ist viel zu kurz gesehen. Ich meine damit die Pläne der Atombetreiber, die uns ins Unheil führen. Wenn man Fensterscheiben einwirft, lenkt man von dem wirklichen Ziel, nämlich der Bekämpfung der Plutoniumgefahr ab.

Wenn du sagst, Gewaltfreiheit und Militanz darf sich nicht auseinanderdividieren lassen — an welche Militanz denkst du da?

Ich denke da an Notwehr. Wasserwerfer, die chemisiertes Wasser verspritzen, oder Maschinen, die einen Wald zerstören, sind Instrumente, gegen die man sich wehren muß. Das ist Kampf um die Bewahrung des Lebendigen.

Du relativierst die Gewalt des Widerstands gegen die großtechnischen Zerstörungpotentiale.

Ich möchte sie dorthin lenken, wo sie notwendig ist. Ich will sie nicht als eine wild wuchernde, unpräzis angewandte Gewalt wissen. Sie macht es für die Millionen Menschen, die sich uns anschließen wollen, schwieriger, weil sie vor solchen oberflächlichen, sinnlosen Gewalttaten zurückschrecken. Alle Aktionen, die einzig der Reaktion dazu dienen, ihre Abscheu daran aufzuhängen, halte ich für verständlich, aber schädlich für den Gesamtwiderstand.

Wie denkst du, lassen sich Gewaltfreie und Militante zusammenhalten?

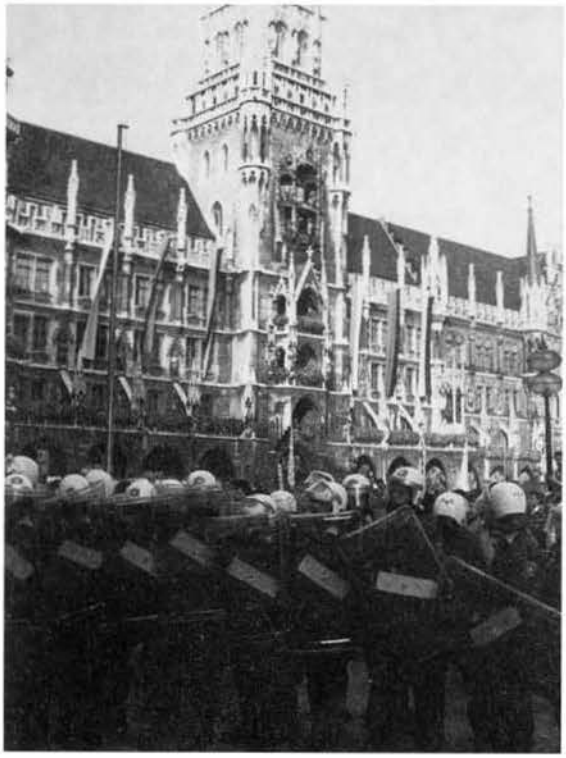
Ich denke, daß man entschiedene Leute, die etwas riskieren, wie diese Tierschützer, die in Reykjavik das Walfangschiff versenkt haben, auf keinen Fall ausgrenzen darf. Entschiedene Leute haben ein Recht darauf, daß wir zu ihnen halten. Wir wollen Einfluß auf sie ausüben, damit sie vernünftige, zum Ziel führende Aktionen machen, und sie sollen uns mutiger und entschiedener machen.

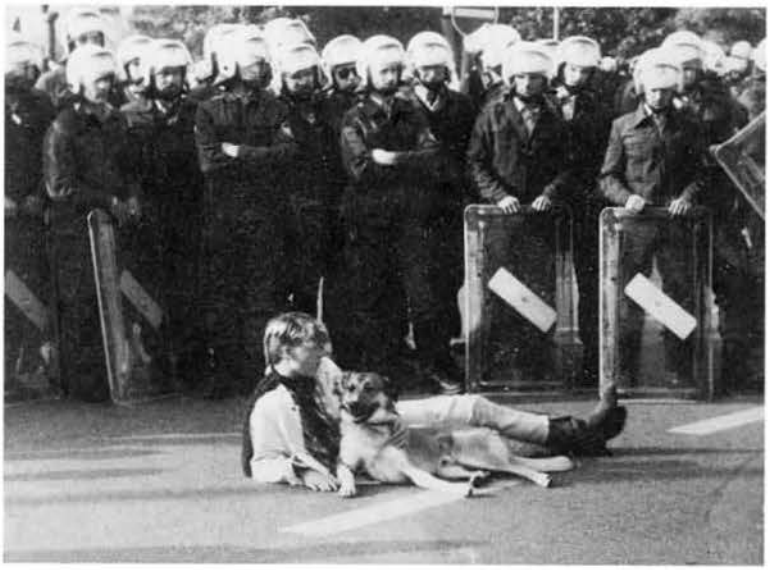
Das Gespräch führte Kuno Kruse

★★★ Kundgebung am 4. 10. 1986 in München

Gegen Atomanlagen und Polizeistaat

An dieser Stelle sollte ein Artikel über den Verlauf der ja so heiß umstrittenen Kundgebung vor den bayerischen Landtagswahlen abgedruckt sein. Leider erhielten wir den Artikel trotz mehrmaliger Zusagen nicht vor Drucklegung dieser Ausgabe. Wir haben noch in letzter Minute telefonisch versucht, zumindest zu erfahren, ob wir den Artikel selbst schreiben müssen; aber nicht einmal das wurde uns bekannt. So fehlt eben ein Bericht. Schade, denn die Kundgebung war angesichts der wilden Vorgeschichte entgegen allen spalterischen Unkenrufen ein voller Erfolg!





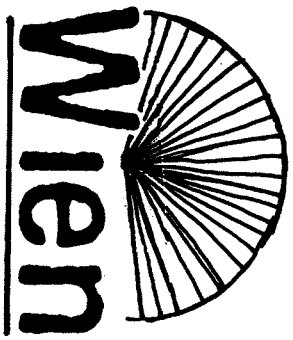
Fotos: Hermann Schoyerer

Atom-Kongreß in

Vom 24. bis 26.9. war Wien Treffpunkt für Anhänger und Gegner der Atomenergie. Die Atomlobby traf sich zu einer Sonderkonferenz der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA), die AKW-Gegner zur Gegen-Konferenz über Reaktorunsicherheit, initiiert von Anti Atom International (AAI).

Konferenz der Atomlobby

Drei Tage brauchten die Herren (es waren keine Frauen anwesend), um ein mehr als dürftiges Papier zu verabschieden, das nicht einmal von allen Teilnehmer-Staaten unterschrieben wurde. Man hat sich darauf geeinigt, in Zukunft den Informationsaustausch zu verbessern und bei eventuellen Unfällen (aber es wurde wieder versichert, wie sicher doch die Anlagen seien) sich gegenseitige Hilfe zu leisten. Über eine weltweite Angleichung und Erhöhung nuklearer Sicherheitsstandards oder einen Ausstieg aus der Kernenergie, der allein einen Super-Gau verhindern könnte, wurde nicht gesprochen.



Reaktorunsicherheitskonferenz der AAI

Wissenschaftler aus allen Teilen der Welt referierten über ihre Erfahrungen mit Atomkraftwerken, deren Risiken und Unfällen.

Westliche Reaktoren — noch unsicherer als Tschernobyl-Typ

J. Harding, Energieberater der kalifornischen Regierung, erklärte, daß in der Reaktorlinie Tschernobyl die Brennelemente getrennt, in westlichen Reaktoren dagegen gebündelt untergebracht seien. Dr. Richard Webb hält beim Durchschmelzen eines westlichen Reaktors „vulkanartige Explosionen für möglich" — im Fall des Schnellen Brüters könnte es auch zu Explosionen vom Ausmaß Hiroshima kommen. Hätte es in der Sowjetunion einen Sicherheitsbehälter, der im Westen propagiert wird, gegeben, meinte der Schweizer Ingenieur Bühler, hätten Betonstücke, die durch die Explosion weggeflogen waren, die anderen Reaktoren mit beschädigt.

Keine medizinische Hilfe für Strahlengeschädigte

Die anwesenden Mediziner waren sich darin einig, daß weder den akuten Strahlenkranken noch gegen Spätschäden geholfen werden könne. Ein österreichischer Arzt erzählte, daß in Moskau durch die Behandlung von 299 Strahlengeschädigten die gesamte medizinische Versorgung blockiert worden sei und trotzdem bisher schon 29 Menschen gestorben sind. Ärzte, Befürworter der Atomkraft, schlugen bereits vor, den Arbeitern in der Atomindustrie heute schon Blut und Rückenmark zu entnehmen und tiefzukühlen, damit den später einmal Verstrahlten neues Leben gegeben würde. Der deutsche Arzt Bastian erklärte allerdings, daß die sehr teueren Knochenmarktransplantationen keine Wundermittel seien.

Keine zusammenbrechende Volkswirtschaft und auch kein Waldsterben

Die Anhänger der Kernenergie sehen unsere Wirtschaft darnieder gehen und die Wälder sterben, falls die AKWs stillgelegt werden. (Es sind die gleichen, die an der jetzigen Situation unserer Wälder schuld sind.)

In den USA wurden gerade aus Kostengründen seit 1975 die Aufträge für 100 AKWs storniert. Eine Studie des Öko-Instituts errechnete, daß ein sofortiger Ausstieg die KWh-Strom in der BRD um ca. 1 bis 1,5 Pfennige verteuern würde. Auf längere Zeit betrachtet, würde der Ausstieg gar nichts kosten. Das Arbeitsplatzargument kann auch nicht herangezogen werden, wenn man sieht, daß in Wackersdorf für ca. 1 600 Beschäftigte an die 10 Milliarden DM gezahlt werden sollen, und aus der Schweiz werden von der Holz- und Bauarbeiter-Gewerkschaft Zahlen vorgelegt, daß durch Energiesparmaßnahmen auf 20 Jahre 10 000 Arbeitsplätze in der Bauindustrie gesichert werden könnten.

Beim Thema Waldsterben wurde wieder einmal klar gemacht, daß es gerade in Westdeutschland möglich wäre, mehr Energie durch Erdgaskraftwerke zu erzeugen. (Diese Kraftwerke werden in der BRD nur zu Spitzenzeiten gefahren, obwohl nachgewiesen ist, daß die Emissionen hier am geringsten sind.) „Auf lange Sicht", erklärte der Alternativ-Wissenschaftler Müller-Reismann, „muß allerdings der Stromverbrauch reduziert werden, nicht allein durch technische Sparmaßnahmen, sondern auch durch Einsparungen in unseren verschwenderischen Lebensformen und Wirtschaftsstrukturen".

Atomwirtschaft und ihre Folgen

Der Super-Gau hat Menschenleben gekostet. Keiner kann absehen, wieviele noch sterben werden. Die UdSSR mußte bisher mehrere Milliarden DM investieren, vielen Menschen wurden die Lebensgrundlagen entzogen, so z. B. den Lappen. Die Rentiere wurden durch das Cäsium hundertfach über die Toleranzgrenze verstrahlt.

Seit 1966 macht Frankreich Atombombenversuche. Ein Bürgermeister aus Tahiti erzählte, er habe schon „50 Tschernobyl erlebt".. Viele Menschen sind in Frankreich zur Krebsbehandlung. Das traurigste Ereignis in Sachen Atom — Hiroshima und Nagasaki. Was muß noch geschehen, daß endlich dieser Wahnsinn beendet wird?

Demonstration vor der Wiener Hofburg

Nach der Bekanntgabe der Ergüsse von IAEA, zogen einige Teilnehmer der Reaktorunsicherheitskonferenz zur Wiener Hofburg, dem Tagungsort der Atomenergiebehörde, und versuchten, eine Resolution zu übergeben. Nachdem ihnen dies verweigert wurde, blockierten etwa 100 AKW-Gegner den Eingang zum Kongreßzentrum. Mit der Festnahme von 25 Personen endete die Demonstration. Die Verhafteten waren überwiegend ausländische Teilnehmer der AAI-Konferenz.

Schlußdeklaration der Konferenz über Reaktorunsicherheit und den Ausstieg aus der Atomenergie

Wien, 24. - 26. September 1986

Wir haben uns als Bürger und Wissenschaftler aus über 20 Ländern der Welt, von Schweden bis Brasilien, von Jugoslawien bis Japan, hier in Wien versammelt. Wir unterscheiden uns in Weltanschauung, Status und kulturellem Hintergrund. Doch die Drohung einer Welt voll von Kernkraftwerken hat uns zusammengebracht, um den Atomprogrammen der Nuklearstaaten entgegenzutreten. (...)

Wir können keine internationale Kooperation ernstnehmen, solange sie nicht

a) zu einer Konferenz im Rahmen der Vereinten Nationen für die Stillegung von Atomanlagen in West und Ost und in Nord und Süd hinführt.

b) die IAEO zu einer Energiebehörde umbaut, die den weltweiten Ausstieg und den Einstieg in eine nicht-nukleare Energiezukunft unterstützt. Die Nicht-Nuklearstaaten in der IAEO sollten dafür die Initiative ergreifen. (...)

Wir selbst kündigen an,

a) daß mit Anti-Atom-International ein europäisches Netzwerk von Initiativen, Wissenschaftlern, Juristen und Gewerkschaftern entstanden ist, das der grenzübergreifenden Abwehr gegen Atomanlagen dient und auf einen Ausstieg Europas aus der Nuklearenergie hinarbeitet. Ein blockübergreifendes europäisches Ausstiegsszenario wird entwickelt. Gerichtliche Schritte gegen die Illegalität der Nuklearpolitik und die Amtsanmaßung ihrer Protagonisten werden eingeleitet.

b) daß im nächsten Frühjahr in den verschiedenen Ländern Kampagnen gestartet werden, um dem europäischen Projekt des Schnellen Brüters in Creys-Malville die jeweilige nationale Unterstützung zu entziehen. Diese Kampagnen werden in einer internationalen Demonstration vor Ort in Malville münden.

c) daß wir nicht weiter zuschauen wollen, wie die Regierungen oft gegen den Willen der betroffenen Menschen alleine über die Zukunft des Lebens entscheiden. Daher fordern wir, daß in allen Ländern die Bevölkerung selbst in Volksabstimmungen über die Abschaffung von Atomanlagen und Atomwaffen entscheiden kann.

d) daß wir auf lokaler Ebene uns nicht nur für atomwaffenfreie, sondern auch für atomstromfreie Gebiete einsetzen werden.

Wien, 26. September 1986

Widerstand in Wackersdorf und Volkszählungsboykott

Im nächsten halben Jahr wird in der BRD im zweiten Anlauf eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung durchgeführt.

1983 verhinderte die Intervention des Bundesverfassungsgerichts ein endgültiges Scheitern des Projekts Volkszählung. Durch höchstrichterlichen Spruch wurde die Pflicht eines jeden Bürgers festgelegt, im „überwiegenden Allgemeininteresse" dem Staat Antwort auf alle seine Fragen zu geben.

Wer auch immer noch geglaubt hatte, daß er als Bürger der BRD über sein Leben die volle Souveränität besitzt, wurde eines Besseren belehrt. Seine Freiheit im Denken, Handeln, Auskunft geben, besteht nur so lange, bis der Staat nicht sein „überwiegendes Allgemeininteresse" feststellt, zu dessen Befriedigung er seine Bürger gebraucht.

Der Stichtag für die Volkszählung 1987 ist der 25. Mai 1987. Aber schon in den Monaten vorher können die Zähler Hauseigentümer, Betriebsleitungen und Normalbürger mit den Fragebögen behelligen. — Höchste Zeit, sich darüber klar zu werden, was der Staat mit diesem Projekt Volkszählung bezweckt, und seinen Boykott vorzubereiten.

Hier versuchen wir zusammenzubringen, was man aus dem Widerstand gegen die WAA für unsere Einschätzung der Volkszählung lernen kann.

Das Papier soll die Diskussion anregen, wir sind uns mancher Holprigkeit bei der Formulierung und der logischen Abfolge der Argumente bewußt. Kritisiert und diskutiert!

Ein Gesichtspunkt bei der Auswahl von Wackersdorf als Standort der geplanten WAA war, daß die Region als politisch ruhig eingeschätzt wurde und wenig Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des Projekts seitens der Bevölkerung erwartet wurden. Ein Großteil der Bevölkerung akzeptierte die von Staat und Betreibern vorgelegten Gründe zur Errichtung der WAA nicht. Die Leute wehrten sich dagegen, daß ihre Gesundheit und ihr Leben von anderen Interessen aufs Spiel gesetzt werden sollen, — und traten in den Widerstand gegen die WAA ein.

In immer größerer Anzahl und mit zunehmender Unterstützung auch von außerhalb der Region kämpften wir in Demonstrationen, Blockaden, am Zaun, vor Bau- und Betreiberfirmen gegen die WAA.

Aber nicht nur unsere Gewalt wuchs.

Konfrontiert mit der Gefahr einer zunehmenden Ablehnung der Staats- und Betreiberinteressen durch die Bevölkerung reagierte die Staatsgewalt mit immer größerer Deutlichkeit und Härte. Der Staat zeigte nun auch in der Oberpfalz sein anderes Gesicht.

— Massenverhaftungen, Knüppeleinsätze, Gasangriffe, Hubschrauberterror, Abschreckung durch die Justizmaschinerie, Besetzung der Region. —

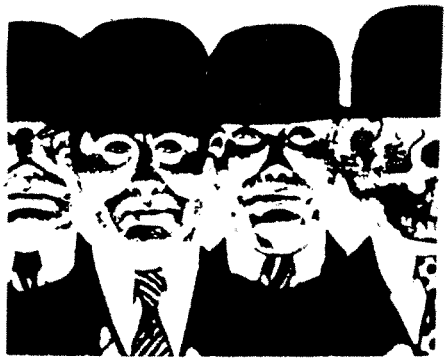
Es wird sichtbar, daß ein gewisses Maß an Widerstand die Toleranzgrenze des Staates überschreitet. Es wird sichtbar und spürbar, daß der Staat sich unserer Freiheit und Gesundheit bemächtigt, wenn er es für notwendig hält, um seine Interessen zu wahren.

Solange wir uns nach den vorgegebenen Spielregeln richten und die staatlichen Anforderungen an eine/n „ernsthafte/n WAA-Gegner/in" erfüllen, sind wir unbehelligt und geben das zulässige Protestpotential ab, mit dem die hier

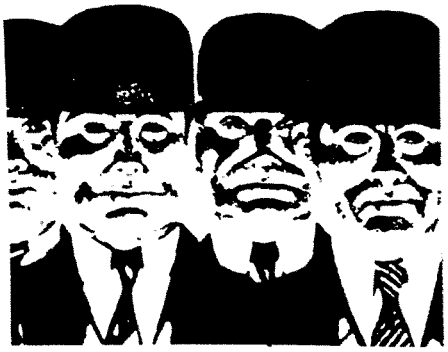
herrschende „Demokratie" ihre Großzügigkeit gegenüber (folgenloser) Kritik beweisen will.

Besteht aber die Gefahr, daß die Spielregeln nicht mehr akzeptiert werden und der Gehorsam aufgekündigt wird, sieht sich der Staat genötigt, die Aufrührer niederzuknüppeln und damit auch unser im Kampf aufkommendes Selbstbewußtsein gleich wieder einzuschüchtern.

In Ausnahme-, Protest- und Aufruhrsituationen wird es zwar **offensichtlich**, daß der Staat über uns Bürger und Chaoten die vollkommene Macht und Kontrolle auszuüben versucht, ob nun im eigenen Interesse oder im Rahmen der Interessengemeinschaft zwischen Staat und Kapital oder im Rahmen internationaler Bündnisverpflichtungen. Grundsätzlich besteht aber dieses Recht des Staates auch im Normalbetrieb der Demokratie. Der staatliche Anspruch auf unsere Arbeit, unsere Güter und unser Leben ist rechtlich festgeschrieben und bei Bedarf jederzeit einforderbar.



Im Normalbetrieb geht es darum, das möglichst reibungslose Funktionieren der Menschenmassen zu organisieren, die der Staat und das Kapital brauchen, um Profite und Schweinepolitik zu machen. Deswegen gibt es Sozialpolitik, Demokratie und Rechtsstaat. Denn nur, wenn sie das Gefühl haben, selbst wichtig zu sein und ernstgenommen zu werden, bringen die Leute dem Staat das notwendige Vertrauen entgegen und übernehmen selbst die Verantwortung für das „Gemeinwohl". Darauf ist das System angewiesen, wenn es nicht als offen totalitärer Überwachungsstaat dastehen will. Deswegen muß der Staat permanent darum kämpfen, daß seine Bürger ein Verantwortungsbewußtsein ihm gegenüber entwickeln.



Volks

Auch bei der Propaganda für die Volkszählung versuchen die Politiker, die Bürger bei ihrem Verantwortungsgefühl zu packen. Der stereotype Satz der Werbebroschüren lautet, daß die Beantwortung der Fragen „ein sinnvoller Beitrag aller zum Gemeinwohl ist und damit jedem einzelnen nützt". Mit den erhobenen Daten soll eine bessere Sozial-, Beschäftigungs-, Verkehrs-, Wohnungspolitik usw. gewährleistet werden.

Im WAA-Widerstand haben wir gelernt, daß die Politiker und Betreiber uns mit ihren Parolen hinters Licht führen wollen. Also ist es nur eine konsequente Folge, wenn wir ihnen bei der Volkszählung grundsätzlich mißtrauen.

Aus welchen Gründen man aber auch immer trotzdem jedoch **nicht**.

So oder so wird von dir per Gesetz gefordert, dich inventarisieren zu lassen.

zählungs

Nur einige Überlegungen, wofür man die Daten aus der Volkszählung verwenden kann:

- gesellschaftspolitische Planung
- Ruhe und Ordnung
- Bevölkerungskartei in Verbindung mit dem neuen Personalausweis
- Überwachung und Kontrolle
- Rasterfahndung
- Inventarisierung des Materials an Menschen, Verkehrsmitteln, des Energie- und Wirtschaftssektors, der medizinischen Versorgung für den Kriegs- und Krisenfall.

Besonders für die Notstandsplanung hält der Staat eine Reihe von Sicherstellungsgesetzen (Wirtschafts-, Arbeits-, Ernährungs-, Verkehrs-, Wassersicherstellungsgesetze) parat, für deren Umsetzung die Daten aus der Volkszählung entscheidend sind. Diese Gesetze verpflichten im Krisenfall zu unbefristeten Arbeitsleistungen, zur Bereitstellung von Verkehrsmitteln, Wohn- und Lagerraum, Nahrungsmitteln und sonstigen Waren zur Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit. Ein ähnliches Szenarium würde auch in anderen Krisen- und „Katastrophenfällen" ablaufen, worunter auch ein Unfall in einer WAA/Wackersdorf (Tschernobyl in Wackersdorf) fallen würde.

- Arbeiter können zu Räumungs- und Bergungsarbeiten im verstrahlten Gebiet verpflichtet werden
- Aufteilung von Wohn- und Lagerräumen
- Bereitstellung von Nahrungsmitteln
- Absperrung des Krisengebiets.

boykott

Mit den Daten der Volkszählung wird in dieser Region die Katastrophe organisierbar.

Verhindern wir nun Wackersdorf oder die Volkszählung?

Natürlich beides, klar!

Ein grundlegender Unterschied zwischen dem Widerstand gegen die WAA und dem Boykott der Volkszählung ist aber folgendes:

Volk

Bei der WAA ist der Staat nicht auf die Zustimmung und Mitarbeit aller angewiesen. Wenn eine Baufirma sich zurückzieht, wird die andere beauftragt.

Wenn eine Straße blockiert wird, knüppelt, räumt und verhaftet die Polizei.

Bei der Volkszählung ist der Staat auf die Mitarbeit **aller** angewiesen. Das bietet die günstigste Voraussetzung für den Boykott.

Wenn wir uns konsequent weigern, Auskunft zu geben, bringen wir das Projekt zu Fall. Wir können darüber unser Selbstbewußtsein, unseren Kampfesmut festigen, wenn wir erfahren, **daß** wir Möglichkeiten haben, dem Staat eins auszuwischen. Eine Lehre aus dem Wackersdorfer Widerstand kann sein:

Den Gehorsam überall dort verweigern, wo wir dazu in der Lage sind!

Ludwig und Michaela

PS: Wir haben vor, auch hier in Regensburg den Volkszählungsboykott zu organisieren. Wer sich dafür interessiert, soll sich bei uns melden (Tel.: 92 90 4).

Statt „freier Marktwirtschaft": Staat garantiert DWK-Gewinne

FINANZIERUNGSTRICKS BEI DER WAA UND DEREN HINTERGRÜNDE

„Wettbewerb ist für Energieversorgungsunternehmen in der Bundesrepublik ein Fremdwort", beklagte sich das ‚manager magazin' letztes Jahr im Artikel „Die Entsorger sorgen vor" (Ausgabe 10/1985) und kritisierte im gleichen Atemzug die massiven staatlichen Subventionen für die DWK, die Firma, die die WAA baut.

Diesen sicher nicht alltäglichen Rundschlag eines Wirtschaftsmagazins gegen einen ganzen Industriezweig und insbesondere gegen die DWK zu durchleuchten und zu hinterfragen, haben wir uns im folgenden Beitrag vorgenommen (alle Zitate aus dem mm 10/1985).

Das Magazin schätzt, daß die Kosten für die geplante WAA „mindestens zehn Milliarden Mark" erreichen würden. Ein anschaulicher Vergleich: Hierfür müßte ein ‚Normalbürger' 200 Jahre lang jede Woche einen Volltreffer im Lotto haben, bei einem Durchschnittsgewinn von einer Million Mark.

Die DWK, „1977 von zwölf deutschen Energieversorgungsunternehmen mit dem Auftrag gegründet, (...) Zwischenlager und Wiederaufbereitungsanlagen zu errichten", habe seither etwa eine Milliarde Mark Verluste angesammelt.

Woher nimmt die DWK die Kohle?

Dazu mm:

1) Die Verluste übernähmen zwar die „Kraftwerksbetreiber, die über Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit der DWK verbunden sind", aber doch so verbunden (diverse Zwischenfirmen), daß sich die oben erwähnten DWK-Verluste für die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs) bei der Höhe der abzuführenden Steuern positiv bemerkbar machten (mm schätzt, daß bisher auf diese Weise über 600 Millionen Mark der DWK-Verluste vom Staat rückerstattet wurden ...).

„Richtig auszahlen wird sich diese Beteiligungskonstruktion aber erst, wenn sich in den nächsten zehn bis 15 Jahren die Verluste der DWK wegen der Aufwendungen für den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage um ein Vielfaches erhöhen. Der Finanzkasse entgehen dann Milliarden an Steuereinnahmen."

Im übrigen hafteten die Anteilseigner an der DWK (also die EVUs) „lediglich mit einem Stammkapital von 100 Millionen Mark", das ist etwa 1 % der geschätzten Baukosten. Würde ein ‚Normalbürger' für einen Bankkredit von 30 000 Mark nur mit 300 Mark haften wollen, würde man ihn auslachen...

2) Diese und andere („durchaus legale", so mm) Finanzierungstricks spielen sich auf dem Hintergrund einer massiven staatlichen Unterstützung der Energiewirtschaft ab. „Jeder Stromerzeuger agiert in seiner Region als Monopolist" (dank des Energiewirtschaftsgesetzes aus der Nazizeit, d. Verf.) und „die Preise werden mit Genehmigung der Länderbehörden gleichsam automatisch den steigenden Kosten angepaßt" (daneben brummt man den ‚Kleinverbrauchern' wesentlich höhere Stromtarife auf als den ‚Großverbrauchern', d. Verf.).

Die offensichtliche Abschaffung des propagierten ‚freien Wettbewerbs' im Energiesektor macht die EVUs „krisenfest" und ist eine Voraussetzung der langfristigen Finanzierung von Großprojekten wie der WAA Wackersdorf.

3) Dazu kommen Unmengen an Subventionen. „Beispiel Schneller Brüter in Kalkar. (...) Mindestens 90 % der Brüter-Kosten, also über 6 Milliarden Mark, bleiben beim Staat hängen. Der Grund: Die Elektrizitätsgesellschaften hatten den Atommeiler als Forschungsprojekt deklariert und damit die Finanzierung weitgehend auf das Bundesforschungsministerium überwälzt."

»Milliarden-Subventionen für 1000 Arbeitsplätze«

(bei der WAA), so lautet eine Zwischenüberschrift des mm-Artikels. Also pro ‚Arbeitsplatz' 10 Millionen Mark.

Dieser „größten einzelbetrieblichen Subvention in der Geschichte der Bundesrepublik" ging ein regelrechter „Subventionswettlauf" zwischen Niedersachsen und Bayern voraus. Bayern bot mehr, wie wir wissen (Strauß: „Bayern wird mit jedem Angebot gleichziehen"):

- Verkauf des Taxöldener Forsts zum Preis von 2 Mark pro Quadratmeter (Ersparnis laut mm: 3 Millionen Mark).
- „Für Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau und Stromleitungen kommt weitgehend der Landkreis Schwandorf auf" (Ersparnis: 2stelliger Millionenbetrag).
- Zuschuß zu laufenden Kosten der Tritiumverpressung.
- Landesbürgschaft von 2 Milliarden Mark in Aussicht gestellt („Bleibt es bei der anvisierten Höhe (...), wäre dies die höchste Landesbürgschaft, die es je in der Bundesrepublik gegeben hat.").
- Beantragung, daß der Taxöldener Forst zum „Subventionsgebiet" erklärt wird (im Rahmen der „regionalen Strukturförderung").

„Ich will alles"

Der Vorstoß Bayerns hatte Erfolg – ein anderer oberpfälzer Landstrich, „in dem keine größeren Bauvorhaben anstehen", schied dafür aus. In finanzieller Hinsicht bedeutet dies: 10 %ige Investitionszulage, daneben stehen der DWK auch noch „Zuschüsse in Höhe von maximal 15 % der Investitionskosten zu." (Ersparnis: 2 bis 3 Milliarden Mark).
(Daß das SPD-regierte Bremen – neben Hamburg – diesem Deal in dem aus Vertretern des Bundes und der Länder zusammengesetzten Planungsausschusses zustimmte, ist vielleicht auf die Zustimmung Bayerns zur Maxhütte-Stillegung – Maxhütte-Besitzer: Klöckner, Bremen – zurückzuführen...)

Zuguterletzt erwähnt mm resignierend, daß nach der oben erwähnten Umtauschaktion „der Taxöldener Forst jetzt auch zum Zonenrandgebiet" gehöre. Stünde es um die „Vermögens- und Ertragsverhältnisse eines Unternehmens nicht zum besten", bei der DWK sicher der Fall, so sei „neben den normalen Abschreibungen auch noch eine 40 %ige Sonderabschreibung" drin (Ersparnis: mehrstelliger Millionenbetrag). Fazit des mm-Autors: „Geld – so scheint es – spielt bei der DWK keine Rolle".

»Eigenständige Nuklearrüstung« für die BRD

Unser Interesse als WAA-Gegner ist es natürlich nicht, wie einige Leser und Leserinnen mutmaßen mögen, den fehlenden Wettbewerb zu kritisieren, uns über die mangelnde Rentabilität der DWK zu beklagen oder gar eine Bresche für die ‚freie Marktwirtschaft' im Energiesektor zu schlagen ...

Ganz im Gegenteil stellen sich für uns nach der Lektüre des mm-Artikels folgende Fragen:

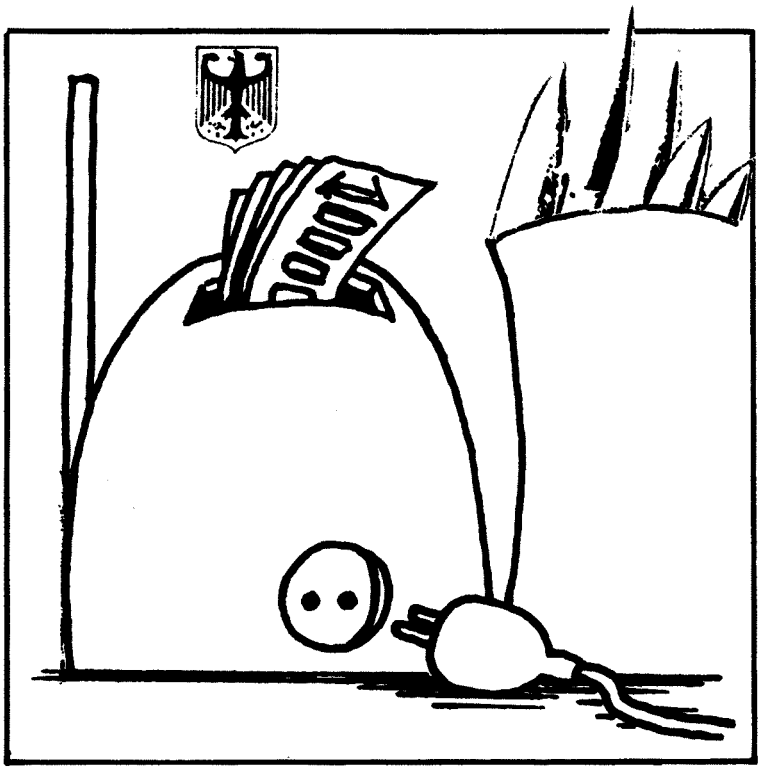
- Warum schiebt der BRD-Staat Energiewirtschaft und WAA-Betreibern das Geld vorne und hinten nur so rein?
- Warum ist in diesem Bereich unserer ausbeuterischen Ökonomie die propagierte ‚freie Marktwirtschaft' weitgehend außer Kraft gesetzt?
- **Warum spielt bei der DWK „Rentabilität" kaum eine Rolle?**

Mit dem Wissen über die (schon immer) kriegerische Geschichte der deutschen Atompolitik im Hinterkopf (s. a. RADI-AKTIV Nr. 4 + 7) fällt uns ‚nur' folgendes ein:

Neben einigen anderen Industriezweigen ist der Energiesektor lebensnotwendig für das Funktionieren des BRD-Staates (wie jedes anderen Staates). Was die WAA und andere Atomanlagen betrifft, so sichern diese Projekte zunächst einmal eine größere Unabhängigkeit vom Ausland in puncto Energieversorgung (im Kriegsfall eminent wichtig!). Speziell die WAA eröffnet unter zivilem Deckmantel einen Weg zu westdeutschen Atombomben, sei dieser Weg jetzt ‚national eigenständig' oder im westeuropäischen Rahmen. Stimmen, die westdeutsche Atombomben fordern, gab es seit Gründung der BRD und sie sind seither nie verstummt. Dazu Alfred Mechtersheimer in einem kürzlich erschienenem taz-Interview (10.10.1986):

„Es gibt in der Bundesrepublik eine politische Logik, die in Richtung einer Option für eine deutsche oder westeuropäische Nuklearrüstung unter Einschluß der BRD hindeutet. Es gibt eine Veränderung im Bewußtsein der politischen Eliten dieses Landes, die auf eine größere Eigenständigkeit abzielt – eine Renaissance des Denkens, das bei Strauß und Adenauer schon 1957 eine große Rolle für ihr eindeutiges Interesse an Atomwaffen spielte. Vielleicht liegt es sogar mit an der Friedensbewegung, die eine allgemeine Atmosphäre geschaffen hat, in der eine Forderung nach eigenständiger Politik gegenüber den USA Gewicht bekommen hat. In den Köpfen der Politiker bis tief in die SPD hinein reift nun eine Vorstellung heran, daß man eigentlich nur dann von den USA loskommt, wenn man eine eigenständige Nuklearrüstung hat. (...)"

Nukelarrüstung der BRD, um als Atommacht auch unabhängig von den USA eigene Kriegs- und Wirtschaftsinteressen in größerem Ausmaß als bisher verfolgen zu können – Grund genug, daß der Staat Energiewirtschaft und WAA-Betreiber nicht ‚im Regen stehen läßt' und diesen im Interesse der Verfolgung dieser Ziele kräftig unter die Arme greift, oder?



Gelbe Seite

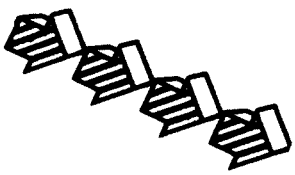
aktiv für die WAA

Weihnachten in Wackersdorf!
Sagt schon mal den Verwandtenbesuch zuhause ab. **Wir** treffen uns in Wackersdorf. Damit's eine große Sache wird, sagt's auch jetzt schon weiter!
Treffen am Nachmittag des
24.12..
Nähere Infos folgen hier auf der WIESE zu entsprechendem (rechtzeitigem) Zeitpunkt. In freudiger Erwartung
Eure Oberpfälzer BI's

Die Firma Krapf GmbH & Co. hat uns zu einer Gegendarstellung mit folgendem Wortlaut aufgefordert:

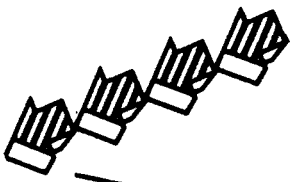
Durch die Veröffentlichung der sog. "gelben Seite, aktiv für die WAA" wurde auch die Firma Krapf GmbH & Co. KG als sogenannte "WAA Firma" an den Pranger gestellt.
Die Firma Krapf GmbH &Co. KG ist aber nicht am Bau der WAA beteiligt, war dies zu keinem Zeitpunkt und beabsichtigt auch in Zukunft nicht, sich am Bau der WAA zu beteiligen.
Die Firma Krapf GmbH & Co.KG stand auch zu keinem Zeitpunkt mit dem Beteiber der WAA in Verhandlungen über eine Beteiligung am Bau der WAA.

Krapf GmbH & Co.
Maschinenbau KG
Weidingweg 8
848o Weiden



LESERBRIEF LESERBRIEF LESERBRIEF LESERBRIEF LESERBRIEF LESERBRIEF

LESER Leser LESER Leser LASER



Liebe Leute,

am Donnerstagvormittag wurde die „Betonstraße" – Zubringer für die WAA – auf der Höhe der Ortschaft Grafenricht von einer größeren Gruppe (etwa 20) so um 10 Uhr rum mit Holzstämmen blockiert. Die Stämme wurden aus dem anliegenden Waldstück herausgetragen und vor Eintreffen des ersten LKW auf die Straße (Kreuzung) gelegt. Nach kurzer Zeit war die Straße dicht. Bald darauf – etwa nach 10 Minuten – trafen die ersten Polizeifahrzeuge ein und die Gruppe zog sich in den Wald zurück. Als die Luft wieder rein war, sammelten wir uns wieder für eine weitere Aktion. Von der Industriestraße her näherte sich eine Frauendemo, der wir uns anschlossen. Jetzt wurde der Verkehr durch die Demo aufgehalten. Sympathisierende Autofahrer vergrößerten durch Wendemanöver absichtlich das Durcheinander. Die Bullerei, die inzwischen wieder massiv angerückt war, reagierte zunehmend aggressiver. SEK mit schußsicheren Westen flankierten die Demo. SEK aus Hessen attackierte Fahrer beim Rangieren durch Schlagen auf Hände. Über allem dröhnten zwei Polizeihubschrauber. In etwa 200 m Entfernung hatte eine andere Gruppe inzwischen eine sehr hohe und qualmende Barrikade errichtet. Der Verkehr kam für längere Zeit völlig zum Erliegen. Die Bullen trauten sich nicht an die Barrikade heran. Die Demoleute bestaunten diese Barrikade und hielten sich länger auf einem Waldweg neben der Betonstraße auf. Als die ersten Teilnehmer sich auf den Weg (durch den Wald) nach Wackersdorf machten, riegelten SEK-Trupps in einer Blitzaktion den Rückweg ab.

Innerhalb weniger Zeit bildete die Polizei einen Kessel um die überraschten Demonstranten. Etwa vierzig Leute befanden sich im Kessel. Nach einer Stunde wurden die ersten Leute abgeführt, durchsucht, fotografiert, gefilmt und auf das WAA-Gelände verfrachtet. Dort warteten wir etwa zehn Stunden in Bullenwannen auf den Staatsanwalt. Eine Gruppe vor uns wurde ed-behandelt. Als der Staatsanwalt um 22 Uhr Schluß machte, brachte man uns nach Amberg zum Verhör. Während der ganzen Zeit durften wir nicht telefonieren und bekamen erst nach sieben Stunden etwas zu essen und zu trinken. Unser Protest versandete in der Polizeihierarchie. Gegen 1 Uhr morgens wurden die letzten von uns entlassen.

Uns droht jetzt eine Anzeige wegen Nötigung.

Mit solidarischen Grüßen
Pius

Pressemitteilung

Im September diesen Jahres machte eine Gruppe von 21 Vikaren und Vikarinnen der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eine Studienfahrt, auf der wir uns mit der Problematik von Atomkraftwerken, der geplanten Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennelemente (WAA) in Wackersdorf und der Naturzerstörung durch den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals im Altmühltal auseinandersetzten. (...)

Deutlich ist geworden, daß ein Unfall mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung auch in der Bundesrepublik nicht vollkommen ausgeschlossen werden kann. Das Fehlen einer gesicherten Entsorgung des radioaktiven Abfalls, das auch durch eine WAA nicht gelöst ist – ganz abgesehen von den technischen Problemen – und die ständige Strahlenbelastung schon während des Betriebs eines Atomkraftwerkes und der WAA spitzen die Problematik zu. Bis heute gibt es keine reibungslos funktionierende Wiederaufarbeitung im großen Stil; aber aus wirtschaftlichen und technischen Gründen stillgelegte oder aber nie in Betrieb genommene Wiederaufarbeitungsanlagen rund um die Welt. (...)

Die Erfahrung eines Teils der Bevölkerung mit ihren Einwänden und Ängsten nicht ernst genommen zu werden, hat tiefe Spuren hinterlassen. Alte Menschen grüßen sich scherzhaft: „Hallo, du Chaot". Der Massive, mit Natodraht gesicherte Zaun am Gelände der WAA und das Erleben von Polizeieinsätzen gegen die Interessen der heimischen Bevölkerung läßt unter ihnen Zweifel an den Entscheidungsstrukturen in der Bundesrepublik aufkommen. (...)

Vor allem stellt sich die Frage, wer gibt uns das Recht, kommenden Generationen über Jahrtausende hinweg die Gefahren und die Bewachung unserer hochgradig verseuchten Abfälle aufzubürden. Überschreitet der Mensch hier nicht den Auftrag, Gottes Schöpfung zu bewahren?

●

Ein gewaltiges Flugblatt

Wir sind bestürzt und beunruhigt über die in den letzten Wochen laufenden Gewaltdiskussionen innerhalb der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung, wie sie in Auseinandersetzungen um die Demo in München am 4.10.86, um die Aktionen im Hunsrück (Verzicht auf Blockade) und auch im „Offenen Brief an die Anti-Atom-Bewegung" von Albertz, Kelly u.a.m. geführt werden.

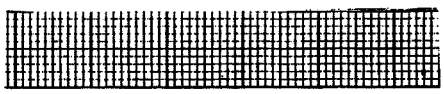
Dort werden die „Gewalttäter" als „Hilfstruppe der Atomlobby" bezeichnet, die „daher auch nicht mit unserer Solidarität rechnen" könnten (...).

Wir meinen aber, daß diese Distanzierungen lediglich der Isolierung und Kriminalisierung der Friedensbewegung und Anti-WAA-Bewegung Vorschub leisten. (...)

Unser Widerstand ist eine Gegengewalt gegen die Gewalt des Staates, wobei sich unsere „Gewalt" immer gegen Verhältnisse richtet und nicht gegen Menschen. Vergessen wir nicht, die Gewalt der Herrschenden ist nicht das Werk einiger autoritärer Politiker, sondern ein strukturelles Merkmal unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. (...)

Wir wollen eine andere Republik; nur eine grundsätzliche Änderung unserer Gesellschafts-/Wirtschaftsordnung kann letztlich Frieden schaffen und die Spirale der Gewalt beenden. Distanzieren und Ausgrenzen spielt dem Gegner in die Hände und schwächt unseren Widerstand. Anstatt zu ermahnen, laßt uns lieber gemeinsam kämpfen!

Lieber zahllos als zahnlos!
BI Frankfurt-Nordend
für Frieden und Abrüstung



Alternativpresse komplett

Wer beruflich mit Zeitungen und Zeitschriften zu tun hat, wer gezielt oder umfassend inserieren will oder wer abosüchtig ist – allen kann geholfen werden. Das neue Verzeichnis der deutschen Alternativ-Presse bietet 600 Adressen übersichtlich nach Postleitzahlen und Themen geordnet und mit Standardangaben (Erscheinungsweise, Auflage, Preis u. a.) versehen. Auch wer sich theoretisch für die Alternativmedien interessiert, kommt nicht zu kurz: Der fundierte Einführungsteil referiert den aktuellen Stand der Auseinandersetzungen in dieser Presselandschaft und beleuchetet die Hintergründe ihres strukturellen Wandels.

Mit seinen knapp 30 Mark ist das informative Handbuch nicht gerade billig – aber diese Investition lohnt sich.

Herausgegeben vom Informationsdienst Frankfurt und dreiex Berlin, ISBN 3-88025-142-8, 152 Seiten, 29,80 DM, Oktober 1986. Bestellungen an: dreiex im Basis Verlag, Mehringdamm 51, 1000 Berlin 61.

LESERBRIEF

LESERBRIEF

LESERBRIEF

Leser

Wir waren zu siebt bei den Blockadeaktionen. Massive Bulleneinsätze, Terror von Oben ...

Daneben erlebten wir viel Kraft, Gemeinsinn, Verstehen ohne viel Drumrumgelaber, jede für sich und alle gemeinsam.

Wieder zurück. Was wir bisher gemacht hatten, kommt uns wie nichts vor, die Ereignisse und Erlebnisse aus der Oberpfalz lassen sich nicht vermitteln, Alltag ...

Ohnmacht, Zorn, Wut machen sich übermächtig; ein dicker Brocken im Bauch, eine Ahnung von Sturmflut, die da auf uns zukommt ...

Fünf von uns sieben wurden krank. Alles dreht sich um Widerstand, unsere Persönlichkeiten sind darin gefangen, wir spüren, wie wir den Boden verlieren.

Nee – es gibt kein Zurück.

Und wo's hingeht – wer weiß.

Und die Sturmflut, die uns verschlingen will. Nein. Wir geben nicht auf.

Kommando Duplo

Kriminalisierungsrundbrief

Ein Kriminalisierungsrundbrief wird in Zukunft alle zwei bis drei Wochen erscheinen und an Interessierte verschickt. Er enthält Infos über Prozeßtermine, -abläufe, Leute, die im Knast sitzen usw.

Das Projekt kann aber nur zustandekommen und nur Sinn haben, wenn möglichst viele der betroffenen Menschen sich direkt dort oder bei den örtlichen oder regionalen Ermittlungsausschüssen melden und Berichte, Infos etc. schicken.

Vorläufig übernimmt das Umweltzentrum Kassel die Koordination und den Vertrieb des Rundbriefes. Also schickt eure Infos und Bestellungen an:

Umweltzentrum Kassel, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel, Tel. 0561/775307.

Versendung gegen 2,50 DM in Briefmarken oder Geld für mehrere Nummern.

Inhalt der neuesten Ausgabe (Anfang November): WAA: neue Verhaftungen; Hausdurchsuchungen, Repressionen gegen RADI-AKTIV/Radikal, Schlacht Konrad-Prozesse, Duisburg: Isolationshaftbedingungen und aktueller Stand der drei Verhafteten, Neue Gesetze und Auswirkungen, Bundesweite EA-Adressen, Hausdurchsuchungen in Düsseldorf etc.

Aufruf

zur Mitarbeit am 4. bundesweiten

Gesundheitstag

vom 28. bis 31. Mai 1987 in Kassel

Die Tradition der Gesundheitstage (Berlin, Hamburg, Bremen) wird in Kassel fortgesetzt. Und zwar vom 28. 5. bis 31.5.1987.

Wir rufen alle Personen auf, die sich den krankmachenden Arbeits- und Lebensbedingungen widersetzen und an ihrer Veränderung arbeiten wollen, sich in die Vorbereitung zum Gesundheitstag '87 einzubringen.

Gerade jetzt, im Vorfeld des Wahlkampfes, muß die Gesundheitsbewegung die Chance ergreifen, sich öffentlich in die geplanten Änderungen im Gesundheitswesen „einzumischen" und die Mißstände offenzulegen.

Anmeldung bei: Gesundheitsladen Kassel, Friedrich-Ebert-Straße, 3500 Kassel.

ARBEITSGEMEINSCHAFT ÖKOLOGISCHER FORSCHUNGSINSTITUTE e. V.

AGÖF INFORMATIONS- UND KOORDINATIONSSTELLE ZU FRAGEN DER RADIOAKTIVITÄT

AGÖF · Radioaktivität
Horner Straße 28
2800 Bremen 1
☎ 04 21 / 7 60 53

Es werden regelmäßige Informationen herausgegeben, die bestellt werden können. Über Radioaktivitätsmeßwerte von Nahrungsmitteln, über alle Bereiche unserer Umwelt, Konzepte und Verhaltensvorschläge für Verbraucher und Erzeuger.

AUS DEM INHALT :

Neue Erkenntnisse über Supergau

Ausstieg - aus den AKW's oder dem Staat?

Widerstandsperspektiven
- Debatte um die „offenen Briefe"
- Perspektiven der „neuen Bewegung" - Interview -
- Demonstration in Hanau
- Blockaden in Stade
- Brokdorf-Nachlese
- Volksentscheid

SPD: Mehr Ausstieg wagen

Kriminalisierung (radikal-Verlautbarung)

Wackersdorf
- Chronik
- Situationseinschätzung
- Polizeiaufrüstung
- radi - aktiv angeklagt

Herzschläge

Standorte
- Cattenom, Kalkar, Hamm, Stade

Jeder Mann ein potentieller Vergewaltiger?

Libyen: Vorschlag zum Tag X

Atom

setzt sich kritisch mit der Friedensbewegung und den Grünen auseinander

Atom

erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, ein Abo kostet 25 DM (5 Ausgaben); diese Doppelnummer Okt./Nov. 86 kostet 5 DM (88 Seiten) und kann bestellt werden bei:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/7700158

Prof. Jens Scheer (Universität Bremen)
Dr. Helmut Hirsch (Gruppe Ökologie)
R. Paul, B. Weidmann (Redaktion atom)
Michael Peister, Manfred Wallenschus

ATOM KRAFT am ENDE?

Verlag Die Werkstatt

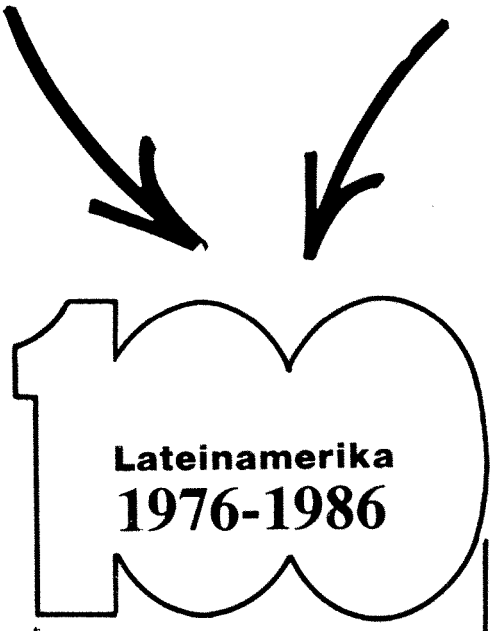
Endlich erschienen!!!
Aktivisten und kritische Wissenschaftler aus der Anti-AKW-Bewegung haben ein neues Buch herausgebracht. Es ist der längst überfällige Versuch, die nationalen und internationalen Entwicklungen in der sogenannten »friedlichen Nutzung der Atomenergie« der letzten Jahre zu analysieren und darzustellen. Schwerpunkte des Buches sind
- die weltweite Krise der Atomindustrie
- Geschichte des deutschen Atomprogramms
- Aussichten bis zum Jahr 2000
- die Macht der Stromkonzerne
- Harrisburg u. neue Sicherheitsstudien
- die Gefahren im Normalbetrieb
- die Unmöglichkeit der Entsorgung
- die Gefahren der Wiederaufarbeitung

Autoren dieses Buches sind u.a. Jens Scheer, H. Hirsch (Gruppe Ökologie) und einige Redaktionsmitglieder der »atom«.
Das Buch ist erschienen im Verlag Die Werkstatt (Göttingen), kostet 14.80 DM u. ist in jeder guten Buchhandlung erhältlich. Bl's u.a. Wiederverkäufer erhalten ab 5 Stck. 30% Rabatt. Bestellungen an: Göttinger AK gegen Atomenergie, Postfach 1945 in 3400 Göttingen oder direkt an den Verlag Die Werkstatt, Lotzestr.24a, 34 Göttingen, Tel.0551-7700557

RadiAktiv
— abonnieren

Brokdorf
Kleve
Hamburg

Herausgegeben vom Ermittlungsausschuß der BUU, KB, Grüne Schleswig-Holstein, Sanigruppe Hamburg
64 Seiten, Format A 4, 47 Fotos
Versandpreis: DM 6,-
Bei Einzelbestellungen nur gegen Vorauskasse.
Zu bestellen bei:
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4
2000 Hamburg 20



Zum 100. Mal!
Lateinamerika den Lateinamerikanern! Unsere erste dreistellige Nummer nehmen wir zum Anlaß, in erweiterter Form auf die entscheidenden Vorgänge einzugehen, die in den letzten zehn Jahren - seit Bestehen des ila-info - die Wirklichkeit dieses Kontinents geprägt haben. Diktaturen und ihre Folgen, Verschuldungskrise, Technologieabhängigkeit, Kirche und christliche Bewegungen, Gewerkschaften, Interventionen bzw. Interventionsdrohungen, Befreiungsbewegungen an und vor der Macht usw., usw. ...

an der Nr. 100 arbeiten mit: Osvaldo Bayer, Kuno Füssel, Eduardo Galeano, Gaby Gottwald, Brigitte Heinrich, Jochen Hippler, José Lutzenberger, Angelica Meza, Fernando Mires, Werner Olle, Michael Rediske, Horst Rogmann, Helmut Schaaf, Dietrich Schulze-Marmeling, Peter B. Schumann, Carlos Tello, ila-Mitarbeiter/innen u. v. a. m.

Die Nummer 100 hat doppelten Umfang, dennoch kostet sie wie immer DM 3,50 zuzügl. Porto (bei Bestellung bitte Bargeld, Briefmarken oder Verrechnungsscheck direkt beilegen)
ila-info erscheint 10 x im Jahr
Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V. Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228-658613

— Anti-WAA-Adressen

ABENSBERG Friedensinitiative	c/oBrigitte Hausinger Münstererstr.15 8423 Abensberg
ALTDORF BI Altdorf	Lisa Ehm Neumarkterstr. 41 8503 Altdorf 09187/87 76
AMBERG BI Amberg	Helmut Wilhelm Langangerweg 42 8450 Amberg 09621/61 279
ASCHAFFENBURG Anti-WAA-Init. und Ini.gegen Atomanlage	 Platanenallee 7(Hinterh) 8750 Aschaffenburg
AUGSBURG Aktion Umweltschutz e.V.	c/o Jörg Westerhoff Burgfriedenstr. 10 8900 Augsburg 0821/51 60 04
AUGSBURG Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL),LV	c/o Carl v. Andrian Nesselwangerstr. 12 8900 Augsburg 0821/6 59 61
AUGSBURG BI gegen Atomanlagen	c/o Marion Rieß Kemptenerstr. 22 8901 Königsbrunn 08231-7152
AUGSBURG Initiative f. strah- lenfreie Energievers	Robert Prestele Kirchgasse 8 8900 Augsburg 0821-38 8 34
AUGSBURG BI gegen die WAA und andere Atomanlagen	c/o Netzwerk Heilig-Grab-Gasse 4 8900 Augsburg 0821/15 38 62
BAMBERG B I G A	Christian Mose Pestalozzistraße 5 8600 Bamberg 0951/47 182
BAMBERG B I G A	Hubert Sachs Grünhundsbrunnen 3 8600 Bamberg
BAMBERG Bund Naturschutz Bamberg	Dr.Ludwig Trautmann-Popp Obere Sandstr. 7 8600 Bamberg 0951/53444
BAYREUTH Robin Wood Bayreuth	Jochen Sahr Orlamündeweg 31 8580 Bayreuth 0921/46262
BAYREUTH BUND NATURSCHUTZ Kreisgeschäftsstelle	 Ludwigstraße 32 8580 Bayreuth 0921/53 992
BAYREUTH BUND NATURSCHUTZ Kreisgeschäftsstelle	 Ludwigstraße 32 8580 Bayreuth 0921/53 992
BAYREUTH FRIEDENSLADEN	 Jean-Paul-Str. 8 8580 Bayreuth 0921/56 540
CHAM BI Cham gegen die WAA	c/o Martin Heubeck Grub 81 8493 Kötzting 09941/35 01
COBURG Die Grünen	Werner Michel Nicolaus Zech Str.66 8630 Coburg 09561-36794
COBURG Friedensbüro	 Mohrenstr. 3 8630 Coburg
COBURG BI Coburg	c/o Michael Selle Bahnhofstr.6 8630 Coburg
DONAUWöRTH Schutzgem.Donauwörth Stdort.Pfaffenhofen	Dr. Jochen Meyer Birkenweg 2 8851 Buttenwiesen
ECKENTAL Die Grünen	Manfred Bachmayer Hallerstr.15 8501 Eschenau 09126 / 53 69
ERLANGEN Anti-WAA-Gruppe Er- langen	Matthias Schilling Bismarckstr. 25 8520 Erlangen 09131/22 66 0
ERLANGEN Gruppe gegen Atoman- lagen	Stefan Pande Forchheimer Str.11 8520 Erlangen 09131/ 99 08 34
ERLANGEN Bund Naturschutz Kreisgruppe Erl.	BN Erlangen Helmstr.1 8520 Erlangen
FORCHHEIM Grün-Alternative Liste Forchheim	c/o Peter Mraz Schloßplatz 8 8551 Weilersbach
FREILASSING Die Grünen KV Freilassing	 Breslauerstr. 13 8228 Freilassing
FREISING Anti-WAA-Gruppe	Helga Voit General-v.-Nagel-Str. 4c 8050 Freising 08161 / 29 75
FüRTH	Recyclinggruppe Fth GbR Hornschuhpromenade 24 8510 Fürth 0911/708600
GRüNE Die Grünen Nürnberg	 Karl-Bröger-Str. 32 8500 Nürnberg 40 0911/45 59 84
GRüNE AK Energie der Grünen	Dorothea Wieczorek Geutzstr. 4 8000 München 089/27 17 514
GRüNE AK Energie der Grünen	Alfred Körblein Engelhardstr. 4 8000 München 70
GRüNE KA-Ausschuß der Grünen	 Baumstraße 4 8000 München 5 089/201 44 88
INGOLSTADT Grünes Büro Ingolstadt	Horst Felgner Tränktorstr.8 II. 8070 Ingolstadt 0841-33 703
KALLMüNZ BI Kallmünz	Karl Hammer Galgenberg 5 8411 Kallmünz 09473/10 51
KRUMBACH Mittelschwäbische Initiative g. d. WAA	c/o Jo Eder Schloßberg 7 8908 Krumbach-Hohenranau 08282-5818
KULMBACH Die Grünen Regional- büro oberfranken	Regionalbüro Oberfranken Obere Stadt 27 8650 Kulmbach 09221-83581
LANDSHUT Bürgerforum Landshut	III. Weltladen Freyung 624 8300 Landshut 0871/65 886
LANDSHUT Bürgerforum Landshut	Gernot Haublein Bussardstr. 2 8311 Altfraunhofen 08705/10 23
LANDSHUT Bürgerforum Landshut	Sepp Fleck Am Pfarranger 6 8300 Hoheneggikofen 0871/52 551
MITTERTEICH BI Mitterteich	Irmgard Kilian Karlstr. 8 8590 Marktredwitz 09231/61165
MüNCHEN Münchener Initiative gegen Atomkraftwerke	c/o H.P.Haferkorn Implerstr. 38 8000 München 70 089/ 76 28 79
MüNCHEN V.U.A. München	Kurt Neumann Metzstr. 11 8000 München 089/48 01 374
MüNCHEN Landesverband der	katholischen Landjugend Kriemhildenstr.14 8000 München 19 089-172560
MüNCHEN Landesverband der	katholischen Landjugend Kriemhildenstr.14 8000 München 19 089-172560
MüNCHEN Bund Naturschutz in Bayern e.V.	H. Steininger Schönfelderstr. 8 8000 München 22 089/28 43 71
MüNCHEN AK UMWELT im Arbeitskreis	Behindertenarbeit e.V. Schmidt-Kochel-Str.2 8000 München 70
MüNCHEN Jugendorganisation Bund Naturschutz	Landesjugendleitung Theresienstr. 21/III 8000 München 2 089/ 28 000 23
NAILA/BAD STEBEN Friedensgruppe Naila/Bad Steben	c/o Wolfgang Müller Bodengrüner Weg 6 8675 Bad Steben
NEUMARKT BI Neumarkt/ Die Grünen	Heinz Hetz Spengerlerstr. 11 8500 Nürnberg 0911/26 08 04
NEUMARKT BI Neumarkt	Eddie Nowak Weidenwang 41 8434 Berching 09179/5602
NEUSTADT/AISCH Bürgerinitiative gegen Atomanlagen	c/o Buchladen Hobbit Würzburger Str.21 8530 Neustadt/Aisch 09161/5790
NüRNBERG Radi-Aktiv Büro	c/o Kulturladen Süd Rothenburger Str. 106 8500 Nürnberg 0911/28 89 46
NüRNBERG Nürnberger BI gegen die WAA	c/o Monika Beck Krelingstr. 45 8500 Nürnberg 10 0911/35 63 46
NüRNBERG Bund Naturschutz Nordbayern	 Bauernfeindstr.23 8500 Nürnberg 50 0911-86 80 11
OBERVIECHTACH BI Oberviechtach	Fritz Bilkenroth Burkhardsberg 1 8478 Teunz 09671/12 56
PAPPENHEIM Umweltgruppe Pappenh	Volker Scheid Dr.Dr.Bertha-Kipfmüllerl 8834 Pappenheim 09143-6105
PASSAU Verein z. Förderung d.K.B.j.M.	 Innstr. 8a 8390 Passau 0851/36480
PASSAU Die Grünen KV Passau-Stadt	 Innstr. 8a 8390 Passau 0851/34 44 41
PEGNITZGRUND BI Pegnitzgrund	Wolfgang Gröner 8561 Eschenbach 71 09154-85 64
REGENSBURG B I W A K	BIWAK-Büro Spiegelgasse 10 8400 Regensburg 0941/55 555
REGENSBURG Ostbayrische Presse Agentur	 Goldene Bärenstr.7 8400 Regensburg 0941/52183
REGENSBURG Studentischer Aktionsausschuß	gegen die WAA Unistr. 31 8400 Regensburg 0941/94 32 243
ROSENHEIM Anti-WAA-Plenum	Stefan Keßler Kloeckelstr. 3 8200 Rosenheim
SCHWANDORF Ortsgruppe Wackers- dorf	c/o Helmut Weihrauch Osserstr. 7 8464 Wackersdorf
SCHWANDORF BI gegen die WAA Schwandorf/ Vorstand	Dieter Kersting Kaitersbergstr. 1 8460 Schwandorf 09431/8546
SCHWANDORF Ortsgruppe Schwandorf	Karlheinz Kargermeier Rosenstr.19 8460 Schwandorf-Fronberg 09431/20 435
SCHWANDORF Ortsgruppe Nittenau	Dieter Kirpal Sandweg 2 8415 Nittenau 09436/4 53
SCHWANDORF Ortsgruppe Stadtedreieck	Barbara Schmitz Rötlsteinstr. 2 8418 Teublitz 09471/97758
SCHWANDORF Ortsgruppe Schwarzenfeld	Michael Mohr Waldstr. 3 8472 Schwarzenfeld 09435/20 96
SCHWANDORF Ortsgruppe Nabburg	Hans Bemmerl Schmidgasse 5 8470 Nabburg 09433/62 56
SCHWANDORF Ortsgruppe Nabburg	Agnes Dietz Karlsbader Str. 2 8470 Nabburg 09433/7 50
SCHWANDORF Ortsgruppe Pfreimd	Hannelore Lanzl Hirtenstraße 8473 Pfreimd
SCHWANDORF Ortsgruppe Neunburg v.W.	Alois Herrmann Ufertal 24 8462 Neunburg v.W. 09672/12 12
SCHWANDORF Ortsgruppe Neunburg v.W.	Alois Herrmann Ufertal 24 8462 Neunburg v.W. 09672/12 12
SCHWANDORF Anti-WAA-Büro	 Sandstraße 1 8460 Schwandorf 09431/10 29
SCHWANDORF ERMITTLUNGSAUSSCHUSS c/o Info-Büro	Freies Wackerland Altenschwand 91 8465 Bodenwöhr 09434/33 68
SCHWANDORF INFO-BüRO Freies Wackerland	 Altenschwand 91 8465 Bodenwöhr 09434/33 68
SCHWANDORF Ortgruppe Bruck	Siegfried Hauser Am Hoffeld 24 8466 Bruck
SCHWANDORF Ortgruppe Bruck	Maria Schmid Birkenweg 17 8415 Nittenau
STäDTEDREIECK Jugendzentrum im Städtedreieck	Postfach 1174 8412 Burglengenfeld
STöRNSTEIN BI STOERNSTEIN	Hans Krauß Flosserstr.2 8481 Störnstein
SULZBACH-ROSENBERG BI Sulzbach-Rosen- berg	 Postfach 1325 8458 Sulzbach-Rosenberg
SULZBACH-ROSENBERG Die Grünen Sulzbach- Rosenberg	c/o Rainer Herbst Bindergasse 7 8458 Sulzbach-Rosenberg
TRAUNSTEIN Die Grünen,KV Traun- stein	c/o Margot Stefula Oberpirach 1 8091 Frabertsham 08624/1320
UCKERSDORF Frauen gegen die WAA	 c/o Uckersdorf 7 8467 Uckersdorf 09675/557
VILSHOFEN Bürgerforum Umwelt e.V.	 Galgenberg 3 8358 Vilshofen
WEIDEN BI Weiden	Jost Hess Hohenstaufenstr. 99 8480 Weiden 0961/27 156
WENDELSTEIN	Hermann Blumenstock Raubersriederweg 8 8508 Wendelstein 09129-78 03
WüRZBURG Anti WAA Gruppe Montags im	Autonomen Kulturzentrum Sartoriusstr. 8700 Würzburg

==

BIs außerhalb Bayerns:

BBA - Infoladen c/o M. Meier	St.Paulistr 10/11 2800 Bremen-Ostertor 0421-700144
 Pressehütte Mutlangen	c/o Friedrich Erbacher Forststr.3 7075 Mutlangen 07171-76210
 Anti-WAA-Gruppe	c/o Bauburo V.A.U.L Currystr. 25 1000 Berlin 36
ATOMMüLL-KONFERENZ Atommüllkonferenz	Anette Ried Langestraße 14 3530 Warburg 05641/6664
BADEN-BADEN Anti-AKW-Initiative	c/o Daniel Zimmermann Waldseestr. 1 7570 Baden-Baden 07221/2 67 91
BONN Die Grünen	c/o Wolfgang Daniels Bundeshaus 5300 Bonn 0228-169367
DIEMELSTADT Anti-Atombüro	 Auf dem Ort 10 3549 Diemelstadt-Wethen 05694/737
FREIBURG Anti-WAA-Plenum Buchhandlung	"Jos Fritz" Wilhelmstr.15 7800 Freiburg
FREIBURG Wyhl-Info-Zentrum	c/o Fabrik Habsburgerstr.9 7800 Freiburg 0761/551280
GöTTINGEN Göttinger AK gegen Atomenergie	Bernd Weitmann Herrmann-Fögeweg 14a 3400 Göttingen
HANKENSBüTTEL Bürger gegen A-Müll -Isenhagener Land-	 Postfach 11 26 3122 Hankensbüttel
HANNOVER Gruppe ökologie Han- nover (GöK)	 Immengartenstr. 31 3000 Hannover 1 0511/69 63 130
HEIDELBERG Anti-AKW-Büro Mo.-Fr. 18-20 Uhr	 Bergheimer Str. 125 6900 Heidelberg 06221/12 861
KARLSRUHE BUND Regionalverband Mittlerer Oberrhein	Umweltzentrum Untere Str. 36 7500 Karlsruhe 21 0721-55 80 51
KARLSRUHE BUND Regionalverband Mittlerer Oberrhein	Umweltzentrum Untere Str. 36 7500 Karlsruhe 21 0721-55 80 51
KASSEL Umweltzentrum Kassel	 Elfbuchenstr. 18 3500 Kassel 0561/77 53 07
LUDWIGSHAFEN Initiative gegen den Atomtod Mannheim	c/o Walter Seigfried Kanalstr. 17 6700 Ludwigshafen 0621/ 62 13 42
LüCHOW-DANNENBERG BI Lüchow-Dannenberg	 Drawehnerstr.3 3130 Lüchow 05841-4684
LüNEBURG Atommüllzeitung	Sabine Roisch Sültenweg 53 2120 Lüneburg 04131-48360
MARBURG BI gegen Atomanlagen Marburg	c/o KFZ Schulstr. 6 3550 Marburg
METTINGEN BI gegen Atomenergie Mettingen	z.Hd. Müller Reuterstr. 18 4530 Ibbenbüren 05451/12 620
MöRFELDEN BI gegen die Flug- hafenerweiterung	Helga Arnold Wilhelm-Leuschnerstr.50 6082 Mörfelden 06105-37 26
MüNSTER Umweltzentrum Münster	 Scharnhorststr. 57 4400 Münster 0251/52 11 12
SAARBRüCKEN Anti-WAA-Büro Saar Alte Feuerwache	geöffnet: Mo-Do 17-20.oo Am Landwehrplatz 6600 Saarbrücken 0681/35 958
SALZGITTER UMWELTSCHUTZFORUM Schacht Konrad	c/o Karen Traube Broistedterstr.6 3320 Salzgitter-Bleckenst
STUTTGART DBV-Jugend	Jugendnaturschutzverband Königsstrassle 74 7000 Stuttgart
TüBINGEN Aktionskreis gegen die WAA-Wackersdorf	c/o Uli Keller Nauklerstr.27 7400 Tübingen
UNTERELBE [illegible]	 Heimatweg 7 2087 Bönningstedt 040-55 667 21

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2019